



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„DIE PENDELPOLITIK DER UKRAINE ZWISCHEN DER
EUROPÄISCHEN UNION UND DER RUSSISCHEN
FÖDERATION“

Verfasser

Sascha Krieger

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

a.o. Univ.-Prof.Dr. Höll

Sprachliche Gleichbehandlung

Die in dieser schriftlichen Arbeit verwendeten personenbezogenen Ausdrücke betreffen – soweit dies inhaltlich in Betracht kommt – Frauen und Männer gleichermaßen.

***„Wer immer das tut,
was er schon kann, bleibt immer das,
was er schon ist.“***

(Henry Ford)

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung.....	7
1.1 <i>Kontextualisierung</i>	8
1.2 <i>Forschungsfrage</i>	10
1.3 <i>Hypothese</i>	10
1.4 <i>Einbetten der Fragestellung in den aktuellen Forschungsstand</i>	11
1.5 <i>Methode</i>	12
1.6 <i>Theorien</i>	12
1.6.1 <i>Der Akteurstheoretische Ansatz</i>	12
1.6.2 <i>Der Neorealismus</i>	13
2. Hauptteil.....	16
2.1 <i>Grundlagen</i>	17
2.1.1 <i>Geographische Lage</i>	17
2.1.2 <i>Geschichtliche Implikationen</i>	21
2.1.2.1 <i>Implikationen mit dem Westen</i>	21
2.1.2.2 <i>Implikationen mit Russland</i>	26
2.1.3 <i>Über die ukrainische Bevölkerung</i>	35
2.1.3.1 <i>Die Sprachproblematik</i>	35
2.1.3.2 <i>Ukrainer und der europäische/russische Weg</i>	38
2.2 <i>Akteure</i>	41
2.2.1 <i>Innerstaatliche Akteure</i>	41
2.2.1.1 <i>Die Präsidenten</i>	41
2.2.1.2 <i>Der Aufstieg Wiktor Janukowitschs zum Topakteur</i>	47
2.2.1.3 <i>Außenpolitische Ziele des Regimes Janukowitsch</i>	55
2.2.1.4 <i>Außenpolitische Präferenzen der Oligarchie</i>	60
2.2.2 <i>Externe Akteure</i>	64
2.2.2.1 <i>Die Europäische Union</i>	64
2.2.2.1.1 <i>Strategische Zielsetzungen Richtung Osten</i>	64
2.2.2.1.2 <i>Die Ukrainepolitik der EU</i>	67
2.2.2.1.3 <i>Die EU und ihr außenpolitischer Konkurrent Russland</i>	76
2.2.2.2 <i>Russische Föderation</i>	78
2.2.2.2.1 <i>Strategische Zielsetzungen im „Nahen Ausland“</i>	78
2.2.2.2.2 <i>Außenpolitischer Ansatz der russischen Elite</i>	80
2.2.2.2.3 <i>Warum ist die Ukraine so wichtig?</i>	82
3. Resümee.....	86
4. Anhang.....	96
4.1 <i>Abstract</i>	97
4.1.1 <i>Abstract/Deutsch</i>	97
4.1.2 <i>Abstract/Englisch</i>	98
4.2 <i>Literaturverzeichnis</i>	100
4.3 <i>Abbildungsverzeichnis</i>	105

4.4	Abkürzungsverzeichnis	106
4.5	Curriculum Vitae.....	107

1. Einleitung

1.1 Kontextualisierung

Die Ukraine hat seit ihrer Unabhängigkeit 1991 bis zum Ausbruch der Krise 2014 eine je nach Prioritäten alternierende Außenpolitik zwischen der Europäischen Union (EU) und der Russischen Föderation betrieben. Die zweipolige Ausrichtung ihrer Außenpolitik gab immer Anlass zur Kritik von beiden Seiten und wurde als ständiges Lavieren zwischen Brüssel und Moskau betrachtet.

In der Tat wurde die außenpolitische Orientierung der Ukraine seit 1991 durch die innenpolitischen Akteure nach jedem Machtwechsel situationsbedingt angepasst. In der Ukraine passierte dies aufgrund der Verfassung im Wesentlichen durch die Staatspräsidenten.

Auch wenn die Ukraine durchaus den Versuch unternommen hat, ihre Außenpolitik multipolar zu gestalten, bewegte sie sich hauptsächlich zwischen zwei gegensätzlichen Polen: den Einflussssphären der Europäischen Union (EU) und der Russischen Föderation. Diese alternierende Schwerpunktsetzung lässt sich folglich als Pendelpolitik bezeichnen.

Die ukrainische Außenpolitik war deshalb durch die Pendelpolitik charakterisiert, weil Akteure einen starken Einfluss auf sie ausübten. So führten die EU zuerst ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA, 1994) mit der Ukraine ein und initiierte 2004 noch die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Die Beziehungen mit der Ukraine wurden besonders intensiviert, nachdem die Initiative der Östlichen Partnerschaft (ÖP) ins Leben gerufen worden war. Somit begannen die EU und die Ukraine langwierige Verhandlungen über die Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens¹ (AA) einschließlich der Schaffung einer vertieften und umfassenden Freihandelszone.

Die Russische Föderation versuchte bereits seit dem Beginn der Unabhängigkeit der Ukraine, enge Beziehungen mit dieser aufzubauen und die Entwicklung des Landes zielgerichtet zu beeinflussen.

¹ Das AA wurde mit seiner endgültigen Unterfertigung am 27.06.2014 in Brüssel abgeschlossen.

Drei Tage nach der offiziellen Kündigung des Vertrages über die Bildung der Sowjetunion aus dem Jahre 1922 folgte im Dezember 1991 der Beschluss über die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten² (GUS), der die Ukraine beitrat.

Nach der Grundsatzerklärung der ukrainischen Regierung, künftig auf Atomwaffen verzichten zu wollen, erfolgte in Jalta im September 1993 die Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland, alle strategischen Atomwaffen an Russland zurückzuführen. Dafür erhielt die Ukraine Uran für ihre Atomkraftwerke.

Im Jänner 1995 schlossen der russische und der ukrainische Präsident – Boris Jelzin und Leonid Kutschma – ein bilaterales Handels- und Wirtschaftsabkommen. Die beiden Staaten vereinbarten eine Visafreiheit und unterzeichneten einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft.

Nicht zuletzt vereinbarte der Russische Präsident Wladimir Putin mit seinem Amtskollegen Leonid Kutschma 2001 eine engere Zusammenarbeit in der Rüstungs- und Weltraumindustrie aufgrund der rüstungsstrategischen Interessen Russlands. Seit der Gründung der Eurasischen Zollunion 2010 zwischen Russland, Belarus und Kasachstan war es im russischen Interesse, die Ukraine zum Beitritt zu bewegen. Diese Bemühungen verstärkten sich zusehends, je intensiver sich die Assoziierungsverhandlungen der Ukraine mit der Europäischen Union entwickelten.

Eine von dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch angedachte Doppelmitgliedschaft ließen die Statuten nicht zu. Auch ein vorgeschlagener Beobachterstatus der Ukraine in der Eurasischen Zollunion war für Russland keine echte Option im Vergleich zur gewünschten Vollmitgliedschaft der Ukraine.

Der Höhepunkt der bisherigen Pendelpolitik wurde 2013 mit dem Gipfeltreffen der EU in Vilnius erreicht, bei dem die Ukraine das paraphierte Assoziierungsabkommen allen Erwartungen entsprechend unterschreiben sollte. Allerdings kam es zu einer überraschenden Wende in der ukrainischen

² Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Gründung 1991 durch Russland, Belarus und Ukraine.

Außenpolitik, als der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch die Assoziierungsverhandlungen aussetzte. Grund hierfür könnten die bereits Anfang November 2013 intensivierten Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gewesen sein. Am 17.12.2013 vereinbarten die beiden Präsidenten schlussendlich wichtige bilaterale Abkommen zur Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Kernbereichen der ukrainischen Industrie und Technologie, einschließlich einer neuen Kredithilfe, wie auch eine Reduzierung des Gaspreises.

Die Nicht-Unterzeichnung des AA mit der EU und die darauf folgenden vertraglichen Verpflichtungen mit Russland brachten die Pendelpolitik der ukrainischen Außenpolitik besonders zum Vorschein und zählen zu den Hauptursachen für den Ausbruch der schlimmsten Krise in der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit.

1.2 Forschungsfrage

In diesem Kontext erscheint die nun folgende Fragestellung, auch im Bezug auf die der ukrainischen Staatsführung unterstellte Verantwortlichkeit für die an den Tag gelegte Pendelpolitik, von Relevanz:

Die Ukrainische Außenpolitik seit 1991: Gab es eine andere außenpolitische Option als die der Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation bis zum Ausbruch der Krise 2014?

1.3 Hypothese

Die in der folgenden Arbeit zu überprüfende Hypothese lautet:

Aufgrund der politischen Präferenzen der innenpolitischen Akteure und der starken Einflussnahme der externen Akteure hatte die Ukraine keine andere zuverlässige außenpolitische Option als die der Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation.

1.4 Einbetten der Fragestellung in den aktuellen Forschungsstand

Über das Thema der ukrainischen Außenpolitik liegen diverse Fachartikel, Monographien und Studien vor. Allerdings liegt der Fokus der Fachliteratur in Bezug auf die ukrainische Außenpolitik seit 1991 vorwiegend auf der Rolle der Europäischen Union bei den Transformationsprozessen des politischen, wirtschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Systems der Ukraine, und zwar insbesondere im Rahmen einer möglichen Europäisierung oder alternativen Integrationsstrategie der EU. Ein Beispiel hierfür ist u.a. „Die Ukraine und die EU“ von Susan Stewart, wo sie meint: „Würden die Verhandlungen über das Abkommen jedoch ausgesetzt, sollte die EU in Erwägung ziehen, ihren allzu ehrgeizigen Ansatz aufzugeben und durch Bausteine zu ersetzen, die besser auf die ukrainischen Bedingungen abgestimmt sind“³. Auch Volodymyr Fessenko kommentiert betreffend die EU–Ukraine - Beziehungen im Kontext zu dem Assoziierungsabkommen, wie folgt: „Doch für die EU eröffnen sich mit der Unterzeichnung – wenn auch nur allmählich – institutionelle Möglichkeiten der Einflussnahme auf innenpolitische Prozesse: die Möglichkeit autoritäre Tendenzen zurückzuhalten und die Bedingungen für die Wiederaufnahme demokratischer und Struktureller Reformen zu schaffen“⁴.

Ein zweiter großer Anteil der Fachliteratur fokussiert sich auf die besondere Beziehung zwischen Russland und der Ukraine im Rahmen der regionalen Formate wie beispielsweise der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der möglichen Teilnahme der Ukraine an der Eurasischen Wirtschaftsunion oder auf die engen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen.

Zuletzt konzentriert sich ein geringer Teil der Fachliteratur auf die Rolle der North Atlantic Treaty Organization (NATO) in der osteuropäischen Region und der Ukraine, insbesondere hinsichtlich eines möglichen NATO-Beitritts.

³ Vgl. Stewart, Susan: Die Ukraine und die EU, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit, (2011), S. 1, unter URL:

http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A50_stw_ks.pdf [01.03.2014].

⁴ Vgl. Fessenko, Volodymyr: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Ukraine - Analysen Nr. 119, (2013), S. 15, unter URL:

<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen119.pdf> [01.03.2014].

1.5 *Methode*

Die Operationalisierung der Hypothese erfolgt mit Hilfe von mehreren Einflussfaktoren. Zuerst werden die geografische Lage und historischen Aspekte mit Blick auf deren Rolle für die Außenpolitik herangezogen.

Darauf folgend stehen im Mittelpunkt der Analyse die ukrainischen Präsidenten, die unter den innerpolitischen Akteuren eine maßgebliche Rolle für die Pendelpolitik der Ukraine gespielt haben. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei bei Ex-Präsident Viktor Janukowitsch. Abschließend wird die Einflussnahme der wesentlichen externen Akteure – die EU und Russland – berücksichtigt und untersucht.

Nach einer umfassenden Analyse aller Einflussfaktoren werden die daraus folgenden Ergebnisse bewertet, die Hypothese getestet und die Forschungsfrage beantwortet.

Es wird bei der Hypothesentestung deduktiv vorgegangen, wobei der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Einflussfaktoren und der gestellten Hypothese mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse überprüft wird. Die Testung der aufgestellten Hypothese zielt auf die Analyse der Einflussnahme der internen und externen Akteure mit Blick auf die ukrainische Außenpolitik ab.

Die methodologische Vorgehensweise in der vorliegenden Masterarbeit wird empirisch-analytisch begründet.

1.6 *Theorien*

1.6.1 Der Akteurstheoretische Ansatz

Die Analyse der innenpolitischen Akteure stützt sich auf den akteurstheoretischen Ansatz⁵. Dieser wurde erstmals in einer Studiensammlung mit dem Titel „Transition from Authoritarian Rule“ der Politikwissenschaftler Guillermo O' Donell, Philippe C. Schmitter und Laurence Whitehead angewandt.

⁵ Vgl. **O'Donell** Guillermo, **Schmitter** Philippe C., **Whitehead** Laurence: Transition from Authoritarian Rule, The Johns Hopkins University Press, (1986).

Das akteurstheoretische Modell wurde vor dem Hintergrund der Demokratisierungswelle in Lateinamerika in den 1970er und 1980er-Jahren entwickelt. Politische Prozesse werden in diesem Modell als Folge von interaktivem strategischem Handeln relevanter Akteure verstanden. Der akteurstheoretische Ansatz bildet seitdem die Grundlage zahlreicher Untersuchungen.

Der akteurstheoretische Ansatz fokussiert sich auf die Transformation von Gesellschaftssystemen und ist aus diesem Grund für den Fall der Ukraine besonders geeignet. Darüber hinaus berücksichtigt er das Verhalten der Entscheidungsträger, indem er dieses analysiert.

Die Prämisse sagt aus, dass Transformationen nicht zwangsläufig das Ergebnis von Strukturmaßnahmen darstellen, sondern von beteiligten Akteuren mitbestimmt werden. Im konkreten Fall der Osteuropäischen Staaten gilt hier die Annahme, dass Transformationen nicht in einer linearen Entwicklung verlaufen. Vielmehr ist der Institutionswandel ein Ergebnis der Akteursentscheidungen, die durch deren Ziele und Strategien initiiert und gestaltet werden. Mit diesem Ansatz hebt sich der akteurstheoretische Ansatz von system- und strukturstheoretischen Ansätzen ab.

1.6.2 Der Neorealismus

Die in der vorliegenden Masterarbeit herangeführte Analyse der externen Akteure stützt sich auf den theoretischen Ansatz des Neorealismus von Kenneth Waltz und John Mearsheimer.

In dieser auch struktureller Realismus genannten Theorie steht im Gegensatz zu seiner Vorgängertheorie, dem Realismus, nicht der Machttrieb des Menschen als Wesensmerkmal im Zentrum, sondern vielmehr die Struktur des internationalen Systems. Zwischenstaatliche Konflikte resultieren aus der anarchischen Struktur des internationalen Systems, wobei anarchisch im Sinne einer fehlenden übergeordneten Ordnungsinstanz zu verstehen ist. Staaten als Hauptakteure dieses Systems streben in ihrem Handeln nach Sicherheit in den verschiedensten Dimensionen. Ihr Agieren kann als eine rationale Zielverfolgung unter Anwendung von verschiedensten Machtmitteln verstanden werden. In diesem Kontext

unterstreicht der Neorealismus die Relevanz der substanziellen Machtinteressen von Akteuren im Bezug auf ihr Handeln.⁶

Als „Strukturmerkmal der internationalen Beziehungen“ darf hier auch die Zielsetzung der militärischen Macht, der militärischen Überlegenheit beziehungsweise des militärischen Gleichgewichts postuliert werden. Das Sollergebnis dieser sicherheitsorientierten Handlungsstrategie stellt eine strategische Stabilität im Verhältnis zu den anderen Akteuren dar.

Macht findet in unterschiedlichen Ausprägungen Anwendung und kann in drei grundsätzliche Formen kategorisiert werden, die wiederum unterschiedliche Instrumentarien zur Umsetzung verlangen. Die Formen der Macht werden hier als „Soft Power“, „Hard Power“ und „Smart Power“ bezeichnet.

„Soft Power“ beschreibt die Fähigkeit eines Akteurs, seine Ziele durch Anziehung und nicht mittels Zwang zu erreichen. „Hard Power“ hingegen definiert sich durch das Wechselspiel von Anreizen und Drohungen. Die Idealtypische Kombination von Beiden stellt die dritte Form, nämlich „Smart Power“ dar. Bei dieser wird die Fähigkeit der optimierten Kombination von „Soft“ und „Hard Power“ durch den Akteur verstanden.

Generelle Bedingung zur Machtausübung ist jedoch die Fähigkeit eines Akteurs, andere Staaten derart zu beeinflussen, dass ein gewünschtes Verhalten beim Gegenüber eintritt. Voraussetzung hierfür ist wiederum die Kenntnis über Präferenzen der vis a vis Akteure zu besitzen.⁷

Die Russische Föderation ihrerseits verfügt vor allem in ihrem „Nahen Ausland“, als dem Raum, in dem die Ex-Sowjetrepubliken geografisch situiert sind, über die Fähigkeit zur Machtausübung. Belarus darf hier als Beispiel für „Soft“ und Georgien für den Einsatz von „Hard Power“ angeführt werden.

Der Einsatz dieser unterschiedlichen Machtausprägungen hängt durchaus von den verfügbaren Ressourcen der Akteure ab. Eine durchaus zulässige Ableitung

⁶ Vgl. http://www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik2/lehre/lehrarchiv/WS_1112/InternPolitInternBeziehg/EinflB28112011.pdf [01.03.2014].

⁷ Vgl. Algieri, Franco: Die Europäische Union und Formen der Macht: Die EU auf dem Weg zur Militärmacht, Institut für Religion und Frieden, (2010), S. 16-19.

dieser Aussage ist der Schluss, dass Macht ein mehrdimensionaler Begriff ist und verschiedene Handlungsoptionen im jeweiligen Zusammenhang zu sehen sind.

Die Globalisierung ermöglicht es Staaten relativ einfach, Andere in ihren Bestrebungen zu behindern, wenn nicht sogar zu blockieren. Vergleichsweise schwierig wird es jedoch für Selbige, das Verhalten von anderen Staaten respektive Organisationen in eine gewünschte Richtung zu lenken. Der messbare Einfluss wird durch die Faktoren Bereitschaft und Potenz definiert und durch die zur Verfügung stehenden Instrumente sowie gegebenen Rahmenbedingungen beeinflusst. Macht kann schlussendlich in direkte Einflussnahme umgesetzt werden, wenn der politische Wille dazu gegeben ist⁸.

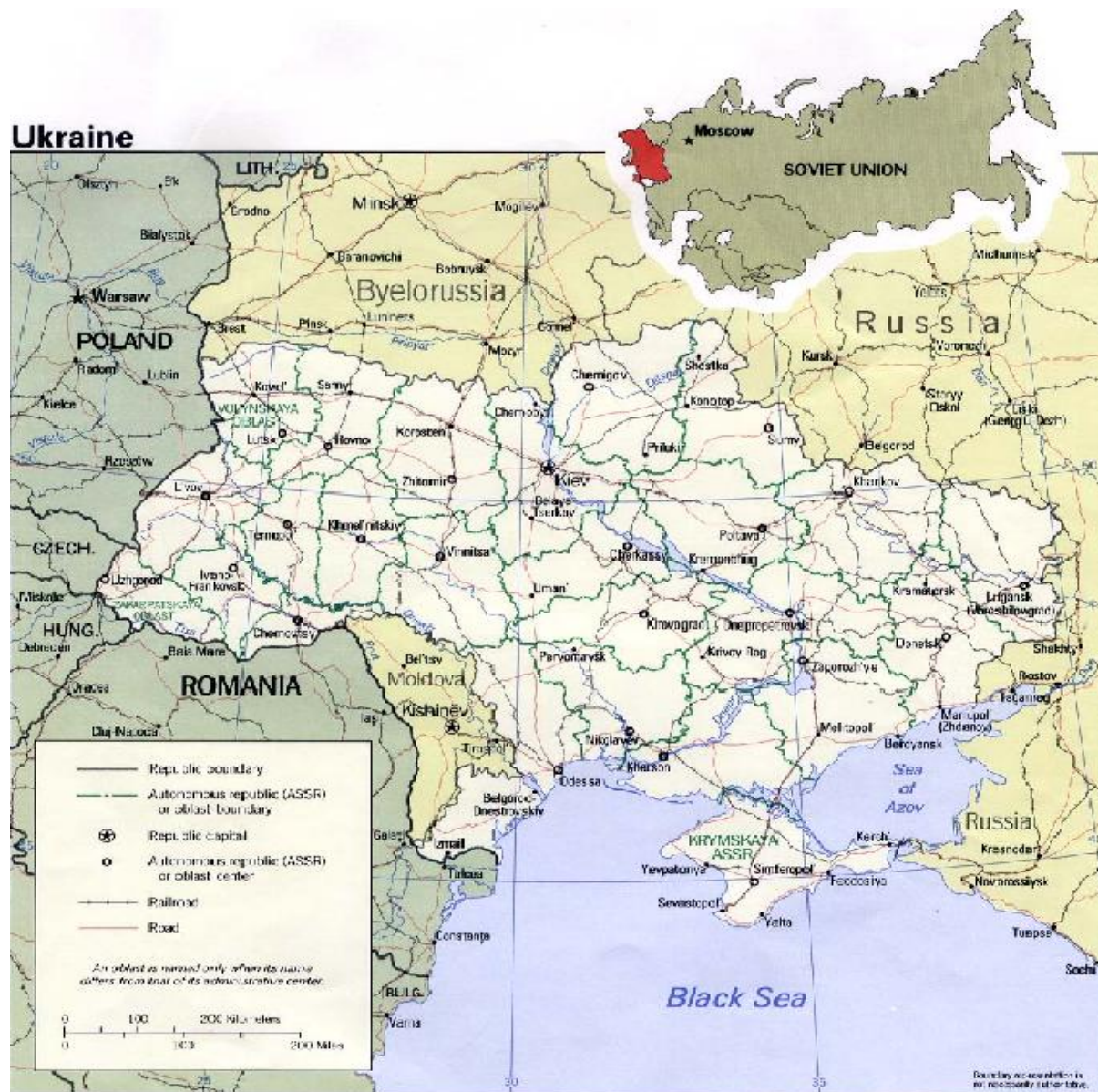
⁸ Velina Tchakarova, M.A., Senior Research Fellow am Austrian Institute for European and Security Policy (AIES).

2. Hauptteil

2.1 Grundlagen

2.1.1 Geographische Lage

Abbildung 1: Die Ukraine



Quelle: Weltkarte.com; <http://www.weltkarte.com/uploads/pics/landkarte-ukraine.jpg>.

Die Ukraine, ein Land zwischen dem „Westen“ und dem „Osten“ gelegen, ist seit je her von verschiedenen Großmächten politisch, militärisch und auch kulturell beeinflusst worden. Diese besondere geografische Lage spiegelt sich auch im Landesnamen der Ukraine. „Ukraina“ bedeutet ins Deutsche übersetzt

„Grenzland“. Die Bezeichnung Grenzland war Synonym für das Gebiet zwischen den sesshaften Ackerbauern und den nomadisch lebenden Hirten. Um die heutige Hauptstadt Kiew befand sich vom 9. bis zum 12. Jahrhundert das Zentrum des ersten slawischen Herrschaftsverbandes der Rus.⁹

Im 18. Jahrhundert verlor die eigentliche Bedeutung „Grenzland“ an Stellenwert. Trotzdem blieb die Ukraine weiterhin „Grenzgebiet“. Dieses bezog sich nun auch auf die Begegnung zwischen der römisch-katholischen und der orthodoxen Kirche. Diese Konstellation und ihre Folgen lassen sich bis ins Mittelalter erkennen.¹⁰

Im Fall der Ukraine ist der Terminus „Grenzland“ nicht nur rein geografisch, und zwar als Region zwischen Europa und Russland zu verstehen, sondern auch als eine fließende Grenze zwischen dem Slawentum und dem europäischen Kulturkreis.¹¹

Gemäß gültiger Diktion ist die Landmasse der Ukraine klar europäisch. Das nach der Russischen Föderation flächenmäßig größte Land Europas, mit 603.700 Quadratkilometer, liegt zwischen dem 22 und 40 Grad Östlicher Länge sowie 45 und 52 Grad Nördlicher Breite. Mit Ausnahme der Karpaten im Westen und dem Mittelgebirge auf der Halbinsel Krim besteht die Ukraine Großteils aus Tiefland. Die überwiegend fruchtbaren Ebenen verlaufen zum Schwarzen Meer hin. Die für ihre Landwirtschaft bekannte Ukraine verfügt auch über Kohlevorkommen, Erdgas und über zwei jüngst entdeckte Schiefergasfelder. Die wichtigsten Industriestätten liegen im Osten und Südosten des Landes. Der Seehafen in Odessa stellt den ukrainischen Zugang zum Schwarzen Meer dar, so man die Halbinsel Krim aufgrund der jüngst durch Russland stattgefundenen Annexion ausspart.

Die Nachbarstaaten sind Rumänien, Moldau, Ungarn, die Slowakei, Polen, Belarus und die Russische Föderation. Mit Ausnahme Moldaus sind die

⁹ Vgl. Phiel, Schulze, Timmermann (Ernst, Peter, Heinz): Die Offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau; BWV Wissenschafts-Verlag, (2005), S. 341.

¹⁰ Vgl. Ebenda, S.342.

¹¹ Vgl. Ebenda.

erstgenannten fünf Staaten allesamt Mitglieder der Europäischen Union und ebenso der NATO.¹²

Dieses Bild auf der Landkarte betrachtet unterstreicht die oben beschriebene exponierte geopolitische Lage der Ukraine zwischen West und Ost.

Die Situation die sich im Wesentlichen aufgrund der geografschen Lage der Ukraine in der Region zwischen seinen Nachbarn bietet, ist im verkleinerten Maßstab auch auf der innerukrainischen ethnisch und politischen Landkarte abgebildet. Die „Trennlinie“ Ukraine als Grenze zwischen Europa und Russland ist im Land selbst mittels einer klaren West-Ost-Orientierung der Einwohner determiniert.

Bei einer Bevölkerung von 45,6 Millionen Einwohnern (Volkszählung 2001) leben u.a. 78% Ukrainer, 17% Russen, 0,6% Weißrussen und 0,1% Krimtataren im Land. Die meisten der russischen und russischstämmigen Bevölkerungsgruppen sind zum Großteil in der Ost und Südostukraine beheimatet.¹³

Auffällig im Bezug auf die Bedeutung der Ukraine für sein Nachbarland die Russische Föderation ist, dass ihr Gebiet als die Wiege der russischen Nation bezeichnet wird. Kiew wird seit den Kiewer Rus als Entstehungsort der russischen Kultur und Nation betrachtet und ist somit integraler Bestandteil der russischen Geschichte.

Die Epoche der Kiewer Rus begann im 9. Jahrhundert, wobei die Kiewer Rus eine Vereinigung von verschiedenen ostslawischen Stammesverbänden darstellten. Verschiedene Sprachen und Nationalstaaten bildeten sich erst in den folgenden Jahrhunderten heraus. Ob die Rus nun den Ukrainern oder Russen zuzuzählen sind, ist bis heute nicht restlos geklärt und damit auch im Auge des Betrachters gelegen. Kiew hatte sich zu diesem Zeitraum zum Zentrum für Wirtschaft, Bildung

¹² Vgl. Auswärtiges Amt Deutschland, unter URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Ukraine_node.html [05.03.2014].

¹³ Vgl. Ebenda.

und Politik in der Region aufgeschwungen und stand in Wettstreit mit Rom, Byzanz und Bagdad.¹⁴

Dieses zumindest aus russischer Sicht bestehende gemeinsame Gründungsnarrativ und die Jahrhunderte der engen Nachbarschaft sowie der gemeinsamen staatlichen Erfahrungen erklären die in der russischen und der „russophilen“ Bevölkerung der Ukraine stark vertretene Sichtweise des „Brudervolks“ der Russen. Vice versa ist diese Sichtweise in der russischen Bevölkerung gegenüber den Ukrainern noch stärker ausgeprägt.

Russlands Ansatz oftmals so zu agieren, als wäre die Ukraine eine inner-russische Angelegenheit, begründet der politische Analyst Leonid Radzichovskij, mit einem entscheidenden Unterschied im nationalen Selbstverständnis: „Für Ukrainer ist die Ukraine die Ukraine; für Russen ist Russland [...] ohne die Ukraine unvollständig“.¹⁵ Dies impliziert einen gewissen Besitzanspruch und zeigt, dass zumindest die Kontrolle über die Ukraine für das russische Selbstbild eine immanente Bedeutung hat. In diesem Kontext erklärt sich auch die eine oder andere - für die souveräne Ukraine - befremdend anmutende außenpolitische Aussage des Kremls.¹⁶

Der russische Botschafter in der Ukraine, Michail Zurabov, formulierte das seiner Meinung nach besondere Verhältnis Russlands zur Ukraine mit den Worten, dass Russland und die Ukraine eine Nation seien: „Ich bin sicher, wir sind nicht nur ein Brudervolk; wir sind eine Nation – mit einigen Besonderheiten, aber eine Nation.“ Der vormalige Präsident der Russischen Föderation Dmitri Medwedew schrieb hierzu in seinem offiziellen Blog: „Wir sind mehr als nur Nachbarn, uns verbinden brüderliche Bande“.¹⁷

¹⁴ Vgl. Kiew Info de, unter URL: <http://www.kiew-info.de/historie.html> [05.03.2014].

¹⁵ Vgl. Leonid Radzichovskij in Echo Moskv, in: AUR Nr. Nr 939, 24.08.09., unter URL: www.echo.msk.ru/blog/radzichovskij/612611-echo/ [05.03.2014].

¹⁶ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 79.

¹⁷ Vgl. Ebenda.

2.1.2 Geschichtliche Implikationen

2.1.2.1 Implikationen mit dem Westen

Mitte des 14. Jahrhunderts eroberte Polen Galizien und gliederte die übrige Ukraine in sein Staatsgebilde ein. Diese über Jahrhunderte andauernde Vorherrschaft Polens auf ukrainischem Gebiet, trotz der Abtrennung und Eingliederung von Teilen dieses unter der Herrschaft Russlands, führten zu einer nachhaltigen Einflussnahme der katholisch-lateinischen Welt auf das Land und seine Bevölkerung.¹⁸

Der polnische Einfluss blieb bis ins 20. Jahrhundert immanent, und nicht zuletzt aus diesem Grund heraus wurde die ukrainische Kultur, im Gegensatz zum zaristisch-orthodoxen Russland, von wesentlichen Entwicklungen wie Reformation, Gegenreformation und Humanismus um nur einige zu nennen – mitgeprägt.

Diese Prägung ist in der ukrainischen Gesellschaft auch heute noch erkennbar. Das geschichtliche Faktum, dass die Ukraine vom 14. Jahrhundert bis zum Jahre 1991 mit einigen wenigen Unterbrechungen im Mittelalter und in den Jahren 1918/1919, integraler Bestandteil von angrenzenden Imperien beziehungsweise Föderationen war, hatte einen starken Einfluss auf die Entwicklung des Landes bis zum heutigen Tag.¹⁹

Gerade diese Polarität steuerte die oftmals verschlungene Entwicklung der ukrainischen Kultur, des Denkens seiner Eliten und der gesellschaftlichen Strukturen sowie der rechtlich-institutionellen Ordnung. Am prägendsten in diesem Kontext sind von Seiten der europäischen Herrscherhäuser sicherlich die des Königreichs Polen-Litauen und Habsburgs zu nennen. Im Bezug auf die letzte europäische Dynastie, welche die Ukraine nachhaltig beeinflusste, ist die Österreichisch-Ungarische Monarchie hervorstechend. Erst nach der Teilung Polens 1772 wurde Galizien (im Westen der Ukraine) zum Grenzland des

¹⁸ Vgl. Phiel, Schulze, Timmermann (Ernst, Peter, Heinz): Die Offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau; BWV Wissenschafts-Verlag, (2005), S. 342, 346.

¹⁹ Vgl. Ebenda.

österreichisch-ungarischen Imperiums. Drei Jahre später kam die Bukowina hinzu und blieb wie Galizien bis zum Niedergang der Monarchie Grenzland im Osten.²⁰

Nach Zusammenbruch der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) im Jahre 1991 begann die Phase der ukrainischen Interaktion mit dem Westen aufs Neue, im Speziellen jedoch mit der Europäischen Union. Diese nunmehr über 20 Jahre andauernde Entwicklung durchlief naturgemäß Höhen und Tiefen. Die doch entscheidenden Ereignisse dieser bilateralen Partnerschaft waren:

- Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) 1994/1998
- EU–Ukraine Aktionsplan 2005
- EU–Ukraine Assoziierungsabkommen
- Hilfestellungen der EU auf Basis der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP)

In dem 1994 ins Leben gerufenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wurde die rechtliche Basis für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Ukraine festgeschrieben. Inhärenter Bestandteil dieses Abkommens war die Bekundung, dass beide Parteien die gleichen grundlegenden Werte teilen. Die vereinbarte Dauer dieses Abkommens wurde auf zehn Jahre limitiert²¹, eine automatische Verlängerung des Vertrages um jeweils ein Jahr wurde jedoch bei Nichtaufkündigung automatisch schlagend. Nach der Ratifikation in den nationalen Parlamenten der damaligen Mitgliedstaaten trat der Vertrag 1998 schlussendlich in Kraft.²²

Der rechtliche Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ist so gestaltet, dass eine Anpassung gemäß den Entwicklungen der bilateralen Beziehungen ermöglicht wird.

²⁰ Vgl. Ebenda.

²¹ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union L 49/3: Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Ukraine; 19.02.1998; Artikel 101.

²² Vgl. Hofschwaiger, Claudia: Diplomarbeit: Die Beziehung der Europäischen Union zur Ukraine als Beispiel der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Uni Wien, 2011, S. 82-83.

In diesem Kontext ist die Umsetzung der ukrainischen Reformen primärer Maßstab.²³

Kernbereiche des Abkommens sind wie folgt:

- Politischer Dialog zwischen den Vertragspartnern
- Ausweitung von Handel und Investitionen
- Schaffung von Grundlagen zur vorteilhaften Zusammenarbeit
- Stärkung der ukrainischen Bestrebungen zur Festigung von Demokratie, der Wirtschaftsentwicklung und zum Übergang zur Marktwirtschaft.²⁴

Im Aktionsplan der Europäischen Union aus dem Jahre 2005 wurde so wie in den folgenden Aktionsplänen auf das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen Bezug genommen. Die Aktionspläne der Europäischen Union sind somit als Mittel zur Implementierung des oben angeführten Abkommens zu bewerten. Der Aktionsplan 2005 wurde zum Umsetzungsmittel bezüglich der Erfüllung der Zielsetzungen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens und regelte die bilaterale Interaktion zwischen der Europäischen Union und der Ukraine. Der Aktionsplan sollte jedoch keinen falls das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ersetzen, sondern dessen Umsetzung unterstützen. Dies ist auch daraus ableitbar, weil im Aktionsplan oftmals auf das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen Bezug genommen wird.²⁵

Als Herzstück ist das Kapitel 2 zu bezeichnen, in dem konkrete durch die Ukraine zu erbringende Leistungen in sechs Kategorien aufgelistet werden:²⁶

- Politischer Dialog & Reformen
- Wirtschaftliche, soziale Reform & Entwicklung
- Handel, Markt & Regulierungsformen
- Kooperation bei Justiz und Innerem

²³ Vgl. Ebenda.

²⁴ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union I 49/3: Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Ukraine; 19.02.1998; Artikel 1.

²⁵ Vgl. Hofschwaiger, Claudia: Diplomarbeit: Die Beziehung der Europäischen Union zur Ukraine als Beispiel der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Uni Wien, 2011, S. 90-91.

²⁶ Vgl. Ebenda.

- Kontakte zwischen Bürgern
- Verkehr, Energie, Informationsgesellschaft und Umwelt.²⁷

Mit dem EU-Ukraine- Assoziierungsabkommen erreichte die bisherige Kooperation zwischen der Europäischen Union und der Ukraine ihren Höhepunkt. Auf dem Gipfeltreffen in Paris 2008 wurde der Entschluss über die Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen getroffen. Von der grundsätzlichen Intention her sollte das Assoziierungsabkommen eine logische Weiterentwicklung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens darstellen und die Kooperation im politischen wie im wirtschaftlichen Sektor vertiefen.²⁸

Auch nach erfolgreicher Paraphierung des Abkommens und einem zähen Ringen um die Erfüllung der von der Europäischen Kommission aufgestellten drei „Benchmarkkriterien“ kam es schlussendlich erst nach dem Sturz des Regimes Wiktor Januokwitsch zur Unterzeichnung der Assoziierung.

Diese stellte einen Meilenstein in der europäisch-ukrainischen Beziehung dar, weil neben den politisch rechtsstaatlichen Werten auch ein umfassendes Freihandelsabkommen eingeschlossen ist, das in dieser Form von der Europäischen Union bisher noch mit keinem anderen Drittstaat abgeschlossen wurde.

Die für die Ukraine - vor allem pekuniär merkbaren Leistungen durch Hilfestellungen der EU, abgeleitet von der Europäischen Nachbarschaftspolitik - basieren auf der Grundlage des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI). Die Europäische Union bezweckt mit den an der Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaft (ENP) teilnehmenden Staaten die Schaffung von Wohlstand und gutnachbarschaftlichen Beziehungen voranzutreiben.²⁹

²⁷ Vgl. EU-Ukraine Aktionsplan, unter URL:

http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf [08.03.2014].

²⁸ Hofschwaiger, Claudia: Diplomarbeit: Die Beziehung der Europäischen Union zur Ukraine als Beispiel der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Uni Wien, 2011, S. 107.

²⁹ Vgl. Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument; Ukraine; Länderstrategiepapier 2007-2013; S. 2, unter URL: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi_csp_ukraine_de.pdf [09.03.2014].

Fokus in diesem Kontext mit der Ukraine war die Absicht, die bisherigen Beziehungen in eine engere wirtschaftliche Integration und politische Zusammenarbeit zu führen. Dabei sollte auch der Aspekt der außen- und sicherheitspolitischen Kooperation gestärkt werden.³⁰

Die hierbei verfolgten Ziele dienten den Reformbestrebungen der Ukraine und stehen wiederum in Korrelation mit denen des Partnerschafts- und Kooperationsprogramms von 1998 und dem Aktionsplan von 2005. Die definierten Prioritäten lagen hierbei auf:³¹

- Entwicklung demokratischer Verhältnisse und verantwortlicher Regierungsführung
- Rechtsreform und Aufbau der Verwaltung
- Infrastrukturentwicklung, namentlich in den Bereichen Verkehr, Energie und Umweltschutz, und enge Zusammenarbeit mit der EIB, der EBWE sowie anderen IFI.³²

Die im Zeitraum von 1991 bis 2006 von der Europäischen Union an die Ukraine geflossene pekuniäre Hilfestellung und Unterstützung belief sich auf nahezu 2,4 Milliarden Euro.³³

³⁰ Vgl. Ebenda.

³¹ Vgl. Ebenda.

³² Vgl. Ebenda.

³³ Vgl. Ebenda, S. 10.

Grafik 1: EU Unterstützung an Ukraine, 1991-2002 (in Millionen Euro)

	1991 -1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Total
<i>TACIS National Programme</i>	407**	38.6	48	43	47	50	70	88	100	891.6
<i>TACIS Nuclear Safety (incl. Chernobyl Shelter Fund and UKR G7 Action Plan)***</i>	304.3	50.3	3.5	69.4	44	46.6	34.3	28.4	40.3	621.1
<i>TACIS Cross-border Co-operation****</i>		5.2	1	5.5	0.5	3	3	18	4	40.2
<i>TACIS Regional Programme****</i>		3.7	6	9.1	10.5	6	6	8.7	tbc	50.0
<i>Fuel gap</i>	-	-	25	20	20	-	-	-	-	65
<i>ECHO (humanitarian assistance)</i>	12	6.3	1.3	0.9	0	-	-	-	-	20.5
<i>Macro-financial assistance (loan)</i>	565	-	-	-	110	-	-	-	-	675
<i>Human rights (EIDHR)</i>		0.2	-	1.3	0.6	0.6	0.5	1.8	0.95	5.95
<i>Migration (AENEAS)</i>	-	-	-	-	-	1.3	-	1.5	tbc	2.8
<i>Anti-landmines</i>	-	-	-	-	-	-	7.0	-	-	7.0
<i>Contribution to STCU</i>		3	4.5	4	4	4	4	5.5	5	34.0
Total	1288.3	107.3	89.3	153.2	236.6	111.5	124.8	151.9	150.3	2413.2

* 2006 figures indicative and not available for each item

** Overall figure for technical assistance in 1991-98 (mostly Tacis) Source: AIDCO A/1

*** Includes both national projects and estimated share of multi-country projects, 2005 and 2006 Chernobyl allocations still subject to possible modifications.

**** Estimated pro-rata share for Ukraine in cross-border and regional programmes.

Quelle: Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument; Ukraine; Länderstrategiepapier 2007-2013.

Der Hauptanteil dieser Hilfestellungen wurde im Rahmen des Tacis-Programms gewährt, wobei makroökonomische Finanzhilfe und die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) sowie humanitäre Hilfe im Vordergrund standen.³⁴

2.1.2.2 Implikationen mit Russland

Ab 1667 befand sich das als „Klein-Russland/Malorosija“ am linken Ufer des Dnjepr liegende Gebiet einschließlich der Stadt Kiew, unter russischer Herrschaft. Ebenso stand das ostwärtige Gebiet der heutigen Ukraine, das als Sloboda-Ukraine bezeichnete wird und die Stadt Charkiw einschließt, unter der Führung Moskaus. Diese Region war bereits im 17. und 18. Jahrhundert, trotz der unmittelbaren Nähe zu Russland, überwiegend von Ukrainern besiedelt.

³⁴ Vgl. Ebenda.

Aufgrund der Zugehörigkeit der überwiegenden Teile der Ukraine zu Russland konzentrierte sich die Grenzlandthematik im Wesentlichen auf den Raum der heutigen Westukraine. Dort, wo das Polnische und das Habsburgerreich seine östlichen Grenzen fanden und den europäischen Einfluss in die ukrainische Region verbreiteten.³⁵

Eine deutlich autokratische Herrschaft und die seit 1863 aufgetretenen Repressionen gegenüber der Ukraine erschwerten die Nationenbildung und das Entstehen einer ukrainischen Zivilgesellschaft. Im Fahrwasser der Revolution von 1905 entstanden erste bürgerliche Freiheiten, und es erfolgte die Implementierung eines Parlaments. Mit dem Kollaps des Zarenreichs 1917 erwuchs das ukrainische nationale Bewusstsein, das am 22.01.1918 in der Gründung der Ukrainischen Volksrepublik gipfelte. Nach verlustreichen Kämpfen mit der Sowjetunion musste die Ukraine schlussendlich kapitulieren und wurde in die UdSSR eingegliedert. Bezeichnend für die Sowjetherrschaft war die Diskrepanz zwischen den durch die Verfassung der UdSSR eingeräumten Rechten und der Realität des politischen Alltags, bei dem alles zentral aus Moskau bestimmt wurde.³⁶

Nach einer Entspannung im Verhältnis zwischen Moskau und der Ukraine schlug in den 1930er-Jahren der Stalinismus durch. Willkür und Rechtlosigkeit standen im gesamten Gebiet der UdSSR auf der Tagesordnung. Die Ukraine wurde politisch motiviert wahrscheinlich am härtesten getroffen. Die Ausrottung der Kulaken, Massendeportationen und vor allem die als „Holodomor“ bezeichnete politisch motivierte Hungersnot 1932/1933 wirken sich auf die bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation als Nachfolgestaat der UdSSR bis heute aus.³⁷

Ab 1945 umfasste die Ukrainische Sowjetrepublik beinahe alle von Ukrainern besiedelte Gebiete. Nach den Wirren des 2. Weltkrieges, und vor allem in der exzessiven Umsiedlungspolitik Stalins begründet, wurde aus den über

³⁵ Vgl. Phiel, Schulze, Timmermann (Ernst, Peter, Heinz): Die Offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau; BWV Wissenschafts-Verlag, (2005), S. 343, 344.

³⁶ Vgl. Ebenda.

³⁷ Vgl. Ebenda.

Jahrhunderten polytechnischen Provinzen der Ukraine, ein mit 78 Prozent Ukrainer und 17 Prozent Russen, bi-ethisches Land.

In der Betrachtungsweise des 2. Weltkrieges kam es immer wieder zu diametralen Auffassungsweisen zwischen Russland und der Ukraine über die ukrainische Rolle in diesem. Eines steht jedoch außer Zweifel nämlich der Blutzoll der Ukrainer. Mit Ausnahme des jüdischen Volkes hat im 20. Jahrhundert, laut Berichten von Demographen aus verschiedenen Ländern, kein anderes Volk so enorme Verlustzahlen hinnehmen müssen. Dank ihres großen demographischen Potenzials ist es der Ukraine gelungen, diese Verluste zu verkraften und daran als Nation nicht zu zerbrechen.³⁸

Die nach dem Zerfall der UdSSR über Jahre hinweg russlandfreundliche Geschichtspolitik der Ukraine relativierte sich mit der „Orangen Revolution“ und führte schlussendlich zu ersten politischen Diskrepanzen zwischen den beiden Staaten.

Unter dem Präsidenten der Orangen Revolution Wiktor Juschtschenko wurde die Geschichtspolitik der Ukraine von Moskau stark kritisiert. Juschtschenko wurde vorgeworfen, die diffizilen Abschnitte der gemeinsamen Geschichte zu verzerren. Der für die Russische Föderation immer noch als Gründungsnarrativ geltende „Große Vaterländische Krieg“ würde von Präsident Juschtschenko als eine Konfrontation zwischen zwei totalitären Regimen dargestellt und die partiell ukrainische Kollaboration mit den Nazis heroisiert. Die Duma-Fraktion *Edinaja Rossija* (Vereintes Russland) statuierte, dass eine radikale Änderung der Lehrbücher der Ukraine wichtig wäre, weil diese ein gefälschtes Geschichtsbild wiedergeben würden und beantragte im russischen Ministerium für Bildung und Wissenschaft eine eigene Kommission zur Erstellung eines einheitlichen Geschichtsbuches für die Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).³⁹

³⁸ Vgl. Phiel, Schulze, Timmermann (Ernst, Peter, Heinz): Die Offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau; BWV Wissenschafts-Verlag, (2005), S. 343, 344 und 353.

³⁹ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 67 -68.

Dies stellt ein Bilderbuchbeispiel des Hegemonialanspruches der Russischen Föderation gegenüber dem souveränen Staat Ukraine dar.

Nach der Präsidentenamtsübernahme durch Wiktor Janukowitsch wurde das Geschichtsbild der Ukraine unter Jutschenko revidiert und wiederum dem russischen angepasst. Um den geschichtspolitischen Schulterschluss mit der Russischen Föderation zu dokumentieren, entschloss sich Wiktor Janukowitsch anlässlich des 65. Jahrestages des Sieges über Nazideutschland, eben diesen mit Russland zu synchronisieren.⁴⁰

Bereits im Jahr 2010 verlautbarten der ukrainische und der russische Bildungsminister die Absicht ein Projekt ins Leben zu rufen, dass ein gemeinsames Lehrbuch für russische und ukrainische Schulen entwickeln sollte. Gemäß Diktion des ukrainischen Unterrichtsministers fände ein Kampf um die Köpfe der Menschen statt. Er behauptete, es sei notwendig, eine klare „staatliche historische Orientierung“ und einen historischen Kanon, insbesondere für die Schulbildung zu implementieren.⁴¹

Der damalige russische Ministerpräsident Wladimir Putin verschärfte die Diskussion, indem er bei einem Live-Fernsehinterview zum Ausdruck brachte, dass Russland den 2. Weltkrieg auch ohne Mithilfe der Ukrainer gewonnen hätte.⁴²

Diese Aussage war im Bezug auf die statistischen Verlustzahlen, bei denen der Ukraine 70 Prozent der Gefallenen auf Seiten der Sowjetunion zugeschlagen werden, ein Schlag gegen den ukrainischen Nationalstolz. Die offizielle Ukraine reagierte auf diese Aussage Putins nicht. Die Veteranen des 2. Weltkrieges verfassten einen offenen Brief an Putin, in dem sie ihm die Beschmutzung der im 2. Weltkrieg Gefallenen und die Beleidigung der Ukraine vorwarfen.⁴³

⁴⁰ Vgl. Ebenda.

⁴¹ Vgl. Ebenda.

⁴² Vgl. Ebenda.

⁴³ Vgl. Ebenda.

Wesentliche Interaktionen im ukrainisch–russischen Verhältnis stellen die in der jüngeren Geschichte ab dem Jahre 1991 abgeschlossenen Abkommen/Verträge und immer wieder auftretende Konflikte um Erdgas sowie die Halbinsel Krim dar.

Auszüge aus den Abkommen/Verträgen sind:

- Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
- Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation
- Strategic Arms Reduction Treaty (START)
- Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft

Unmittelbar nach der Auflösung der UdSSR durch Russland, Belarus und die Ukraine gründeten diese Nationen die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS). Als wichtiger Kooperationsgrundsatz wurde die Achtung der staatlichen Souveränität definiert. Zentrale Zielsetzung der GUS war es, die UdSSR geordnet aufzulösen und die zukünftige wirtschaftliche und militärische Kooperation aufrecht zu erhalten. Gerade der Ukraine kam in diesem Kontext für Russland eine entscheidende Rolle zu.

Für die Ukraine war die GUS eine Form von zivilisierter Scheidung von Russland (Ex Präsident Leonid Krawtschuk). In der russischen Außenpolitik wurde jedoch davon ausgegangen, dass die Abtrennung der Ukraine nur vorübergehend sei.⁴⁴

Russland war im Rahmen dieses Formats stets bestrebt, seine Führungsrolle zu behaupten und auszubauen. Als später die Sonderkonditionen für russisches Erdgas und Erdöl fielen, wurde auch die Bereitschaft zur aktiven Zusammenarbeit der Mitgliedsländer schwächer. Zusehends wurden Regeln gebrochen und Sonderverträge zwischen den Mitgliedsländern abgeschlossen. Die eigenständigen Interessen der Ukraine entwickelten sich unterschiedlich von Russlands Intentionen. Heute hat die GUS keine politische Bedeutung mehr.⁴⁵

⁴⁴ Vgl. Schneider-Deters, Schulze, Timmermann (Winfried, Peter W., Heinz): Die europäische Union, Russland und Eurasien: Die Rückkehr der Geopolitik, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2008), S. 371.

⁴⁵ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Info-Portal Östliches Europa: GUS-Staaten, unter URL: <http://www.osteuropa.lpb-bw.de/3742.html> [14.03.2014].

Aufgrund der weitreichenden tiefen wirtschaftlichen Verschränkungen zwischen der russischen Föderation und der Ukraine, begründet durch die Wirtschaftspolitik der UdSSR, galt es, die zentrale Problemstellung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu regeln. Dieser Herausforderung geschuldet wurde am 24. Juni 1993 zwischen Russland und der Ukraine ein Abkommen über den freien Handel geschlossen. Das Abkommen sah vor, beiderseitig keine Zölle, Steuern und Gebühren auf Waren, die ein Äquivalent im Export und/oder Import hatten, im jeweiligen Land produziert wurden und für eines der Vertragsländer bestimmt waren, einzuheben. Des Weiteren wurde festgelegt, dass für diese Waren keinerlei Mengenbeschränkungen bestanden.⁴⁶

Eine Herausforderung geopolitischer Dimension für die 1991 unabhängig gewordene Ukraine war ihr Bestand an Nuklearwaffen. Dieser war nach den USA und der Russischen Föderation der drittgrößte weltweit. In absoluten Zahlen waren dies die 43. Raketenarmee der Sowjetstreitkräfte mit insgesamt 1.240 Nuklearsprengköpfen und 40 Langstreckenbomber des Typs Tu-95MS sowie etwa 2.500 taktische Atomwaffen. Nachdem sich die Ukraine bereits mit Erlangung ihrer Unabhängigkeit dazu bekannt hatte, zukünftig auf Atomwaffen verzichten zu wollen, konnte nach zähen Verhandlungen zwischen Russland, den USA und der Ukraine eine Lösung im Rahmen des *Strategic Arms Reduction Treaty*⁴⁷ (START) Programms erzielt werden.

Durch die Präsidenten Russlands (Boris Jelzin), der Ukraine (Leonid Krawtschuk) und den USA (Bill Clinton) wurde ein Abkommen über die Vernichtung und Abgabe ihrer Atomwaffen unterzeichnet. Hiermit war der nichtnukleare Status der Ukraine besiegelt. Der Abtransport nach Russland dauerte bis Anfang 1994, die letzten ukrainischen SS-19 Nuklearraketen wurden 1999 verschrottet. Mit dieser Maßnahme wurde nicht nur die Gefahr des Diebstahls von Nuklearmaterial in einem noch jungen und mit verschiedensten Herausforderungen kämpfenden Staat beseitigt, sondern auch durch Russland das gewünschte Kräfteverhältnis zum „Brudervolk“ sichergestellt. Zudem verpflichtete sich Russland auch die

⁴⁶ Vgl. Sibac.info13 03 2013, unter URL: <http://sibac.info/index.php/2009-07-01-10-21-16/6970-----19921994-> [14 03 2014].

⁴⁷ Strategic Arms Reduction Treaty ist ein Abrüstungsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation zur Reduzierung von Nuklearwaffen.

Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine anzuerkennen.⁴⁸

Im Zuge des ersten offiziellen Staatsbesuches eines russischen Präsidenten – Boris Jelzin – in der unabhängigen Ukraine kam es im Mai 1997 zur Unterzeichnung des bis dato ersten großen bilateralen Abkommens zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine, dem Vertrag über *Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft*. Mit diesem Staatsakt anerkannte die Russische Föderation die Ukraine in völkerrechtlich verbindlicher Form als unabhängigen Staat.⁴⁹

Diese Anerkennung minderte jedoch nicht die versuchte Einflussnahme Russlands auf die ukrainische Politik. Vor allem im Kontext der strategischen Interessen Russlands auf der Krim und auf die nach Europa – durch die Ukraine – laufenden Gaslieferungen wurde wiederholt Druck gegenüber der Ukraine ausgeübt.⁵⁰ Die durch Russland jüngst durchgeführte Annexion der Krim stellt im Bezug auf die bilateralen Verträge, wie das „Budapester Abkommen“, einen klaren Vertragsbruch dar.

Als Büchse der Pandora erkannte Ex-Präsident Boris Jelzin die Krimfrage mit seinem Nukleus, dem russischen Seehafen von Sewastopol. Obwohl die Russische Föderation die territoriale Integrität der Ukraine anerkannt hatte, wollte man nicht auf Sewastopol verzichten. Bei der Krimfrage ging es zwar primär um militärstrategische Interessen Russlands, jedoch auch um die Symbolik des Seezuganges zum Schwarzen Meer und damit das Selbstverständnis eines russischen Imperiums.⁵¹

⁴⁸ Vgl. Alpen-Adria Universität Klagenfurt: Atomare Abrüstung, unter URL: http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php?title=Atomare_Abr%C3%BCstung [18.03.2014].

⁴⁹ Vgl. Schneider-Deters, Schulze, Timmermann (Winfrid, Peter W., Heinz): Die europäische Union, Russland und Eurasien: Die Rückkehr der Geopolitik, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2008), S. 372.

⁵⁰ Vgl. Ebenda.

⁵¹ Vgl. Phiel, Schulze, Timmermann (Ernst, Peter, Heinz): Die Offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau; BWV Wissenschafts-Verlag, (2005), S. 343, 344 und 352.

Abbildung 2: Stützpunkte Russlands auf der Krim



Quelle: DPA, RIA.

Russland hat es dem sowjetischen Ex-Präsidenten Nikita Chruschtschow nie verziehen, in den 1950er-Jahren die Krim seiner Heimat der Ukraine geschenkt zu haben. Diese Schenkung war in der UdSSR eher symbolisch, gewann jedoch mit 1991 realpolitische Bedeutung. In den Jahren nach dem Zerfall der UdSSR vermied man diese Büchse der Pandora, die Krimfrage, zu öffnen.

Am 28. Mai 1997 unterschrieben Boris Jelzin und Leonid Krawtschuk in Kiew ein Abkommen über den Status und die Aufenthaltsbedingungen der Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine. Der Vertrag galt für 25 Jahre und wurde unter großem Protest der ukrainischen Oppositionsparteien zwischen den Präsidenten Dmitrij Medwedew und Wiktor Janukowitsch mit der "Charkower Vereinbarung" bis 2042 verlängert. Janukowitsch, der aufgrund der russischen Unterstützung bei der ukrainischen Präsidentschaftswahl dem Kreml zu Dank verpflichtet war, peitschte in der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) dieses Abkommen durch und stellte

im Gegenzug eine jährliche Pachtzahlung von 100 Millionen Dollar sowie einen Preisnachlass auf russisches Gas von 30 Prozent sicher.⁵²

Die Vorgehensweise der russischen Einflussnahme auf die ukrainische Politik mittels persönlicher Verpflichtungen, Finanztransfers und vor allem der russischen „Gaswaffe“ sind beispielgebend für den russischen Umgang mit der Ukraine.

Neben der Krimfrage war und ist die Erdgasthematik die schwerwiegendste Herausforderung für die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Am Beispiel der Gaskrise 2009 kann die grundsätzliche Problematik der machtpolitischen Implikation des Energieträgers Erdgas dargestellt werden.

Anfang 2009 drohte der damalige Ministerpräsident Wladimir Putin der Ukraine und damit indirekt Europa, die Erdgaslieferungen in die Ukraine einzustellen. Grund für diese Drohung war der von Russland erhobene Vorwurf, dass die Ukraine ihre Gasschulden nicht beglichen hatte.⁵³

Russland wurde und wird regelmäßig vorgeworfen, Erdgas als Mittel zur machtpolitisch motivierten Außenpolitik einzusetzen. Dies mag durchaus zutreffen, trotzdem muss an dieser Stelle ebenso erwähnt werden, dass Gazprom als Unternehmen an Gewinnmaximierung interessiert ist und aus diesem Grund die für die Ex-Sowjetrepublik gewährte Gaspreisreduzierung schrittweise an die üblichen Marktpreise anzuheben versuchte. Im konkreten Fall von 2009, von ursprünglich hundertneunundsiebzig auf zweihundertfünfzig Dollar pro tausend m³. Der guten Ordnung halber sei erwähnt, dass dieser Preis immer noch deutlich unter dem Weltmarktpreis von vierhundert Dollar lag. Eine der Hauptursachen für dieses immer wieder auftretende bilaterale Problem scheinen die undurchsichtigen Strukturen und Mechanismen in der Ausverhandlung der Lieferpreise zu sein. Diese Strukturen dürften der engen Verschränkung der Politik und Wirtschaft in den beiden Staaten und zwischen ihnen geschuldet sein. Nicht das ökonomische Prinzip des freien Marktes regelt die Preisgestaltung sondern die Staaten nach den Gesichtspunkten einzelner Akteure beziehungsweise Akteursgruppen. Diese

⁵² Vgl. Die Welt: Politik, unter URL: <http://www.welt.de/politik/ausland/article125583775/Russische-Schwarzmeerflotte-ist-ein-Staat-im-Staate.html> [21.03.2014].

⁵³ Vgl. Meister, Stefan: Nach dem Gastreit zwischen Russland und der Ukraine; 2009; unter URL: <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapstandpunkt/nach-dem-gasstreit-zwischen-russland-und-der-ukraine>. [21.03.2014].

Interessen können mannigfaltig sein. Im konkreten Fall der Gaskrise 2009 dürfte die aufgrund der „Orangen Revolution“ verschlechterte politische Beziehung zwischen der russischen und der ukrainischen Regierung, aufgrund derer außenpolitischen Neuorientierung Richtung Westen, gewesen sein.⁵⁴

Nicht zuletzt wegen der für 2010 geplanten Präsidentschaftswahl in der Ukraine wollte der Kreml so seine Präferenz für den aus der Ostukraine und als „russophil“ geltenden Wiktor Janukowitsch zum Ausdruck bringen.

2.1.3 Über die ukrainische Bevölkerung

2.1.3.1 Die Sprachproblematik

Die Bipolarität zwischen der ukrainischen und russischen Sprache und ihre regionale Verbreitung sind durchaus als Synonym für die Kongruenz der beiden Kulturen innerhalb der Ukraine und somit auch als Ausdruck für die jeweilige politische Präferenz der Bevölkerung zwischen dem Westen und der Russischen Föderation zu bewerten.

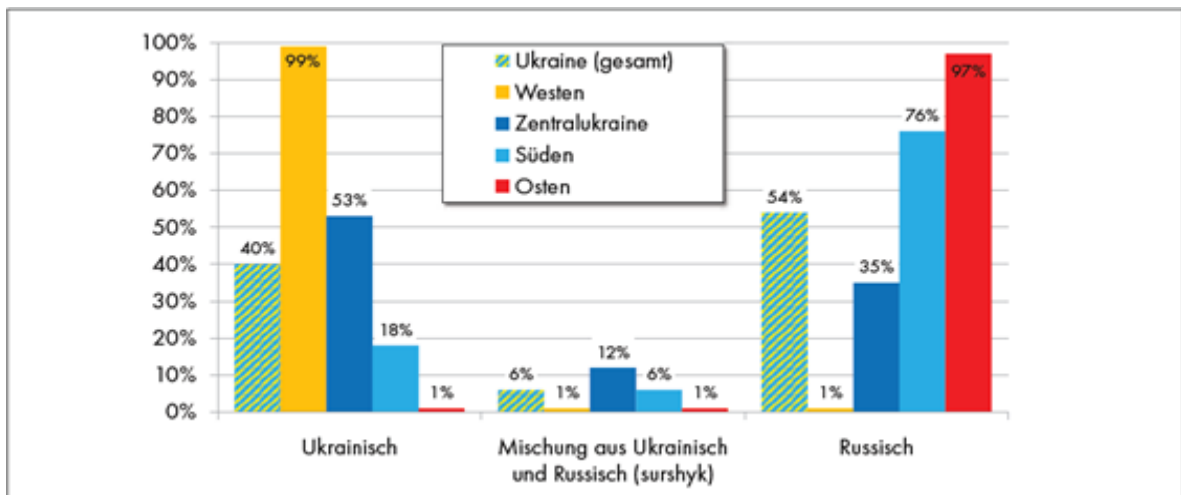
Der Einfluss der russischen Sprache und damit der russischen Kultur begann bereits 1667 mit der Eingliederung des Gebietes der heutigen Ostukraine in das Zarenreich. Begünstigende Faktoren für die erfolgreiche Ausdehnung der russischen Sprache in der Ukraine waren die durch Moskau gesteuerten umfangreichen Einwanderungsbewegungen russischer Staatsbürger in die Ukraine. Zusätzlich wurde durch die russische Führung das Ukrainische über lange Zeit hinweg unterdrückt und im Gegenzug die russische Sprache dementsprechend gefördert. Diese Vorgehensweise war nicht zuletzt der Auffassung geschuldet, dass das Ukrainische ein lediglich durch polnische Einflüsse verunreinigter Dialekt des Russischen wäre.

⁵⁴ Vgl. Ebenda.

Speziell im Osten und Süden der Ukraine entstanden wegen der ethnischen Russen, aber auch aufgrund der geografischen Nähe zu Russland, respektive zur „russischen“ Krim, russischsprachige Hochburgen.⁵⁵

In der Ost und Südukraine, aber auch in der Hauptstadt Kiew, behielt das Russische – als Alltagssprache – seine dominante Stellung. Viele ethnische Ukrainer sprechen zwar „in den eigenen vier Wänden“ Ukrainisch, verwenden jedoch „auf der Straße“ und im Berufsleben Russisch. Etwa ein Drittel der Ukrainer befinden die russische Sprache als die einer „nationalen Minderheit“, in etwa die Hälfte wünscht sich das Russische als zweite offizielle Amtssprache.⁵⁶

Grafik 2: Welche Sprachen benutzen Ukrainer im Alltag?



Quelle: Repräsentative Umfrage des FMO Ukraine vom 17.-22.12.2009:
http://bd.fom.ru/report/map/ukrain_eo/du091229#Abs6

Stellt man nun dezidiert die Frage nach der Erhebung des Russischen zur zweiten Amtssprache ist die Meinung der Bevölkerung wie folgt:

Für die ukrainische Sprache als alleinige Amtssprache votierten 48 Prozent und für das Russische als zweite Amtssprache 49 Prozent. In einer West – Ostverteilung betrachtet, diversifiziert sich das Meinungsbild:

⁵⁵ Vgl. Phiel, Schulze, Timmermann (Ernst, Peter, Heinz): Die Offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau; BWV Wissenschafts-Verlag, (2005), S. 343, 344 und 353.

⁵⁶ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 253.

In der Westukraine beharren 88 Prozent auf Ukrainisch als einzige Amtssprache, in der Zentralukraine befürworteten 65 und in der Ost und Südukraine 76 Prozent Russisch als zweite Amtssprache.⁵⁷

2010 wurde Wiktor Janukowitsch von den „russophilen“ Ukrainern nicht zuletzt deswegen zum Präsidenten gewählt, weil er ihnen indirekt zu verstehen gab, Russisch zur zweiten Amtssprache erheben zu wollen. Zu einem diesbezüglich eingebrachten Gesetzesentwurf der Partei Wiktor Janukowitschs (PdR) äußerte sich die Europäische Kommission für Demokratie und Recht („Venediger Kommission“) ablehnend. Die grundsätzlich angebrachte Kritik konzentrierte sich auf die Unausgewogenheit des Gesetzesentwurfs. Dieser würde die Position der russischen Sprache stärken, jedoch keine Vorkehrungen treffen, um die ukrainische Sprache als Staatssprache zu bestätigen. Schlussendlich wurde dieser Entwurf, Russisch zur zweiten Amtssprache zu machen, als Versuch der Implementierung einer faktisch offiziellen Zweisprachigkeit abgekanzelt.⁵⁸

Der Versuch Russisch zur zweiten Amtssprache zu erheben, kam nicht unbegründet. Ex Präsident Wiktor Justschenko, der entgegen den Interessen der Russischen Föderation die EU–Integration vorantrieb und in seiner Geschichtspolitik auf Konfrontationskurs mit Russland ging, wurde auch betreffend der unterlassenen Förderung der russischen Sprache hart angegriffen. „Russophile“ Politiker bezeichneten die russische Sprache in seiner Amtszeit als „gefährdete Sprache“ und hielten in Kiew eine zweitägige internationale Konferenz zum Thema „Schutz der russischen Sprache, Kultur und der russischsprachigen Bevölkerung in den Staaten der GUS und dem Baltikum“ ab.⁵⁹

⁵⁷ Vgl. Schneider-Deters, Winfried: Rezension von Klemens Büscher: Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine, Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat, (zugl.: Köln., Uni., 2001), Frankfurt am Main 2004, in: Osteuropa, 57. Jg., 4 / April 2007, S. 183.

⁵⁸ Vgl. Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 72-75.

⁵⁹ Vgl. Ebenda.

Die Konferenz wurde vom russischen Botschafter in der Ukraine, Michail Zurabov, eröffnet und erreicht mit der Aussage des PdR-Parlamentariers Wadim Kolesnickenko ihren Tiefpunkt. Dieser behauptete, dass unter Justschenko eine Politik des „*kulturellen Ethnozids*“ betrieben wurde. Aufgrund der Tatsache, dass sich offizielle russische Vertreter und Politiker unverhohlen in die Sprachproblematik eines souveränen Staates einmischen - deren Einwohner sie als „Brudervolk“ bezeichnen - kann gefolgert werden, dass die dahinter liegende Absicht nicht die Protektion der russischen Kultur war, sondern die kulturelle Integration der Ukraine in die „russische Welt“ und daraus resultierend ihre Bindung an die Russische Föderation.⁶⁰

2.1.3.2 Ukrainer und der europäische/russische Weg

Vom 24.10.2011 bis zum 04.11.2011 führte das *Kiewer Internationale Institut für Soziologie* eine Umfrage zur Meinung der ukrainischen Bevölkerung im Bezug auf den europäischen Integrationskurs der ukrainischen Regierung durch.⁶¹ Das Ergebnis war für die Befürworter des Integrationskurses, aber auch für die EU ernüchternd. Zirka 45 Prozent sprachen sich für eine Kooperation mit der Russischen Föderation und nur 33 Prozent für eine mit der Europäischen Union aus. 47 Prozent hielten einen Beitritt zur von Russland angeführten Zollunion mit Kasachstan und Belarus sogar für vorteilhafter, weil sie die ukrainische Landwirtschaft und Industrie als vermutlich wenig kompatibel und daher nicht ausreichend wettbewerbsfähig einstufen. Die später 2012 von Präsident Wiktor Janukowitsch ventilierte Volksbefragung über einen außenpolitischen Richtungswechsel, weg von dem bereits betretenen Assoziierungspfad hin zu einer Mitgliedschaft mit der Zollunion, wäre wahrscheinlich zugunsten der Zollunion ausgegangen. Natürlich ist wie in allen Umfragen die eigentliche Fragestellung von Bedeutung. Bei der Frage, ob die Ukraine der Zollunion beitreten sollte oder nicht, hätten 55 Prozent dafür und 33 Prozent dagegen gestimmt. Wäre die Frage für einen EU-Beitritt oder dagegen gestellt worden, wäre das

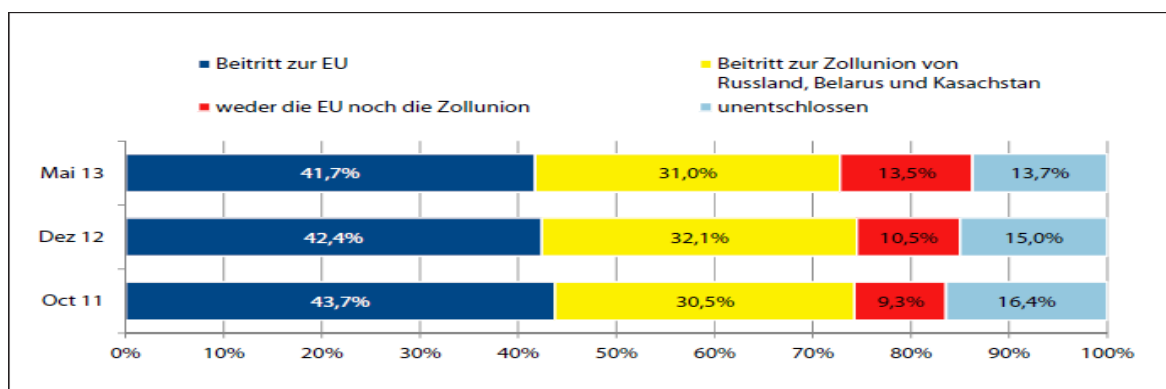
⁶⁰ Vgl. Ebenda.

⁶¹ Ukrainskaja Pravda (russische Ausgabe), 08.12.2011, unter URL: <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2011/12/8/6822991/> [22.03.2014].

Ergebnis bei 40 Prozent dafür und bei 33 Prozent dagegen gelegen.⁶²

Im ukrainischen Ost-Westgefälle bestehen in dieser Fragestellung diametrale Unterschiede. Die Westukraine stimmt mit ca. zwei Drittel für die EU, im Osten zwei Drittel für eine Union mit Russland im Format der Zollunion. Im Zentrum der Ukraine, einschließlich der Hauptstadt Kiew, sprachen sich beinahe 50 Prozent für die Zollunion und ein Drittel dagegen aus.⁶³

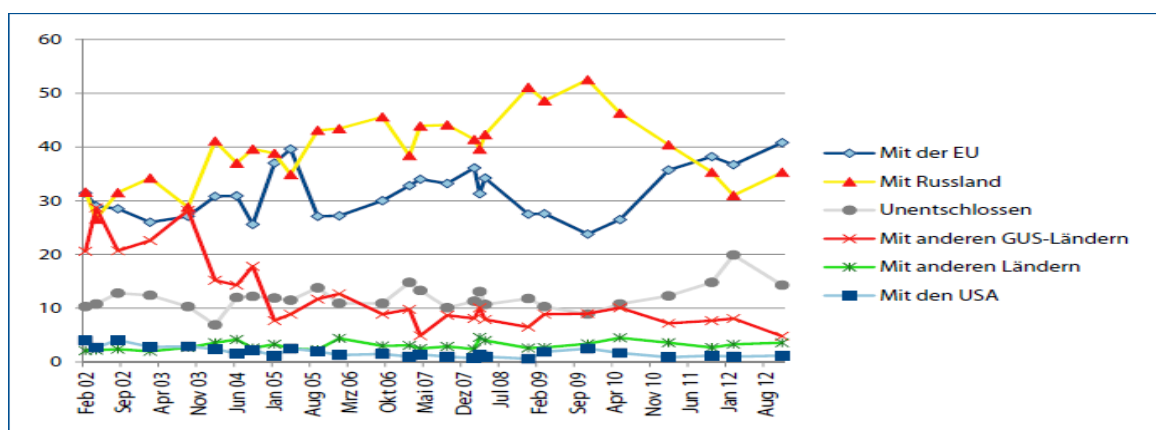
Grafik 3: Welche Integrationsrichtung soll die Ukraine wählen?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums zusammen mit Fonds Demokratischer Initiativen vom 17.–22.05.2013,

http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=865.

Grafik 4: Welche Außenbeziehungen soll die Ukraine priorisieren?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums,

http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=305.

⁶² Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 436-437.

⁶³ Vgl. Ebenda.

Bei einer tiefer gehenden Feldforschung des Razumkov Centre's Sociological Service⁶⁴ wurden sechs Fokusgruppendifkussionen durchgeföhrt. In diesen wurde die ukrainische Integrationsproblematik mit der Europäischen Union, respektive den eurasischen Länder, diskutiert. Die Teilnehmer kamen aus verschiedensten Regionen der Ukraine und umfassten insgesamt 55 Personen. Ziel war es, die verschiedenen Stereotypen der ukrainischen Bevölkerung zu beleuchten.⁶⁵

Die Diskussion zeigte, dass egal welche Richtung präferiert wurde, der ökonomische Aspekt eine bedeutende Rolle spielte. Von der EU erhofften sich deren Befürworter eine Erhöhung der ökonomischen Effektivität und steigende Innovation. Befürworter des eurasischen Weges zielten auf eine Wiederherstellung des „Verlorenen“ ab. An der EU schätzen die pro-westlich eingestellten Bürger die hohen demokratischen Standards, für die Zollunionsbefürworter zählt hingegen wirtschaftlicher Wohlstand mehr als Demokratie. Beide Lager fokussieren sich eher auf kurzfristig erkennbare Verbesserungen, entweder in demokratiepolitischer oder in ökonomischer Hinsicht.⁶⁶

Auffällig war hingegen, dass bei beiden Lagern ein großes Misstrauen gegenüber der eignen politischen Führung bestand. Die Diskutanten sprachen voneinander unabhängig – ihren politischen Akteuren die Kompetenz, respektive den Willen, ab, die sozioökonomischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen zu können. Dieses Misstrauen in die eigene Elite verstärkt den Pessimismus in jegliche erfolgreiche Integration. Bezugnehmend auf die Teilnehmer der Feldstudie präferierte die ukrainische Elite den einen oder anderen außenpolitischen Weg, wollte ihn jedoch nicht ernsthaft beschreiten, um ihre möglichen „Benefits“, die sich im Zuge der Verhandlung mit beiden Seiten ergeben, nutzen zu können.⁶⁷

⁶⁴ Vgl. <http://www.razumkov.org.ua/eng/> [22.03.2014].

⁶⁵ Vgl. Ukrainian Centre for Economic & Political Studies: National Security & Defence, No 4-5 (141-142); 2013; S. 98-103.

⁶⁶ Vgl. Ebenda.

⁶⁷ Vgl. Ebenda.

2.2 Akteure

2.2.1 Innerstaatliche Akteure

2.2.1.1 Die Präsidenten

Der erste ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk (1991-1994) war zugleich der letzte ehemalige Zentralkomiteesekretär und Parlamentsvorsitzende⁶⁸ der KPdSU-KPU⁶⁹. Bereits im Wahlkampf um das Präsidentenamt war Krawtschuk in diesem Kontext mit politischen Schwierigkeiten konfrontiert.

Dies war nicht überraschend, weil die „Linksparteien“ so kurz nach der Wende nicht nur ideologisch sondern auch personell im Staatsapparat stark verankert waren und somit über leistungsfähige administrative Möglichkeiten verfügten. Ihre Ausrichtung und Vorstellungen entwickelten sich diametral zu denen der „Nationalisten“. In diesem Spannungsfeld musste sich der neugewählte Präsident bewegen, um politisch realisieren zu können.⁷⁰

Vor allem bei außenpolitischen Entscheidungen musste Krawtschuk die innenpolitische Gemengelage in der Werchowna Rada⁷¹ mit bedenken und konnte daher nur äußerst behutsam Richtung Westen beziehungsweise Richtung Osten agieren.

Krawtschuk versuchte sich als Vertreter der nationalen Interessen zu profilieren. In diesem Zusammenhang kam der Außenpolitik eine dementsprechende Gewichtung und Erwartungshaltung in der Bevölkerung zu. Dieser konnte er jedoch nicht gerecht werden. Krawtschuk wurde in seinem außenpolitischen Agieren eher als lavierender Präsident wahrgenommen.⁷²

⁶⁸ Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Ukraine.

⁶⁹ Kommunistische Partei der Sowjetunion Kommunistischen Partei der Ukraine.

⁷⁰ Vgl. Jilge, Wilfried: Holodomor und Nation: Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild, in Osteuropa, 54 Jg.,12/2004, S. 152, 153.

⁷¹ Werchowna Rada ist die Bezeichnung für das ukrainische Parlament.

⁷² Vgl. Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas: 3., aktualisierte Auflage; VS Verlag für Sozialwissenschaften, (2010), S. 537.

Grundsätzlich versuchte er die beiden starken Lager der Postkommunisten und der Nationalisten zufrieden zu stellen. Während die Postkommunisten seine unzureichende Wirtschaftspolitik unterstützten, stemmten sie sich gegen seine versuchte außenpolitische Abgrenzung von Russland. Mit dem zweiten Lager der Nationalisten verhielt es sich exakt umgekehrt.⁷³

Uno Grosso war die Außenpolitik Krawtschuks durch den latenten Streit mit der Russischen Föderation hinsichtlich ihres sowjetischen Erbes gekennzeichnet. Es ging um die Frage der Atomwaffen, die Schwarzmeerflotte und damit auch des Status der Halbinsel Krim sowie ehemaligen sowjetischen Auslandsvermögens, respektive Auslandsschulden. Aufgrund des ungleichen Kräfteverhältnisses zwischen der Ukraine und Russland sowie dem eher bescheidenen Unterstützungsversuchen des Westens vor allem jedoch der Europäischen Union waren die Handlungsoptionen einer eigenständigen Außenpolitik gegen die strategischen Interessen der Russischen Föderation limitiert.

Der zweite ukrainische Präsident Leonid Kutschma (1994-2004) galt von Anbeginn an als „russophil“. Aufgrund dessen befürchtete vor allem der Westen, dass dieser den von Russland erhobenen Hegemonialanspruch uneingeschränkt akzeptieren und eine starke Anlehnung an die Russische Föderation als Konsequenz in der ukrainischen Außenpolitik sichtbar werde. Diese Befürchtung bewahrheitete sich jedoch nicht.⁷⁴

Vielmehr implementierte er das System der Pendelpolitik zwischen Ost und West als außenpolitischen Ansatz der Ukraine. Trotz dieser oftmals unscharfen außenpolitischen Positionierung gelang es Kutschma innerhalb von weniger als zehn Jahren, die ukrainische staatliche Existenz mittels zahlreicher völkerrechtlicher Verträge abzusichern.⁷⁵

⁷³ Vgl. Ebenda.

⁷⁴ Vgl. Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas: 3., aktualisierte Auflage; VS Verlag für Sozialwissenschaften, (2010), S. 573-574.

⁷⁵ Vgl. Ebenda.

Die Ukraine schloss mit den sieben Nachbarstaaten Grundsatzvereinbarungen im Zeitraum von 1991 bis 1997, mit der Europäischen Union das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und wurde am 09.05.1995 zum Mitglied im Europarat. Mit der Russischen Föderation konnte im Bereich der aus der Zeit der Sowjetunion stammenden bilateralen Probleme durch den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft eine vorläufige Entspannung erreicht werden. Lediglich als der Präsident nach der Ratifizierung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen auf einen Assoziierungsstatus und die Beitrittsperspektive drängte, reagierte die EU zurückhaltend.⁷⁶

Die Gründe seiner Pendelpolitik zwischen Ost und West waren vielschichtig. Neben der aus dem neoliberalistischen Ansatz her leitbaren und teils erzwungenen Zuwendung zur Russischen Föderation scheint auch der akteurstheoretische Ansatz vor allem im Bezug auf die ökonomische Elite, der sogenannten ukrainischen Oligarchie, mitbestimmend.

Die ukrainische Außenpolitik unter Kutschma wurde zusehends eine Angelegenheit eines immer kleiner werdenden Zirkels rund um den Präsidenten und stark von den Interessen der Oligarchen geprägt.

Die ukrainischen Oligarchen, die weltweit agierende Unternehmen betreiben und daher sowohl mit der Russischen Föderation als auch mit dem Westen einschließlich den USA Geschäfte tätigen, denken und planen strategisch. Aus diesen Gründen war es für sie nicht zielführend, durch eine nachhaltig wirkende außenpolitische Richtungsentscheidung des Präsidenten wirtschaftliche Nachteile befürchten zu müssen. Eine vertiefende Integration hin zum Westen oder zum Osten war nicht politisches Programm der Oligarchen.

Da diese Oligarchen wiederum Hauptfinanziers der ukrainischen Parteien und jener der Präsidentenwahlkämpfe waren und sind, liegt eine Einflussnahme auf der Hand.⁷⁷

⁷⁶ Vgl. Ebenda.

⁷⁷ Vgl. Härtel, André: Westintegration oder Grauzonen-Szenario? Die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009); Osteuropa; Geschichte, Wirtschaft, Politik, Band 47, LIT Verlag, (2012), S. 21-23.

Die Beibehaltung der bereits unter Präsident Krawtschuk begonnenen Pendelpolitik erschien den handelnden Akteuren zielführend. Gerade auch eine durch eine vertiefende Integration zu befürchtende Verkleinerung ihres Handlungsspielraums erschien Motivation für die vage und diffuse Außenpolitik zu sein.

Die in der ersten Amtszeit von Kutschma eher reservierte Haltung gegenüber der russischen Föderation und die doch auffälligere Hinwendung zum Westen, einschließlich hin zur NATO, fand in seiner zweiten Amtszeit ihr Ende.

Hatte die ukrainische Elite rund um Kutschma in seiner ersten Präsidentschaftsperiode (1994-1999) gekonnt versucht, das Einfließen von russischem Kapital in die Ukraine zu verhindern, um die aus der UdSSR noch zu privatisierenden Betriebe vor der russischen Kongruenz zu schützen, so veränderte sich diese Vorgehensweise in seiner zweiten Periode deutlich.⁷⁸

Vor allem die zunehmende internationale Isolierung Kutschmas nach dem Fall Gongaze⁷⁹ und der Bedarf an frischem Geld bewegte Kutschma zu einer Re-Orientierung seiner Außenpolitik hin zu Russland. Offenkundig war die rasche Generierung von politischem oder aber auch realem Geld, bei drohenden innenpolitischen Krisen für die handelnden Akteure schlagend. Diese Orientierung in Richtung der Russischen Föderation steigerte sich beim Präsidenten kurz vor dem Ende seiner zweiten Amtszeit und vor der Präsidentschaftswahl 2004 zum Zwecke der erhofften Unterstützung Russlands für seinen Wunschkandidaten.⁸⁰

Insgesamt kann man aus der Außenpolitik Kutschmas schließen, dass neben externen Einflüssen ebenso die für den innenpolitischen Transformationsprozess typischen Entwicklungen - speziell durch nichtstaatliche Akteure injiziert – sich nachhaltig auf die Richtungsentscheidung der ukrainischen Außenpolitik ausgewirkt haben.

⁷⁸ Vgl. Ebenda.

⁷⁹ Verwicklung von Präsident Leonid Kutschma in die Ermordung des Journalisten Georgij Gongadze.

⁸⁰ Vgl. Härtel, André: Westintegration oder Grauzonen-Szenario?: Die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009); Osteuropa; Geschichte, Wirtschaft, Politik, Band 47, LIT Verlag, (2012), S. 21-23.

Die letzte Präsidentschaft vor 2010 bestritt Wiktor Juschtschenko (2005-2010), der sich schlussendlich in der Wiederholung der gefälschten Stichwahl gegen den von Russland unterstützen Wiktor Janukowitsch durchsetzen konnte. Wiktor Juschtschenko, der seine Wahl nicht zuletzt wegen seiner klar pro-europäischen Ausrichtung gewonnen hatte, konnte glaubhaft vermitteln, mit der oszillierenden ukrainischen Außenpolitik zwischen der Russland und der Europäischen Union brechen zu wollen. Bereits zwei Tage nach seiner Vereidigung als ukrainischer Präsident betonte er in der Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, dass die EU-Mitgliedschaft das strategische Ziel der Ukraine sei. Anstatt der bisherigen deklaratorischen Außenpolitik von Präsident Kutschma trat ein pragmatischer Ansatz zutage. Dieser Ansatz betonte die eigene Reformbereitschaft und statuierte den maximalen Nutzen aus der Kooperation mit der EU ziehen zu wollen. Die damalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko definierte in ihrer Regierungserklärung gemeinsam mit der EU eine neue Strategie der Beziehungen entwickeln zu wollen, die auch eine Mitgliedschaft einschließen würde.⁸¹

Bei seiner Rede vor dem Europaparlament am 23.02.2005 betonte der Präsident, dass zwar der Aktionsplan für die EU-Nachbarschaftspolitik unterzeichnet sei, dies jedoch nicht eine adäquate Basis für eine bilaterale Beziehung darstelle. Wiktor Juschtschenko untermauerte diese Aussage dadurch, dass sich die Ukraine als Teil Europas und nicht als Nachbar sehe.⁸²

Trotz dieses klaren Bekenntnisses zu Europa und anderer ukrainischer Initiativen, wie zum Beispiel die einseitige Abschaffung der Visapflicht für EU-Bürger, blieb der Ukraine eine rasche EU-Annäherung vor allem jedoch die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft verwehrt.

⁸¹ Vgl. Schneider, Eberhard: Die ukrainische Außenpolitik unter Wiktor Juschtschenko; Forschungsgruppe Russland/GUS Stiftung, Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit; Oktober 2005, S. 8, 12, 13, unter URL: http://www.swpberlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/AussenpolitikJuschtschenko_k_s.pdf [26.03.2014].

⁸² Vgl. Ebenda.

Verdeutlicht wurde dies auch durch die Ablehnung der EU-Verfassung von Frankreich und den Niederlanden sowie die Absage des Referendums durch Großbritannien.

Die Ablehnung der EU bezüglich einer raschen EU-Annäherung darf nicht nur vor dem Hintergrund einer Verlangsamung der internen ukrainischen Reformprozesse und einer einsetzenden EU-Ernüchterung gesehen, sondern muss auch im Kontext einer sich verschärfenden Einflussnahme der Russischen Föderation, die über rein wirtschaftlicher Interessen hinausging, bewertet werden.⁸³

Obwohl sich Russland in der Person Wladimir Putins nachhaltig in den ukrainischen Präsidentschaftswahlkampf 2004 zum Nachteil Wiktor Juschtschenkos einmischte, führte der erste Staatsbesuch des Präsidenten dennoch nach Moskau. Wladimir Putin, der offen gegen Wiktor Juschtschenko auftrat und Gasprom⁸⁴ dazu nutzte den Wahlkampf Wiktor Janukowitschs mit 200 Millionen USD zu finanzieren, sollte nicht den Eindruck erlangen, dass persönliche Ressentiments über staatspolitische Erwägungen obsiegen. In Kreml nannte Wiktor Juschtschenko die Russische Föderation den „ewig strategischen Partner“.⁸⁵

Präsident Juschtschenko versuchte neben der politischen Loslösung auch die ukrainische Energieabhängigkeit von Russland voranzutreiben. Bei einem Staatsbesuch Kasachstan elaborierte er gemeinsam mit dem kasachischen Präsidenten die Möglichkeit, kasachisches Erdöl direkt beziehen zu können. Dieser verwies jedoch auf die Notwendigkeit, so eine Entscheidung nur gemeinsam mit der Russischen Föderation treffen zu können.⁸⁶

⁸³ Vgl. Ebenda.

⁸⁴ OAO Gazprom (russisch Газпром, deutsche Transkription Gasprom bedeutet Gas-Industrie). Gasprom ist das weltweit größte russische Erdgasförderunternehmen.

⁸⁵ Vgl. Schneider, Eberhard: Die ukrainische Außenpolitik unter Wiktor Juschtschenko; Forschungsgruppe Russland/GUS Stiftung, Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit; Oktober 2005, S. 8, 12, 13, unter URL: http://www.swpberlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/AussenpolitikJuschtschenko_k_s.pdf [26.03.2014].

⁸⁶ Vgl. Ebenda.

Dieses Verhalten stellt klar ein Beispiel der machtpolitischen Projektion Russlands gegenüber anderen Staaten im „Nahen Ausland“ im Sinne der neorealistischen Theorie dar.

Obwohl auf Ebene der beiden Präsidenten der Ukraine und Russlands keine offen gezeigte Feindschaft zu erkennen war, zeichneten die Ereignisse auf unteren Ebenen ein differenzierteres Bild. Die im engeren Sinn als nicht freie Medien zu bezeichnenden Tageszeitungen Russlands, zum Beispiel die Tageszeitung „*Komsomolskaja pravda*“, forderten in Artikeln ihre Leser dazu auf, Waren aus gegenüber Russland „unfreundlichen Staaten“ zu boykottieren. Gemeint war damit auch die Ukraine.

Die „*National Reserve Corporation*“, das „Investmenttool“ der russischen Nationalbank Reserve Bank, kündigte sogar die Aussetzung aller Investitionen in der Ukraine aufgrund des schlechten Wirtschaftsklimas und der widersprüchlichen Aussagen der ukrainischen Regierung an. Präsident Wiktor Juschtschenko, der öffentlich bekundete, zwar mit Russland leben zu wollen, jedoch nicht unter Russland, hatte im Kreml die Erkenntnis wachsen lassen, die Ukraine an die EU und oder NATO verlieren zu können. Somit sah sich Russland zum Handeln gezwungen.⁸⁷

2.2.1.2 Der Aufstieg Wiktor Janukowitschs zum Topakteur

Der Weg Wiktor Janukowitschs zum Akteur und Präsidenten der Ukraine begann bereits 2009, vor dem eigentlichen Präsidentschaftswahlkampf 2010. Die Partei Wiktor Janukowitschs, die Partei der Regionen (PdR), stritt sich in der Werchowyna Rada, um politisches Kleingeld für den Wahlkampf im Folgejahr zu sammeln.⁸⁸

In diesem Kontext ging die PdR radikal vor, begann Mitte 2009 mit der körperlichen Blockade des Rednerpults und verhinderte damit die vom Internationalen Währungsfond (IWF) geforderte Anti-Krisen-Gesetze. Diese wären Voraussetzung zur Auszahlung der nächsten Kredittranche von 3,3 Milliarden USD gewesen. Geld, das die Ukraine und die politische Elite dringend benötigt

⁸⁷ Vgl. Ebenda.

⁸⁸ Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 153-154.

hätte. Durch die Weiterführung ihrer Blockadepolitik verhinderte die PdR die Ernennung neuer und die Entlassung alter Minister.⁸⁹

Kurz vor der Parlamentssommerpause genehmigte der Internationale Währungsfonds (IWF) eine bedingte Kredithilfe, forderte jedoch vom Parlament endlich Konsens. In diesem Kontext wurde eine Sondersitzung innerhalb der Sommerpause einberufen, um die notwendigen legislativen Schritte zu setzen. Wiktor Janukowitschs Partei verhinderte jedoch die Parlamentsarbeit mit der Forderung zuerst über ihr Sozialpaket abzustimmen zu wollen.⁹⁰

Die damalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko verglich dies mit einem Terrorakt. Die von der PdR geforderte Pro-forma Sozialpolitik mit Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie der Kosten für regionale Versorgungsleistungen wäre in der damaligen budgetären Situation des Landes nicht nur grob fahrlässig, sondern auch wirtschaftlich falsch gewesen. Die angepeilte Lohn- und Pensionserhöhung wäre innerhalb kurzer Zeit durch die rapide steigende Inflation und der damit verbundenen Teuerung aufgeessen worden.⁹¹

Triebfeder dieser rücksichtslosen Politik war nicht die falsch verstandene Entlastung der Bevölkerung, sondern eine bewusste Verschlimmerung der ökonomischen Lage im Land und damit die Diskreditierung der agierenden Amtsträger. Aus dieser Situation heraus hätte Wiktor Janukowitsch als Präsidentschaftskandidat der PdR rettend eingreifen sollen.

Nach gewonnener Präsidentschaftswahl durch Wiktor Janukowitsch musste die Regierung Timoschnkos im Parlament so rasch wie möglich entmachtet werden. Aus diesem Grund brachte die PdR einen Gesetzesantrag ein, der den Artikel 61 der Geschäftsordnung insofern abändern sollte, dass nunmehr auch einzelne Abgeordnete einer Regierungskoalition beitreten konnten. Dies bedeutete, dass als Regierungskoalition eine „Vereinigung von Fraktionen, [und] von [einzelnen]

⁸⁹ Vgl. Ebenda.

⁹⁰ Vgl. Ebenda.

⁹¹ Vgl. Ebenda.

Abgeordneten, die [zusammen] die Mehrheit der gesetzlichen Abgeordneten der Mitglieder umfasst“⁹² definiert wurde.⁹³

Trotz massiver Einsprüche vor allem Julia Timoschenkos unterzeichnete der Präsident die Gesetzesänderung am 10.03.2010. Nun war Wiktor Janukowitsch imstande eine „pro-präsidiale“ Regierungskoalition zu bilden.⁹⁴

Vor allem in der Werchowna Rada, in der Politik und Geschäftemacherei eng beieinander liegen, eröffnete die Implementierung eines solchen Gesetzes Tür und Tor für den Stimmenkauf. Die übergelaufenen und oftmals fraktionslosen Parlamentarier verhalfen so Wiktor Janukowitsch und seiner Partei zu den notwendigen Mehrheiten in Parlament und missachteten hierbei zugleich oftmals den Wählerwillen.

Am 11.03.2010 wurde durch den Parlamentspräsidenten offiziell die Formierung einer neuen Koalition mit dem Namen „Stabilität und Reformen“ verlautbart. Diese neue Koalition war der Änderung des Artikels 61 des „Gesetzes über die Geschäftsordnung der Werchowna Rada“ geschuldet und von der PdR diktiert worden. Sie bestand aus insgesamt 235 Mandataren, jenen der PdR (172), der Kommunistischen Partei (27), dem Block Lytvin (20) und aus ehemaligen Parteimitgliedern der Oppositionsparteien sowie unabhängigen Mandataren.

Im Wesentlichen hielt sich der Koalitionsvertrag strikt an die zuvor im Präsidentschaftswahlkampf von Wiktor Janukowitsch aufgestellten Wahlversprechen.

Die vom Präsidenten auferlegten Regeln zur Sicherung der Koalitionsdisziplin sagten verkürzt aus, dass die Vertreter der Koalition, wenn sie sich nicht an die Koalitionsvereinbarung beziehungsweise an die Anordnungen der führenden Koalitionsorgane halten, zu entfernen sind. Dies galt sinngemäß auch für öffentlich an der Koalition geübte Kritik.⁹⁵

⁹² Vgl. Ukrainskaja Pravda (russische Ausgabe), 03.03.2010. „Regiony chotjat uzakonit' koaliciju „tuskami“, unter URL: <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2010/03/3/4829573/> [29.03.2014].

⁹³ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 195-197.

⁹⁴ Vgl. Ebenda.

⁹⁵ Vgl. Ebenda.

In gut einem halben Jahr hatte Präsident Wiktor Januowitsch die bisher im Parlament abgebildete Balance zwischen den beiden relevanten politischen Lagern, „National-Demokraten und „kontrarevolutionären Kräften“, zerschlagen. Er schaffte es, die Macht in und um sein Präsidentenamt zu konzentrieren, indem er die aus nicht übergelaufenen Parlamentariern verbleibenden politischen Kräfte – Kräfte der „Orangen Revolution“ - strukturell ausschloss. Die Machtprojektion Wiktor Janukowitschs wurde in seiner Partei und damit in der Regierung beinahe unüberwindbar.⁹⁶

Seine Macht sollte auch verfassungsrechtlich legitimiert werden, und so beantragte die PdR, unterstützt durch die Koalitionsparteien, die Prüfung der im Zuge der „Orangen Revolution“ verabschiedeten parlamentarischen Verfassung⁹⁷.

Das Pro-Janukowitsch Verfassungsgericht prüfte die Verfassung aus dem Jahre 2006 und stellt fest, dass jene in ihrem Zustandekommen verfassungswidrig war. Aufgrund dessen, re-implementierte das Verfassungsgericht die Vorhergehende wiederum. Nach diesem „Coup“ hatte Präsident Wiktor Janukowitsch nicht nur die gleichen Befugnisse wie zuvor Präsident Leonid Kuchma, er konnte diese realpolitisch sogar steigern, weil er zudem auch die Wechowna Rada kontrollierte.⁹⁸

Otto Luchterhand kommentierte seine Macht mit einem Vergleich zum System Putin, dem Superpräsidentialismus, in dem die nahezu uneingeschränkte Macht im Staat beim Präsidenten beziehungsweise in der Präsidentenadministration liegt.⁹⁹

⁹⁶ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 198-201.

⁹⁷ Eine am 01.01.2006 in Kraft getretene Verfassungsänderung durch welche das „präsidentiell-parlamentarische“ in ein „parlamentarisch-präsidentielles“ Regierungssystem transformiert wurde.

⁹⁸ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 198-201.

⁹⁹ Vgl. Luchterhandt, Otto: Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte, Ukraine – Analysen, NR. 80, (2010), S. 6, unter URL: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen80.pdf> [29.03.2014].

Später, am 01.10.2010, kommentierte der Präsident die Verfassungsänderung als notwendigen Schritt, um nicht unter den Bedingungen, die im Zuge der „Orangen Revolution“ diktiert wurden, leben zu müssen. Was Wiktor Janukowitsch in diesem Kontext offenbar vergessen wollte, war, dass er es gewesen war, der 2004 aufgrund der damals beinahe sicher scheinenden Niederlage in der Wahl zum Präsidenten dieses Gesetz dem amtierenden Staatsoberhaupt abrang. Mit dieser Verfassungsänderung wollte man sicherstellen, trotz Verlust des Präsidentenamtes die Macht im Staat beizubehalten.¹⁰⁰

Am 04.10.2010 setzte der PdR Ministerpräsident Mykola Azarov rasch um und stimmte mit seiner Regierung dem Änderungsentwurf zum „Gesetz über das Ministerkabinett“ zu. Mit der darauffolgenden Zustimmung durch das Parlament wurden die Befugnisse über die Entlassung/Einstellung von Ministerpräsident und Ministern, ohne Einwilligung der Abgeordneten, dem Präsidenten übertragen. Damit hatte Präsident Wiktor Janukowitsch für sich mehr Macht verfügbar gemacht wie jedes andere ukrainische Staatsoberhaupt zuvor und befand sich am Weg zum innerukrainischen „Topakteur“.¹⁰¹

Auch der Vorgänger Wiktor Janukowitschs, Wiktor Justschenko, hatte das ukrainische Gerichtswesen kaum reformiert. In den wesentlichen Grundzügen blieb es dem aus der Sowjetunion bekannten System ähnlich. Die Orange Revolution hatte ebenfalls Interesse an der Beibehaltung einer leicht beeinflussbaren Rechtsprechung. Nachdem Wiktor Janukowitsch in seinem Amt Fuß gefasst hatte verschlechterte sich die rechtsstaatliche Situation jedoch zusehends. Die PdR und damit der Präsident hatten mit Hilfe des Obersten Justiz-Rats unmittelbaren Einfluss auf die Justiz. Dieser Rat war ein Disziplinierungsmittel für Richter und degradierte die Organe der Staatsanwaltschaft zu Organen der Exekutive.

Die Staatsanwaltschaft war die in der Ukraine beherrschende Stelle für strafrechtliche Verfahren und unterstand in politisch relevanten Fällen unmittelbar der Weisungsgewalt der Präsidentenadministration.¹⁰²

¹⁰⁰ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 198-201.

¹⁰¹ Vgl. Ebenda.

¹⁰² Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 227-229.

Für die „Effizienz“ dieses Elements sprach seine Bilanz hinsichtlich der Verhängung von Untersuchungshaft. Zirka ein Drittel der Anträge auf Untersuchungshaft wurde durch die verantwortlichen Richter auch umgesetzt.¹⁰³

Diese Situation blieb auch international nicht unkommentiert. So bemerkte der Menschenrechtskommissar des Europarates im November 2011, dass die Staatsanwaltschaft eine besonders dominante Rolle einnehme und dies auf ein Erbe aus der UdSSR schließen lässt. Eine Situation, die für eine Demokratie inakzeptabel sei.¹⁰⁴

Mit der nötigen Personalpolitik maximierte Wiktor Janukowitsch seinen persönlichen Einfluss auf die ukrainische Rechtsprechung drastisch. Ende November 2010 ernannte der Präsident Viktor Pschonka zum Generalstaatsanwalt. Viktor Pschonka galt als langjähriger Weggefährte Janukowitschs und arbeitet mit diesem bereits in seiner Zeit als Gouverneur in Donezk zusammen, wo Pschonka ebenso als Staatsanwalt wirkte. Viktor Pschonkas Karriere war eng mit der Janukowitschs verbunden, und daher verhielt er sich Janukowitsch gegenüber bedingungslos loyal. Viktor Pschonka führte selbst in einem Fernsehinterview auf die Frage antwortend, was denn seine Kernaufgaben seien, an: „Als Generalstaatsanwalt [...] habe ich den Auftrag, alle Entscheidungen des Präsidenten auszuführen.“¹⁰⁵ Dieses Berufsverständnis bewies der Generalstaatsanwalt schlussendlich bei dem politisch motivierten Prozess gegen die Janukowitsch Widersacherin und Ex- Ministerpräsidentin Julia Timoschenko.¹⁰⁶

¹⁰³ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁴ Vgl. Ukrainskaja Pravda, 26. 11. 2011, unter Verweis auf UNIAN; unter URL: <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2011/11/26/6789334/> [01.04.2014].

¹⁰⁵ Vgl. Kanal INTER, 06.11.2010: unter URL: <http://podrobnosti.ua/interview/2010/11/06/729281.html> [01.04.2014].

¹⁰⁶ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 227-229.

Nachdem Präsident Janukowitschs politische Unterstützung in der Bevölkerung Großteils aus dem traditionell „russophilen“ Osten des Landes stammte, daher seine politische Macht im Zentrum und vor allem im Westen deutlich geringer war, versuchte er, gemeinsam mit seiner PdR dies bei den ukrainischen Kommunalwahlen im Oktober 2010 zu korrigieren. Durch Abänderungen im Wahlrecht brachte er die PdR in die klar bessere Position und erschwerte der Opposition, vor allem seiner Erzrivalin Julia Timoschenko mit ihrer Vaterlandspartei, durch den Einsatz administrativer Ressourcen die Situation.

Erklärtes Wahlziel des Präsidenten war seine Machtvertikale bis auf die Regionalebene, also auch auf Bezirksräte sowie Bürgermeisterebene, hin zu stärken. Nach den Wahlen waren 18 von 25 „administrativ-territorialen Einheiten“ in der Hand der Präsidentenpartei PdR.¹⁰⁷

Nach der am 28.10.2012 geschlagenen Parlamentswahl konnte sich die PdR zwar stärkste Partei nennen, das Ziel, die absolute Mehrheit zu erreichen, blieb ihr jedoch verwehrt. Diese Situation erschwerte naturgemäß das tagespolitische Geschäft im Sinne der politischen Mehrheitsfindung.

Präsident Wiktor Janukowitsch entschied sich bei der Zusammensetzung der neuen Regierung mehr als zuvor auf persönliche Loyalität und Reformwillen im Kontext seiner politischen Vorstellungen zu legen. In diesem Zusammenhang kam seinem ältesten Sohn Alexander Janukowitsch eine entscheidende Rolle hinsichtlich der Personalauswahl zu. Das System dieser Personalbestellungen folgte dem Schema, direkte Bekannte und verlässliche Geschäftspartner von Alexander Janukowitsch in wichtige öffentliche Ämter zu hieven. So kam es, dass Positionen wie die des Nationalbankdirektors, Leiters der Finanzbehörde, stellvertretenden Ministerpräsidenten und andere aus diesem Kreis heraus besetzt wurden.¹⁰⁸

Auffällig war jedoch, dass der alte Ministerpräsident – den Viele bereits politisch totgesagt hatten – auch nach der Wahl wiederum in dieser Funktion bestätigt

¹⁰⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁸ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012- „Die Familie“ übernimmt die Regierung, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Ukraine-Analysen Nr. 115 (2013), S. 2-5, unter URL: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen115.pdf> [02.04.2014].

wurde. Der wichtigste Grund hierfür war offenkundig der, dass der Freund des Präsidentensohns - Serhij Abrusov (geb. 1976) - noch nicht in der Lage war, die Funktion des Ministerpräsidenten zu übernehmen und daher vorerst als Stellvertreter aufwachsen sollte. Nichtsdestotrotz dürften die Qualitäten Serhij Abrusov derart ausgeprägt gewesen sein, dass ihm durch den Präsidenten die Oberaufsicht über Steuern, Finanzen und Zölle sowie Außenhandel – um nur einige zu nennen – übertragen wurden.¹⁰⁹

Mit einer derart offensiven Personalpolitik des Präsidenten war eine Verstimmung mit den in der Ukraine traditionell politischen Oligarchen vorprogrammiert. Vor allem Rinat Achmetow, der reichste ukrainische Oligarch und Finanzier der PdR sowie beinahe aller anderen Parteien, erhob Einspruch.

Er und auch andere Oligarchen fürchteten um ihren politischen Einfluss und damit den Verlust der Möglichkeit, ihre Geschäfte zu protegieren.¹¹⁰

Präsident Wiktor Janukowitsch begegnete der anwachsenden Kritik hinsichtlich seiner Personalpolitik und dem Vorwurf, ein persönliches Netzwerk zur Kontrolle des Staates zu implementieren, mit Gegenkritik an den althergebrachten Abläufen und den hierfür verantwortlichen Politikern und Beamten. Diese „Apperatschiks“¹¹¹ sollten für die schleppende Reformpolitik verantwortlich zeichnen und Begründung genug sein, nun auf junge Reformer setzten zu müssen.¹¹²

Das schleppend umgesetzte Reformpaket Wiktor Janukowitschs war jedoch in erster Linie zur Stärkung seines persönlichen Netzwerks der „Familie“ gedacht. Die „Familie“ war dazu konzipiert, dem Präsidenten ein Werkzeug zu sein, mit dem er nicht nur politisch, sondern vor allem auch wirtschaftlich zum ukrainischen „Topakteur“ aufsteigen wollte. Die Schienen hierfür waren gelegt. Bereits 2012, also nur zwei Jahre nach seiner Amtsübernahme, hatte Wiktor Janukowitsch nicht

¹⁰⁹ Vgl. Ebenda.

¹¹⁰ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 415-419.

¹¹¹ Apparatschik ist ein aus dem russischen abstammendes Lehnwort und stellt die Bezeichnung für einen Typus eines Beamten beziehungsweise Bürokraten dar.

¹¹² Vgl. Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 415-419.

nur die staatlichen Finanz-, sondern auch den Sicherheitsapparat unter seine Kontrolle gebracht.¹¹³

Nachdem der aufzuteilende „Kuchen“ bekanntlich selten größer, sich die Schar derer, die sich um den selbigen streiten jedoch aggressiver wird, schrammte Wiktor Janukowitsch 2013 nur knapp am Loyalitätsverlust der relevanten ukrainischen Oligarchen vorbei. Der Präsident konnte die durch seine exzessive Machtpolitik entstandene Situation nur mehr durch persönliche Zugeständnisse gegenüber den wichtigsten Oligarchen Rinat Achmetow und Dmytro Firtasch zur Befriedigung ihrer wichtigsten wirtschaftlichen Interessen entspannen. Trotzdem hatte er mit seiner Personalpolitik und dem Ziel, wirtschaftlich im großen Stil zu realisieren, die innerukrainische Balance geschädigt. Die Folgen daraus zeigten sich auch in der ukrainischen Staatskrise Anfang 2014, bei der Präsident Janukowitsch keinen nachhaltigen Rückhalt bei der Oligarchie fand.

2.2.1.3 Außenpolitische Ziele des Regimes Janukowitsch

Außenpolitisch tat Präsident Janukowitsch nach seiner Amtsübernahme nicht das, was ihm davor von verschiedensten Seiten unterstellt wurde, nämlich die Reintegration der Ukraine in den russischen Orbit zu favorisieren. Im Gegenteil, er wehrte sich gegen die Einvernahmeversuche des Kremls und behielt den ukrainischen Europakurs bei. Dies statuierte er auch wiederholt öffentlich und unterstrich seine Gesinnung mit der Aussage, dass seine Politik von ukrainisch nationalen Interessen getragen werde. Schon 2006 als Wiktor Janukowitsch ukrainischer Ministerpräsident war, lehnte er das Ansuchen der Russischen Föderation, den Beitritt zur Welthandelsgesellschaft untereinander zu koordinieren, ab.¹¹⁴

Trotzdem gelang es Präsident Janukowitsch die Beziehungen zur Russischen Föderation, die am Tiefpunkt im Zeitraum der Präsidentschaft Juschtschenkos angelangt waren, deutlich zu verbessern. Ausdruck dieser erreichten

¹¹³ Vgl. Ebenda.

¹¹⁴ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 409.

Verbesserung, die er als außenpolitische Zielsetzung im Präsidentschaftswahlkampf auch bewarb, war das „Charkower-Abkommen“ zwischen ihm und dem russischen Präsidenten.

Wiktor Janukowitsch beschrieb die Politik der „nationalen Interessen“ als eine der Blockfreiheit. Die Ukraine sollte in ihrer außenpolitischen Perzeption eine Brückenfunktion zwischen dem Osten und dem Westen einnehmen, die ihr einen maximalen Bonus aus den gleichberechtigten Beziehungen zwischen der EU und Russland sowie zu anderen Staaten ermöglichen sollte.¹¹⁵

Seine Antrittsreise absolvierte der Präsident nach Brüssel. Anders als sein Vorgänger versuchte Janukowitsch von der EU keine „Integrationsperspektive“ zu erzwingen und gerade dies schien dort auf Zustimmung zu stoßen. Wiktor Janukowitsch verstand es, die EU von einer neuen pragmatischen Europapolitik der Ukraine zu überzeugen und vergaß dabei nicht auf die von der Ukraine zu leistenden Reformen zu verweisen.¹¹⁶

Obwohl die Politik der „nationalen Interessen“ und eine neue „pragmatische Europapolitik“ im Fokus Janukowitschs stand, versuchte auch er die Aussicht auf eine nachhaltige europäische Perspektive zu erlangen. Ziel war es, eben diese im Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine niedergeschrieben zu bekommen.¹¹⁷

Da dies aus Sicht der EU nicht in Frage kam, erklärte Wiktor Janukowitsch bereits Ende 2010, zwar am Ziel der europäischen Integration festhalten zu wollen, jedoch selbst das Tempo, die Formen und die Methoden der Integration in Übereinstimmung mit nationalen Interessen bestimmen zu wollen.¹¹⁸

Wenn Wiktor Janukowitsch von den nationalen Interessen der Ukraine sprach, meinte er im überwältigenden Ausmaß die wirtschaftlichen. Dies liegt nicht zuletzt

¹¹⁵ Vgl. Ebenda.

¹¹⁶ Vgl. Ebenda.

¹¹⁷ Vgl. Ebenda.

¹¹⁸ Vgl. Interfax-Ukraine, 01.10.2010, unter URL: <http://ua.interfax.com.ua/news/general/49875.html> [abgerufen 03.04.2014]

in der Eigenart seines nach der Wahl implementierten machtpolitischen Systems mit autokratischer Prägung. Eine politische Assoziierung mit der EU hätte zwangsweise eine nachhaltige Reform der ukrainischen Rechtsstaatlichkeit erfordert. Dies wäre für das Konzept der „Familie“ kontraproduktiv gewesen und hätte die persönlichen Zielsetzungen Janukowitschs als Akteur zunichte gemacht.

Auch die wirtschaftlichen Akteure rund um den Präsidenten wünschten trotz ihrer Rohstoffabhängigkeit aus Russland eine zusätzliche Option in Richtung der EU. Vor allem die europäischen Absatzmärkte lagen hierbei im Fokus der Überlegungen der Oligarchen. Die treibende Kraft hinter Janukowitschs zielloser Annäherung an Europa war primär den Absichten geschuldet, Zugang zu ihren freien Märkten zu erhalten und dem russischen Integrationsdruck eine adäquate Option entgegenzusetzen zu können.¹¹⁹

Für die pro-westliche Bevölkerung der Ukraine, mit deutlichem Fokus auf die der Westukraine, setzte Wiktor Janukowitsch die Visaliberalisierung mit der Europäischen Union auf die Topposition seiner Europapolitik. In etwa die Hälfte der Ukrainer sind für einen EU-Beitritt. Beinahe alle befürworten hingegen die Aufhebung des Visaregimes und damit die uneingeschränkte Reisemöglichkeit in die EU.¹²⁰

Mit Schwerpunkt auf die von ihm angepeilten Zuwächse in der Wählergunst der Westukraine waren rasch vorweisbare und durch die Bevölkerung direkt merkbare Ergebnisse im Kontext der EU-Annäherung machtpolitisch relevant.

Trotz der nur zaghaften positiven Zeichen der EU hinsichtlich einer möglichen Visaerleichterung für die Ukraine im Rahmen der Östlichen Partnerschaft präsentierte Präsident Janukowitsch den mit der EU vereinbarten Aktionsplan zur Liberalisierung der Einreisebestimmungen als Triumph und außenpolitischen Sieg. Dieses Verhalten änderten auch die von Seiten der EU klar formulierten

¹¹⁹ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 419-421.

¹²⁰ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 430-432.

„Benchmarks“, die durch die Ukraine zu erfüllen waren - so sie den Weg der Visaliberalisierung beschreiten wollte -, nicht.¹²¹

Ganz im Gegenteil statuierte Präsident Janukowitsch, entweder in Unwissenheit oder totaler Ignoranz der Auflagen des Aktionsplans, dass die Ukraine diese bereits in einem halben Jahr, also bis Mitte 2011, erfüllen wird können.¹²²

Das bisher letzte Kapitel in Wiktor Janukowitschs Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation beschrieb er mit seiner an den Tag gelegten Assoziierungspolitik.

Seine Taktik hinsichtlich der Umsetzung der notwendigen Reformen (Benchmarks) zur erfolgreichen Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens beim Gipfel in Vilnius im November 2013 kann als hinhaltender und selektiver Widerstand bezeichnet werden. In einem beispiellosen „Abnutzungskrieg“ mit den Gremien der Europäischen Union wurde den europäischen Regierungschefs schlussendlich vor Augen geführt, dass vor allem in den Angelegenheiten des zweiten Kernbereiches, nämlich der politischen Assoziierung, eine Deklarationspolitik betrieben wurde.¹²³

Beispielhaft darf hier der Fall der damals inhaftierten Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko angeführt werden. Gerade an ihr schieden sich die Geister der EU und Wiktor Janukowitschs.

Der Präsident war bis vor dem Vilnius-Gipfel nicht bereit, Julia Timoschenko zu begnadigen und so einer Kernforderung, an die durchaus die Bereitschaft der EU zur Assoziierungsunterzeichnung geknüpft war, nachzukommen. Vielmehr spekulierte er, dass die europäischen Entscheidungsträger aufgrund des allseits bekannten Drucks Russland, die Ukraine in die russisch dominierte Zollunion zu ziehen, klein begeben würden und mit einer gesichtswahrenden Lösung einverstanden wären. Diese hätte die Ankündigung sein können, Julia

¹²¹ Vgl. Ebenda.

¹²² Vgl. UNIAN (russische Ausgabe), 22.11.2010, unter URL: <http://www.unian.ua/politics/428304-yanukovich-vje-skazav-evropi-koli-myach-bude-na-jiji-botsi.html> [04.04.2013].

¹²³ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 571-572.

Timoschenko nach der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens, unter gewissen Auflagen – zum Beispiel eine längerfristige Spitalsbehandlung in Deutschland freizulassen. Offenbar war Präsident Janukowitsch aufgrund seines eigenen Akteursinteresses bereit, Julia Timoschenko als seine schärfste politische Kontrahentin um jeden Preis bis zur Präsidentschaftswahl 2015 hinter Gitter zu belassen. Eine verantwortungsvolle Außenpolitik für sein Land schien für ihn hierbei nur sekundär zu sein.

Grundsätzlich war Wiktor Janukowitsch durchaus an der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU interessiert. Dies hätte ihm bezüglich seines primären Zieles, die Wiederwahl zum Präsidenten 2015, innen- sowie außenpolitische Reputation vor allem in dem ihm gegenüber kritischen Westen der Ukraine verschafft. Trotzdem ließ Wiktor Janukowitsch die Unterzeichnung durch seinen damaligen Ministerpräsidenten kurz vor dem geplanten Vilnius-Gipfel überraschend platzen.¹²⁴

Auch wenn Wiktor Janukowitsch in Vilnius die Unterzeichnung durchführen hätte lassen, so hätte er zwar den politischen Erfolg eingefahren und wahrscheinlich erste Wirtschaftsbonitäten lukrieren können, eine verbindliche Assoziierung hätte er jedoch dennoch verhindern können. Gerade im Rahmen des nach der Unterzeichnung folgenden Ratifizierungsprozesses wäre die Wahrscheinlichkeit hoch gewesen, dass bei der ukrainischen Umsetzungsgenauigkeit zeitliche Verzögerungen auf Jahre hin die Folge gewesen wären. Diese Implikationen und Verzögerungen hätten ihm im Vektor zu Russland hin Optionen offengelassen, um mit Präsident Putin im Dialog um eine Annäherung zum eurasischen Raum hin, im Spiel zu bleiben. Das Motto hätte „noch ist nichts verloren“ lauten können. Gerade der Kreml, der Wiktor Janukowitsch bereits bei seiner ersten Wahl zum Präsidenten massiv unterstützte, wäre auch für seine angepeilte Wiederwahl von entscheidender Bedeutung gewesen.

¹²⁴ Vgl. Russland-Aktuell, 22.11.2013; unter URL: http://www.aktuell.ru/russland/politik/ukraine_laesst_assoziierungsvertrag_mit_der_eu_platzen_4585.html [05.04.2014].

2.2.1.4 Außenpolitische Präferenzen der Oligarchie

Wenn über die außenpolitischen Präferenzen der ukrainischen Oligarchen diskutiert wird, ist festzustellen, dass nur die einflussreichsten als relevante Akteure bezeichnet werden können. Aufgrund der Dislokation der Industriebetriebe, vor allem der Schwerindustrie, sind diese überwiegend in der Ostukraine zu finden.

Der ehemalige Vizepremierminister Hryhorii Nemyria unterteilte die ukrainischen Oligarchen in vier verschiedenen Gruppen. Diese sind „Apparatschiks“ aus der Zeit der UdSSR, deren Erben und Nachfolger, „nationalistisch eingestellte Demokraten“ und die „Modernisierer“. ¹²⁵

Unter der Präsidentschaft Wiktor Janukowitschs schwelgte ein latenter Konflikt zwischen den „Erben“ und den „Modernisierern“, die verstärkt für eine Zusammenarbeit mit dem Westen – der EU – eintraten. Diese Konkurrenz konnten unter Präsident Janukowitsch eher die „Erben“ als die „Modernisierer“ für sich entscheiden. Auch die Personalbesetzung des Ministerpräsidenten mit Mykola Asarow, der als Vertreter jener Oligarchen mit traditionell guten Verbindungen nach Russland gesehen werden kann, zeugt hiervon. ¹²⁶

Der aktuelle ukrainische Präsident Petro Poroschenko ist in seiner politischen Laufbahn - so wie viele ukrainische Oligarchen - nur schwer einem einzigen Lager zuzuordnen. Präsident Poroschnko begann seine politische Karriere an der Seite von Ex-Präsident Leonid Kutschmas, war Gründungsmitglied der Partei der Regionen (PdR) und unterstützte schlussendlich deren Opposition im Rahmen der „Orangen Revolution“. ¹²⁷

Gerade aufgrund dieses Naheverhältnisses zur „Orangen Revolution“ kann er eher den „Modernisierern“ zugeordnet werden.

¹²⁵ Vgl. Kerstin, Zimmermann: Macheliten im ukrainischen Donbass: Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion, Münster, LIT-Verlag, 2006.

¹²⁶ Vgl. Ebenda.

¹²⁷ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: unter URL: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/136889/dokumentation-petro-poroschenko> [06.04.2014].

Als die wichtigsten ukrainischen Oligarchen mit politischer Relevanz wären folgende zu nennen:

Grafik 5: Übersicht ukrainische Oligarchen

	Geschäftsfelder	Auslandsinvestitionen	Regionale Zugehörigkeit
Rinat Achmetow (System Capital Management)	<i>Hauptgeschäftsfelder:</i> Metall /Metinvest) Kohle (Metinvest, DTEK) Energie (DTEK) Finanzdienstleistungen (FUIB, Dongorbank) Versicherungen (ASK) <i>Weitere:</i> Ton, Telekommunikation, Medien, Immobilien, Maschinenbau, Logistik, Tankstellen, Groß- und Einzelhandel, Pharmazie, Landwirtschaft, Fußball	Italien, Russland, Schweiz, USA, Vereinigtes Königreich	Donets`k
Walerij Choroschkowski	<i>Hauptgeschäftsfelder:</i> Medien (U.A. Inter Media Group) <i>Weitere:</i> Möbel, Sicherheitstechnik, Metall, Wohnwagen, Heizöfen	Hong Kong, Russland, Weißrussland	Kiew
Dimitrij Firtasch (Group DF)	<i>Hauptgeschäftsfelder:</i> Energie /Centrages, RUE, Emfesz), Chemie (Ostchem) <i>Weitere:</i> Energieinfrastruktur, Immobilien	Deutschland, Estland, Österreich, Russland, Schweiz, Tadschikistan, Ungarn, Zypern	Donets`k (schwach) Moskau
Juri Iwanjuschtschenko	<i>Hauptgeschäftsfelder:</i> Kohle (div.) Landwirtschaft (Chlibinvestbud) <i>Weitere:</i> Finanzdienstleistungen, Alkohol	k.A.	Donets`k
Andrij Klujew (Slav AG/Ukrpidschypnyk)	<i>Hauptgeschäftsfelder:</i> Finanz-und Versicherungsdienstleistungen (Privatbank) Metall, Maschinenbau (div.) <i>Weitere:</i> Erneuerbare Energien, Immobilien, Luftfahrt, Landwirtschaft, Bergbau, Holz	Österreich, Russland, USA	Donets`k
Igor Kolomojski (Privat-Gruppe)	<i>Hauptgeschäftsfelder:</i> Finanzdienstleistungen (Privatbank), Gas, Öl (Ukrnafta), Chemie (DniproAzot) <i>Weitere:</i> Metall, Luftfahrt, Medien, Fußball, Tourismus	Georgien, Lettland, Portugal, Rumänien, Russland, USA, Zypern	Dnipropetrovs`k
Viktor Pintschuk (EastOne Group)	<i>Hauptgeschäftsfelder:</i> Maschinenbau, Metall (Interpipe), Medien (StarLightMedia TV Group, Ekonomika Publishing House) <i>Weitere:</i> Finanzdienstleistungen, Versicherungen, Luftfahrt	Kasachstan, Russland, Schweiz, USA, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich	Dnipropetrovs`k

Quelle: SWP Berlin, Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik, September 2011.

Generell darf angeführt werden, dass die Gruppe der Oligarchen Achmetow, Firtsch, Choroschkowskij unter Präsident Janukowitsch die einflussreichste im Bezug auf außenpolitische Belange war. Dies lag nicht nur in der gemeinsamen Abstammung aus dem Donbass oder in parteipolitischen Implikationen begründet, sondern durchaus in der hohen Bedeutung des Energiesektors für die ukrainische Politik und Industrie.¹²⁸

Gerade die einflussreichsten Oligarchen - vorwiegend aus dem Osten der Ukraine – haben, wie es Kerstin Zimmermann bereits Mitte der 2000er-Jahre recherchierte, nur wenig Interesse an Restrukturierungsmaßnahmen ihrer Industrien merken lassen.¹²⁹ Die Gründe hierfür könnten in den kostenintensiven Modernisierungsmaßnahmen für ihre Betriebe gelegen haben.

Die Europäische Union forderte im Gegenzug für wirtschaftliche Unterstützung Reformen und Modernisierungen, die das kurzfristig gewinnmaximierte Denken der ukrainischen Oligarchen konterkariert hätte. Im Gegensatz dazu stellt die Russische Föderation keine expliziten Ansprüche für vertiefende wirtschaftliche Zusammenarbeit. Hinzu kamen eine ähnliche Wirtschaftskultur und die gemeinsame Sprache. Ergo stellte sich für die Oligarchen die außenpolitische Orientierung Richtung Russland unkomplizierter und kostengünstiger dar. Dies lässt den Schluss zu, dass, vor allem in der außenpolitischen Orientierung des Landes, über weite Strecken Russland der Vorzug gegeben wurde.¹³⁰

Die relevanten ukrainischen Oligarchen standen und stehen Industrien vor, die international operieren. Die wichtigsten Abnehmer ihrer Güter waren und sind die Staaten der Europäischen Union und vor allem die Russische Föderation. Hauptinteresse war maximaler Gewinn. In diesem Kontext war es entscheidend, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten und aus dem bestehenden System größtmöglichen Nutzen zu ziehen.

¹²⁸ Vgl. Ebenda.

¹²⁹ Vgl. Ebenda.

¹³⁰ Vgl. Susan, Stewart: Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit, (2011), S. 19-27.

Die Oligarchen nutzten über Jahre hinweg staatlich gewährte Privilegien, die ihnen die Konkurrenzfähigkeit am internationalen Markt ermöglichten. Eine nachhaltige Ausrichtung der Ukraine auf europäische Normen und Abläufe hätte tiefgreifende Restrukturierungsmaßnahmen bedingt. Diese hätten Geld gekostet und wiederum die Gewinnspanne der Oligarchen geschmälert.

Im Gegenzug boten die konservativen post-sowjetischen Netzwerke und Abläufe einen pekuniären Vorteil gegenüber einem Systemwandel.

Bei den zweifelsohne erkennbaren Anstrengungen einiger EU-orientierter Oligarchen die ukrainische Führung zur intensiveren Kooperation mit der Europäischen Union zu bewegen, stand die Schaffung von Marktnischen für einzelne ukrainische Produktlinien im Vordergrund. Diese Nischen sind – wenn auch nur eingeschränkt, aber dennoch durch den Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) entstanden. Für einen weiteren nachhaltigeren Einsatz der Oligarchen zur intensiveren Zusammenarbeit unter den harten Auflagen des Assoziierungsabkommens fehlten schlussendlich die Befürworter.¹³¹

Auch wenn Rinat Achmetow¹³² als Beispiel für jene Oligarchen zu nennen wäre, die für eine zumindest wirtschaftliche Assoziierung mit der EU eingetreten waren, konnte bisher keine klare Trennung zwischen den pro-europäischen und pro-russischen Oligarchen gezogen werden. Vielmehr hing ihre außenpolitische Präferenz von einer Mischung aus verschiedenen Faktoren ab. Als wesentlichster erschienen hier die politische und wirtschaftliche Situation. Unter dem pro-europäisch geltenden Präsidenten Wiktor Juschtschenko zum Beispiel war die außenpolitische Präferenz der Ukraine Richtung der Europäischen Union gerichtet. Diese Situation nutzten jene Oligarchen, die Märkte für ihre Produkte in der EU sahen, ihre Möglichkeiten um Partner und gute Handelsbeziehungen dorthin zu knüpfen. Unter Präsident Wiktor Janukowitsch und den „Erben“ hingegen gewann der russische Vektor wiederum mehr an Bedeutung.¹³³

¹³¹ Vgl. Ebenda.

¹³² Rinat Achmetow tätigte im Bereich der Schwerindustrie umfangreiche EU - Auslandsinvestitionen durch die Käufe von Stahlwerken in Großbritannien, Bulgarien und Italien.

¹³³ Vgl. Susan, Stewart: Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit, (2011), S. 19-27.

Die Einflussmechanismen der Oligarchen waren vielschichtig und reichten von Mediensteuerung, über Netzwerke in der Werchowna Rada bis hin zu persönlichen und geschäftlichen Kontakten zum Präsidenten. Triebfeder ihres Handelns war oftmals die Beeinflussung der Außenpolitik zum Zwecke verbesserter Wirtschaftskooperationen. Diese stellten sich im Kontext der fordernden Auflagen der EU als kostenintensiver und weniger lukrativ dar. Gerade der Aspekt, „schnelles“ Geld verdienen zu wollen und nicht auf zukünftige Wachstumsprognosen der EU bauen zu müssen, erklärt eine Grundpräferenz der ukrainischen Oligarchie Richtung Russland.¹³⁴

2.2.2 Externe Akteure

2.2.2.1 Die Europäische Union

2.2.2.1.1 Strategische Zielsetzungen Richtung Osten

Im Dokument der Europäischen Union mit dem Titel „Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument“ steht unter Punkt 1.1. „Die Übergeordneten außenpolitischen Ziele der EU“ folgendes formuliert:

„Die EU propagiert ihre Vorstellungen von ethischen Normen und ihre Interessen, indem sie weltweit als wirtschaftlicher und politischer Partner in Erscheinung tritt und sich dabei solch unterschiedlicher Instrumente bedient wie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit, der Handelspolitik und überträgt Aspekte ihrer innergemeinschaftlichen Politik auf die Politik gegenüber Drittstaaten. Die EU ist vor allem bestrebt, Wohlstand, solidarisches Verhalten, Sicherheit und zukunftsfähige Entwicklungsmodelle in aller Welt zu fördern. Von vorrangiger Bedeutung für die EU ist die Entscheidung über die richtige Dosierung der politischen Strategien.“¹³⁵

¹³⁴ Vgl. Ebenda.

¹³⁵ Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument; Ukraine; Länderstrategiepapier 2007-2013; S. 2, unter URL: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi_csp_ukraine_de.pdf [08.04.2014].

Diese Zielformulierung impliziert, dass die Europäische Union durchaus beabsichtigt, eine Art von Geopolitik zu betreiben. Natürlich liegt der Fokus hierbei auf den an die Europäische Union angrenzenden Gebieten im Süden und Osten.

Obwohl die Europäische Union ihre außenpolitischen Ziele mit „softpower tools“ umzusetzen versucht, steht sie dennoch im globalen Wettstreit mit den USA, der Russischen Föderation und China. Eine Besonderheit, welche die Europäische Union durchaus auszeichnet, ist jene, dass Konkurrenz Kooperation nicht a priori verbietet.

Mit dem Format der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) konstruierte die Europäische Union einen sicherheitspolitischen Gürtel, in den die angrenzenden Staaten vertraglich eingebunden wurden.¹³⁶

Mittels der 2009 mit der Ukraine, Belarus, Moldau, Aserbaidshan, Armenien und Georgien aufgenommenen „Östliche Partnerschaft“ (ÖP) wurde das strategische Ziel verfolgt, eben dort die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen sowie die demokratische Entwicklung zu fördern. Ausdruck dieser Partnerschaft kann der Abschluss eines Assoziierungsabkommens sein, dass neben den politischen und rechtsstaatlichen Grundlagen vor allem eine vertiefte und umfassende Freihandelszone inkludiert.¹³⁷

Gerade durch diese angepeilte Kooperation mit Staaten der ehemaligen Sowjetunion in Osteuropa und im Südkaukasus drang die Europäische Union in die „angestammte“ Einflussphäre der Russischen Föderation, sein „Nahes Ausland“, vor.

Die ursprüngliche Überlegung der Europäischen Union war es, Russland ebenfalls als gleichberechtigten Partner für die ENP zu gewinnen.

Dieses Unterfangen stellte sich jedoch bald als illusorisch heraus, weil die Russische Föderation diese Einladung klar ablehnte und sich nicht neben den anderen östlichen Staaten einordnen lassen wollte.

¹³⁶ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 85.

¹³⁷ Vgl. Europäisches Parlament, unter URL:
http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/displayFtu.html?ftuld=FTU_6.5.5.html
[08.04.2014].

Die strategische Zielsetzung der Europäischen Union war auf einem zwei Ebenen Modell basierend. Auf bilateraler Ebene sollten im Format von Assoziierungsabkommen - inklusive vertiefender Freihandelsabkommen - Energiesicherheit, Grenzschutzfragen und ökonomischer Entwicklung zum gegenseitigen Vorteile gelöst werden. Auf multinationaler Ebene beabsichtigt die Europäische Union durch vermehrte Innovation und sich daraus entwickelnder Kooperationsprojekte vor allem unter den Partnerländern für Profit und Stabilität in der Region zu sorgen.¹³⁸

Trotz dieser hehren Ziele war der Umgang mit den östlichen Nachbarländern gerade zu Beginn der ÖP nicht friktionsfrei und teilweise von außenpolitischen Zielsetzungen der großen EU-Länder eingefärbt.

Beispielhaft darf hier der Zeitraum rund um den Georgien-Krieg 2008 angeführt werden. Zu dieser Zeit hatte Frankreich - in der Person seines Präsidenten Nicholas Sarkozy - den EU-Vorsitz inne. Dieser präferierte entgegen den Intentionen Polens und Schwedens anstatt einer „Östlichen Partnerschaft“ die „Mittelmeer-Union“ (Union méditerranéenne). Nicht zuletzt aufgrund des Widerstandes Deutschlands und der Möglichkeit, sich selbst und Frankreich bei der Krisenschlichtung zwischen Georgien und Russland profilieren zu können, nützte Nicholas Sarkozy die Situation zu einem außenpolitischen Richtungsschwenk hin zu Osteuropa und damit zur „Östlichen Partnerschaft“.¹³⁹

Im Kern der strategischen Zielsetzung der Europäischen Union in Bezug auf die Länder Osteuropas bis hin zum Südkaukasus steht deren Anbindung an den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum mit Gravitationszentrum Brüssel. In diesem Kontext ist anzumerken, dass sowohl die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ als auch die „Östliche Partnerschaft“ als Alternativen zur

¹³⁸ Vgl. Stewart, Susan: The Eastern Dimension of EU External Relations, Center for Security Studies (CSS), Zürich, Switzerland, russian analytic digest No. 61, (2009), S. 2-4, unter URL: <http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=100999> [10.04.2014].

¹³⁹ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 87.

EU-Mitgliedschaft gedacht sind und nicht als Vorstufe zu einer EU-Mitgliedschaft.¹⁴⁰

Gerade eben dieser Ansatz ist es jedoch, der die eigentliche strategische Zielsetzung der Europäischen Union im „Nahen Ausland“ Russlands konterkariert. Das Kreieren von Wirtschaftskooperationen und gleichlautenden rechtsstaatlichen Normen würde ebenso einen relativen Schutz der neuen Partner gegenüber hegemonialer Tendenzen Russlands erforderlich machen, der jedoch ohne Beitrittsperspektive fehlt. Nicht zuletzt aus diesem Grund war auch im Fall der Ukraine eine außenpolitische Pendelbewegung zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation ersichtlich.

2.2.2.1.2 Die Ukrainepolitik der EU

Gemäß dem Zeitzeugen und ehemaligen Direktor der Abteilung Europäische Union im ukrainischen Außenministerium Vasyl Filipchuk fand das erste Treffen zwischen den Vertretern der Europäischen Union und der Ukraine am 05.09.1997 in Kiew statt. Die Akteure auf Seite der EU waren der Präsident der Europäischen Kommission, Jaques Santer, und Jean-Claude Juncker. Beide schienen gegenüber der noch relativ unbekannten ukrainischen Staatsführung, die ihrerseits in Sachen EU noch als unbeschlagen galt, desorientiert.

Die erst später folgende EU-Erweiterung war kein Thema und das mit der Ukraine beabsichtigte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) war noch nicht in seiner Rechtskraft erwachsen. In den seitdem vergangenen Jahren entstand eine Vielzahl von vertraglichen Anbindungen und ein großes Spektrum an bilateraler Kooperation, bis hin zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens Anfang 2014.¹⁴¹

¹⁴⁰ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 41.

¹⁴¹ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S.424.

Die Europäische Union formulierte unter dem Kapitel „Die Strategieziele der Zusammenarbeit EU-Ukraine“ in ihrem Länderstrategiepapier 2007-2013 wie folgt:

„Das von der EU für die Ukraine ausgearbeitete Kooperationskonzept vereint in sich länderspezifische, regionale und globale Strategieziele:

Eine für alle Beteiligten fruchtbare Partnerschaft zur Bewältigung des Transformationsprozesses in der Ukraine

Mit dem PKA vom 1. April 1998 haben die EU und die Ukraine eine Partnerschaft mit folgender Zielsetzung vereinbart: enge politische Beziehungen, für beide Seiten vorteilhafte Handelsaktivitäten und Investitionen sowie Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Finanzen, Wissenschaft, Technologie und Kultur. Die Partnerschaft ist vor allem dazu gedacht, die Ukraine auf dem Weg in die Demokratie und Marktwirtschaft zu begleiten.

Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und des Aktionsplans EU-Ukraine

Ziel der ENP – als Konzept entstanden im Kontext der Erweiterung von 2004 – ist es, die Nachbarn der EU und somit auch die Ukraine an Stabilität, Sicherheit und Wohlstand der EU auch ohne Mitgliedschaft teilhaben zu lassen. Dadurch, dass die EU den Nachbarn eine engere Zusammenarbeit im politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen Bereich anbietet, will sie das Aufbrechen neuer trennender Gräben in Europa verhindern. Die EU verfolgt damit zudem ein Hauptziel der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003, das darin liegt, die Sicherheit in den angrenzenden Staaten zu erhöhen. Die ENP-Partner erwarten engere Zusammenarbeit, Gelegenheiten an EU-Programmen beteiligt zu werden und Zugang zum EG-Binnenmarkt sowie eine handfeste Unterstützung ihrer politischen und wirtschaftlichen Reformen. In dem im Februar 2005 gemeinsam von der EU und der Ukraine beschlossenen Aktionsplan sind spezifisch auf die Ukraine gemünzte Zielsetzungen enthalten. Die Kommission legte im November 2006 eine Halbzeitevaluierung der Durchführung des Aktionsplans vor.

Aufgaben im Sicherheitsbereich

Mit ihrer Europäischen Sicherheitsstrategie vom 12. Dezember 2003 trägt die EU der Tatsache Rechnung, dass sie als Union von 25 Staaten mit mehr als 450 Mio. Einwohnern und der Erwirtschaftung von einem Viertel des BIP der Welt nunmehr unweigerlich zu einem Akteur von Weltrang avanciert ist.

Eine der wichtigsten Konsequenzen der Europäischen Sicherheitsstrategie ist das Gebot, nunmehr darauf hinzuwirken, dass ihre Nachbarn im Osten und am Südrand des Mittelmeers zu verantwortlich regierten Staaten werden, mit denen die EU eng und erfolgreich zusammenarbeiten kann. Die Strategie enthält zudem ein entschiedenes Bekenntnis zu einer auf echten Multilateralismus gegründeten Weltordnung.

Im Dezember 2001 haben die EU und die Ukraine bereits einen Aktionsplan für den Bereich Justiz und Inneres verabschiedet, in dem Sicherheitsaufgaben umfassend behandelt sind und der in den ENP-Aktionsplan Eingang gefunden hat.

Ziele der Entwicklungszusammenarbeit

Absolutes Oberziel der Entwicklungszusammenarbeit der EG ist die Besiegung der Armut und damit verbunden die Förderung des verantwortlichen Regierens und der Wahrung der Menschenrechte. Die kontextgerechte und auf die jeweiligen spezifischen Bedürfnisse abgestellte Vorgehensweise ist ein weiteres von der EG mit Nachdruck verfolgtes Prinzip.

In der Liste des Entwicklungshilfeausschusses der OECD rangiert die Ukraine üblicherweise als Transformationsland. Mit einem BNE pro Kopf der Bevölkerung von 1.260 USD (errechnet nach der Atlas-Methode, Stand 2004) gehört das Land zur unteren Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen und wurde daraufhin im Dezember 2005 in die Liste der Empfänger öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) aufgenommen.¹⁴²

Die Zielerreichung der sich als „*Akteur von Weltrang*„ selbst definierenden Europäischen Union mit hehren politischen Absichten wie die Schaffung einer „...*fruchtbaren Partnerschaft zur Bewältigung des Transformationsprozesses*...“, die Implementierung von „...*Stabilität, Sicherheit und Wohlstand*...“ und die Verhinderung des „*Aufbrechens neuer trennender Gräben in Europa*“ scheint im aktuellen Kontext der Ukrainekrise zweifelhaft.

Gründe für diese krisenhafte Entwicklung mögen in der durch die Ukraine an den Tag gelegten Pendelpolitik gelegen sein, für die Pendelpolitik möglicherweise auch in der Ukrainepolitik der Europäischen Union.

Im Rückblick auf die Ukrainepolitik der Europäischen Union der vergangenen Dekade ist auffallend, dass im Zeitraum nach der „Orangen Revolution“ bis 2010, also in der Präsidentschaftsära Wiktor Justschenkos, die Ukrainebegeisterung der EU-Staaten und Brüssels abgenommen hatte. Dies scheint insofern verwunderlich, weil Wiktor Justschenko ein bekennender „Europäer“ war und die

¹⁴² Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument; Ukraine; Länderstrategiepapier 2007-2013; S. 3-4, unter URL: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi_csp_ukraine_de.pdf [12.04.2014].

Ukraine nachdrücklich nahe, wenn nicht in die Europäische Union, führen wollte.¹⁴³

Erklärungen für die abgenommene Ukrainebegeisterung der EU sind durchaus vielschichtig und können in „national - demokratischen“ Zwistigkeiten und vor allem in der falsch interpretierten „Russia first“ Politik gesehen werden. Eine Politik, die Deutschland aufgrund seiner intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oftmals nachgesagt wurde.¹⁴⁴

¹⁴³ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 423.

¹⁴⁴ Vgl. Ebenda S. 98 und 423.

Mit der Wahl Wiktor Janukowitschs zum ukrainischen Präsidenten und seiner ihm attestierten pro-russischen Gesinnung, die durch den „Charkow-Deal“¹⁴⁵ zwischen dem russischen und ukrainischen Präsidenten vermeintliche Bestätigung fand, stieg auch wieder das europäische Interesse an der Ukraine. Der damalige Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, statuierte prompt die „strategische Bedeutung“ der Ukraine für die Europäische Union. In einer Zugabe wurde die Wahl Wiktor Janukowitschs zum Präsidenten als „free and fair“ klassifiziert. Entgegen der bisherigen politischen Haltung Brüssels hat das Europäische Parlament in seiner „Entschließung zur Lage in der Ukraine“ unter Punkt „B“ wie folgt formuliert:¹⁴⁶

„.....in der Erwägung, dass die Ukraine ein europäischer Staat ist und gemäß Artikel 49 des Vertrages über die Europäische Union so wie jeder europäische Staat, der sich auf die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit stützt, einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellen kann.“¹⁴⁷

Mit dieser zwar unverbindlichen, jedoch politisch relevanten Aussage gewährte die Europäische Union dem als „russophil“ gescholtenen Wiktor Janukowitsch das, was sie dem „Europäer“ Wiktor Juschtschenko Jahre lang verwehrte.¹⁴⁸

Trotz alledem war auch dieses politische Statement nicht die durch die Ukraine angestrebte Beitrittsperspektive und somit realpolitisch nicht verwertbar.

¹⁴⁵ Vgl. Russland-Aktuell, 22.04.2010, unter URL:

http://www.aktuell.ru/russland/politik/billig_gas_gegen_flottenbasis_details_des_deals_3946.html [16.04.2014].

¹⁴⁶ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 423.

¹⁴⁷ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25.10.2010 zur Lage in der Ukraine, P7_TA-PROV(2010)0035, unter URL:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/droi/aa/p7_ta-prov%282010%290035_/p7_ta-prov%282010%290035_de.pdf, [01.05.2014].

¹⁴⁸ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 423.

Diese überraschende Wertschätzung kam nicht grundlos und kann durchaus im Kontext der Gaskrise des Jahres 2009 gesehen werden. Eines, wenn nicht das entschiedenste Interesse der Europäischen Union an der Ukraine war ihre Bedeutung als Gastransitland für russisches Gas und damit die Gassicherheit Europas. In dem von der Europäischen Union im November 2010 verfassten „Fünften Gemeinsamen (Fortschritts-) Bericht über die Zusammenarbeit im Energiesektor“¹⁴⁹ statuierte dies der damalige Energiekommissar klar. Das dementsprechende Echo in den ukrainischen Medien fiel für die Europäische Union ernüchternd aus, weil sich die Ukraine in ihrer Bedeutung für Europa auf ein Gastransitland reduziert sah.¹⁵⁰

Diese außenpolitische Maßnahme der Europäischen Union gegenüber der neugewählten Staatsführung unterstützt den theoretischen Ansatz des Neorealismus hinsichtlich des Selbsthilfeprinzips und der Absicht, gegenüber anderen Staaten Macht zu erhalten.

Eine beinahe logische Konsequenz Wiktor Janukowitschs war es, dieses vordergründige Vorgehen auch zu seinem Vorteil hinsichtlich einer außenpolitischen Pendelbewegung zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation zu nützen.

Am Gründungsgipfel der Östlichen Partnerschaft im Mai 2009 wurde durch die EU-Mitgliedsländer entschieden, dass die bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der Östlichen Partnerschaft die Basis für neue Assoziierungsverträge darstellt. Aufgrund der Tatsache, dass diese für die Staaten Moldau, Belarus, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Ukraine gleichermaßen galt, wurde die Wertigkeit des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine vermindert.

Die Ukraine wurde mit dieser Einteilung auf die gleiche Stufe, wie die mit Sezessionskonflikten geplagten Staaten Moldau, Georgien und Armenien gestellt, die gerade wegen ihrer internen Konflikte zumindest mittelfristig „nur“ EU-

¹⁴⁹ Vgl. EU-Ukraine Energy Cooperation: Fifth Joint Energy Report, Implementation of the EU-Ukraine Memorandum of Understanding on Energy Cooperation during 2010, unter URL: http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/doc/ukraine/2010_11_22_report.pdf, [01.05.2014].

¹⁵⁰ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 425-426.

Nachbarn bleiben werden. Gerade für die pro-europäischen Kräfte in der Ukraine mit ihrer Zielsetzung, eine Beitrittsperspektive zu erlangen, war dies ein Verlust an Boden gegenüber ihren politischen „russophilen“ Kontrahenten.¹⁵¹

Generell erschien die Ukrainepolitik der Europäischen Union als nicht stringent. Im Assoziierungsabkommen mit der Ukraine wurde zwar die „europäische Integration“ eingefordert, einschließlich der expliziten Übernahme der europäischen Normen, der Implementierung verschiedenster Programme und der Anpassung der Legislative, andererseits fehlte jedoch die Bereitschaft der Ukraine eine Beitrittsoption zu bieten. Eine von der Europäischen Union dahingehend oftmals verwendete Klausel lautet „sharing everything [...] but institutions“.

Mit dieser Vorgehensweise setzte sich die Europäische Union dem Verdacht aus, das langfristige Verhältnis zur Ukraine und den anderen Staaten im nahen russischen Ausland nicht zu Ende gedacht zu haben. Ein ignorieren des russischen Hegemonieanspruches im Sinne einer Erweiterung der EU – Einflussphäre Richtung Osten kann nicht friktionslos ablaufen und ist Ausdruck einer gescheiterten Ostpolitik der EU.

Eine Assoziierung, basierend auf der Übernahme der europäischen Rechtsnormen und dem bisher umfassendsten Freihandelsabkommen in der Geschichte der Europäischen Union, ohne eine Beitrittsoption zu verfolgen, ist im Kontext des um die Ukraine „werbenden“ Russlands wenig erfolgversprechend. Einen für die Europäische Union geopolitisch wichtigen Raum, wie den der Ukraine, mit fehlenden nachhaltigen Lösungsansätzen langfristig an sich binden zu wollen, scheint als strategisches Konzept unhaltbar.¹⁵²

Die mit der Machtergreifung Wiktor Janukowitschs entstandene politische Situation lag nicht zuletzt in dem von Brüssel verschuldetem Zaudern der Jahre 2005 bis 2010. Die Europäische Union verabsäumte die historische Chance unter dem pro-europäischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko, mittels intensiver Ukrainepolitik, einen außenpolitischen Grundkonsens innerhalb der ukrainischen

¹⁵¹ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 94-95.

¹⁵² Vgl. Ebenda, S. 86.

Elite herzustellen und somit das Assoziierungsabkommen zeitgerecht abzuschließen. Anstatt dessen eröffnete die Europäische Union der Russischen Föderation die Möglichkeit durch intensive Unterstützung der pro-russischen Eliten eine außenpolitische Richtungsänderung einzuleiten.¹⁵³

Ausdruck dieser wenig stringenten Ukrainepolitik war der 14. EU-Ukraine Gipfel vom November 2010. Basierend auf diesem verabschiedete das Europäische Parlament eine Ukraine-Resolution¹⁵⁴, die für die ukrainische Führung subsumiert positiv ausfiel. Trotz angebrachter Kritik über die sich verschlechternden demokratischen Umstände im Land und der Besorgnis über die sich abzeichnende Entwicklungen, Stichwort politisch motivierte Justiz, wurde der ukrainischen Führung in ihrer Kernforderung entsprochen. Diese war die Unterstützung des Aktionsplans zur Visaliberalisierung. Für den Akteur Präsident Wiktor Janukowitsch war dies ein außenpolitischer Erfolg, da er den Ukrainern eine Visaliberalisierung versprochen hatte und vor allem die Westukraine, nicht zuletzt hiermit, von seinem fragwürdigen pro-europäischen Kurs zu überzeugen versuchte.¹⁵⁵

Für kritische Beobachter der europäischen Ukrainepolitik war es jedoch mehr ein Triumph der Realpolitik. Es wurde der Anschein erweckt, dass für die Europäische Union hier die Werte hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit weniger wogen als die eigene Machtperzeption. Für das Europäische Parlament war es offenkundig primär wichtig, die autoritäre ukrainische Führung am europäischen Weg zu halten und diese nicht durch harsche Kritik in Richtung Moskau zu treiben. Die verabschiedete Resolution wurde als ausgewogener Kompromiss gewertet und auch durch die europäische Wirtschaft als „positiv“ klassifiziert.¹⁵⁶

¹⁵³ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 573.

¹⁵⁴ Vgl. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2010 zur Ukraine, (Vorläufige Ukraine, Provisional edition), Nr. P7_TA-PROV(2010)0444; unter URL: http://www.europarl.europa.eu/RegData/seance_pleniere/textes_adoptes/provisoire/2010/11-25/0444/P7_TA-PROV%282010%290444_DE.pdf [01.05.2014].

¹⁵⁵ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), 2012, S. 487-489.

¹⁵⁶ Vgl. Ebenda.

Präsident Janukowitsch, der das Werben der beiden Blöcke Europäische Union und Russische Föderation erkannte, tendierte eher Richtung des Assoziierungsabkommens als hin zur Zollunion mit Russland. Motivationsfaktoren für die Zuwendung zum Assoziierungsabkommen waren jedoch nicht die gemeinsame Idee von demokratischen Werten, sondern vielmehr das Ziel der wirtschaftlichen Integration mit den europäischen Märkten und vor allem die Angst, von der Gravitation der Russischen Föderation verschlungen zu werden.¹⁵⁷

In seinem dem akteurstheoretischen Ansatz entsprechende Vorgehen zeigt sich, wie seine persönlichen Zielsetzungen der Wiederwahl und des ökonomischen Aufstieges auf die Transformation der ukrainischen Außenpolitik Einfluss nahm und schlussendlich in einer Pendelpolitik zwischen dem neorealistisch motivierten Osten und Westen kulminierte.

Im April 2012 erfolgte in Brüssel – nach 21 Verhandlungsrunden – die Paraphierung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine. Dies wirkte aufgrund der durch Kiew davor gezeigten Kompromisslosigkeit in Sachen Julia Timoschenko befremdend und warf die Frage auf, wie sehr die Europäische Union hinter ihren eigenen Werten stehen würde, so sich diese in direkter Konkurrenz mit einem befürchteten Verlust der Ukraine an Russland messen müssten.¹⁵⁸

Die Zeit zwischen der Paraphierung und der geplanten Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens am Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Vilnius, 28.11.2013, war durch ein Wechselspiel an Druck und Entlastung der Europäischen Union auf das ukrainische Regime gekennzeichnet. Seinen Höhepunkt fand dieses Spiel in den letzten Wochen vor dem Gipfeltreffen. In dieser Zeit verblieb als einzig relevantes Unterzeichnungshemmnis die Causa Julia Timoschenko, sprich ihre Freilassung.

¹⁵⁷ Vgl. Ebenda, S. 507-509.

¹⁵⁸ Vgl. Ebenda, S. 547.

Die Europäische Union, allen voran Deutschland, machte eine Unterzeichnung offensichtlich von der Freilassung Julia Timoschenkos abhängig. Wiktor Janukowitsch schien jedoch nicht einwilligen zu wollen und flüchtete sich in Richtung des immer intensiver „werbenden“ Russland. Präsident Putin klammerte nicht nur die Frage Julia Timoschenkos – als Janukowitschs schärfste politische Konkurrentin – aus, sondern bot der vor dem Staatsbankrott stehenden Ukraine einen Kredit in der Höhe von 15 Milliarden USD sowie lukrative Wirtschaftsverträge an.¹⁵⁹

Die Europäische Union lehnte zuvor die von Präsident Janukowitsch formulierte Bitte um finanzielle Unterstützung in der Höhe von 20 Milliarden USD ab. Nichtsdestotrotz zeigte sie sich hernach überrascht, als die ukrainische Regierung - unmittelbar vor dem Vilniusgipfel - die Einstellung der Assoziierungsbemühungen verkündete. Als Begründung führte der damalige ukrainische Ministerpräsident nationale Interessen und die Erkenntnis, dass die ukrainische Wirtschaft noch nicht EU - reif sei, an.

2.2.2.1.3 Die EU und ihr außenpolitischer Konkurrent Russland

Die Konkurrenz zwischen Europa und Russland, vor allem in den Gebieten des heutigen Osteuropas, blickt auf eine langjährige Geschichte zurück.

Die Basis für den wieder erstarkenden Konflikt zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation liegt historisch gesehen in dem „Partnership and Cooperation Agreement“ (PCA) von 1994 begründet. Das PCA forderte im Kern die Anerkennung und Übernahme der europäischen Rechtsnormen, eine Forderung der Russland jedoch niemals Folge leistete.

Als Begründung dieser Nicht-Erfüllung führte die Russische Föderation gegenüber der EU seit jeher an, dass diese Russland - entgegen dem Geiste des Übereinkommens – niemals als strategischen Partner anerkannt habe.¹⁶⁰

¹⁵⁹ Vgl. Fokus Online: unter URL: http://www.fokus.de/politik/ausland/ukraine-janukowitsch-kreml-moskau-kiew-eu-wladimir-putin-gewaehrt-der-bankrotten-ukraine-15-milliarden-us-dollar-kredit-13_id_3489058.html [02.05.2014].

¹⁶⁰ Vgl. Schulze, Peter: Die EU, Russland und die GUS: Auseinandersetzungen über das nahe Ausland, IPG 3, (2005), S. 150, 152, unter URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipg/02945.pdf> [02.05.2014].

In der Amtszeit des Präsidenten Boris Jelzin stellte dies bilateral kein Problem dar, weil Russland ohnehin nicht über die Mittel verfügte seine strategischen Interessen gegenüber der EU zu manifestieren. Diese Eigenart der Koexistenz veränderte sich jedoch mit der EU-Osterweiterung nachhaltig. Der russischen Führung wurde klar, dass die EU-Osterweiterung auf ihren unmittelbaren Einflussbereich des nahen russischen Auslands abzielte. Eine Entwicklung, die so durch die Russische Föderation nicht hinnehmbar erschien und zusätzlich Brisanz erlangte, als sich die EU in den Raum von Belarus im Norden bis zum Schwarzen Meer im Süden vorwagte.¹⁶¹

Ergo kollidierte, wenn auch nur unterschwellig, die Europäische Union mit der „Mittelfristigen Strategie für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union für die Jahre 2000 bis 2010“, die schon im Zeitraum der ersten Amtszeit Wladimir Putins als Premierminister¹⁶² definiert wurde, nachhaltig. In dieser russischen Strategie wird festgehalten: „...die Entwicklung der Partnerschaft mit der Europäischen Union sollte dazu beitragen, Russlands Rolle als führende Macht bei der Gestaltung eines neuen Systems zwischenstaatlicher politischer und ökonomischer Beziehungen im GUS-Raum zu konsolidieren.“¹⁶³

Zum ersten echten Aufeinanderprallen der geopolitischen Interessen zwischen EU und Russland kam es im Zuge der „Orangen Revolution“ im Jahre 2004. Die Europäische Union verdeutlichte, dass ihr die weitere Entwicklung der Ukraine als Partnerland nicht gleichgültig war. Die Russische Föderation hingegen versuchte mit der Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten Wiktor Janukoitsch die Ukraine in den von Präsident Putin präverierten „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ (EWR) einzubinden.¹⁶⁴

Mit der Gründung des EWR unter Federführung der Russischen Föderation, hat Russland den Startschuss zur Entwicklung eines Gegenmodells zur Europäischen

¹⁶¹ Vgl. Ebenda.

¹⁶² Erste Amtszeit Wladimir Putins als Ministerpräsident der Russischen Föderation: 1990 bis 2000.

¹⁶³ Vgl. Strategija razvitija otnosenij Rossijskoj Federacii s Evropejskim Sojuzom na srednesrocnuju perspektivu (2000-2010), in: Diplomaticeskij Vestnik, Nr. 11, November 1999, S. 20 ff.

¹⁶⁴ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 39-40.

Union in der eurasischen Region gesetzt, der klar als geopolitische Herausforderung an die EU verstanden werden kann und die vorherrschende Integrationskonkurrenz verdeutlichte.¹⁶⁵

2.2.2.2 Russische Föderation

2.2.2.2.1 Strategische Zielsetzungen im „Nahen Ausland“

Nach der Überwindung der Wirren rund um den Niedergang der UdSSR, also in etwa zeitgleich mit dem Amtsantritt Wladimir Putins als russischer Präsident, begann für die Russische Föderation das geopolitische Projekt der Implementierung einer zumindest regionalen „Großmacht“ Russland. Zu diesem Zweck wurden die Länder in seinem „Nahen Ausland“ bewertet und für diese Zielerreichung priorisiert. Der Einfluss auf vier Staaten kristallisierte sich in dieser Bewertung als besonders wichtig heraus. Diese waren die Ukraine, Belarus, Kasachstan und Georgien.

Der eigentliche Beweggrund dieser strategischen Zielsetzung war weniger die Wiedererlangung des Großmachtstatus eines um die Weltherrschaft kämpfendes Russland per se, als die nationale Sicherheit zum Zwecke des Schutzes von kernrussischen Gebieten und Interessen.¹⁶⁶

Aufgrund der realpolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte musste Russland oftmals hilflos beobachten, wie viele Staaten der vormaligen UdSSR in die Einflussosphäre der NATO und der Europäischen Union abdrifteten. Gerade diese Staaten stellten jedoch zuvor eine Pufferzone hin zur russischen Welt dar. Die russische Führung erkannte ihre Chance aufgrund des starken Engagements des Westens - vor allem der USA - im Mittleren Osten, die bereits eingesetzte Entwicklung rückgängig zu machen.

¹⁶⁵ Vgl. Dragneva-Lewers, Wolczuk (Rilka, Kataryna): Russia, the Eurasian Customs Union and the EU: cooperation, stagnation or rivalry, National Security & Defence Nr. 4-5 (141-142), Ukrainian Centre for Economic & Political Studies, (2013), S. 97.

¹⁶⁶ Vgl. STRATFOR, Russia's Expanding Influence, Part 1: The Necessities, (2010), S. 1-2, unter URL: <http://www.stratfor.com/sample/analysis/russias-expanding-influence-part-1-necessities> [05.05.2014].

Auch wenn das Zeitfenster für diese Zielerreichung klein erschien, so war dies kein Hindernis, sondern aus russischer Sicht eine Motivation die Dinge optimierter und entschlossener anzupacken. Gerade die letzten Entwicklungen mit der Eingliederung der Krim in die Russische Föderation oder auch die Besetzung Teile Georgiens sind Indikatoren dieser geopolitischen Zielsetzung.¹⁶⁷

Aus dem Bedürfnis heraus einen „Puffer“ zwischen sich und der restlichen europäisch westlichen respektive asiatischen Welt zu schaffen, lag die sicherheitspolitische/wirtschaftliche Anbindung der Staaten rund um Russland auf der Hand. In diesem Kontext zählten nicht innerstaatliche Entwicklungen der Nachbarn, Bemessungsgrundlage war deren Einstellung zur Russischen Föderation beziehungsweise seiner politischen Führung. Dieser Gedankenwelt folgend, stellte auch die Herstellung von Stabilität im Raum keine unmittelbare Prämisse dar. Nur so ist es erklärbar, dass Russland in den „Frozen Conflicts“ in Moldau und Bergkarabach oder auch im Bezug auf die sich losgesagten Gebiete in Georgien keine nachhaltige Lösung anstrebte.¹⁶⁸

Generell ist hier anzumerken, dass die Außenpolitik unter Präsident Wladimir Putin im Vergleich zu seinem Vorgänger Boris Jelzin härter und unnachgiebiger wurde. Dies mag durchaus mit der von Präsident Putin im Rahmen der NATO und EU-Osterweiterung vermeintlich erkannten Gefahr für die nationale Sicherheit im Zusammenhang stehen.¹⁶⁹

Bemerkenswert erschien in den letzten Jahren die ähnliche Ausprägung von Innen- und Außenpolitik im Sinne ihrer Radikalisierung und Autokratisierung. Die Moskauer Führung versuchte zusehends seine für sie bindenden Ordnungsvorstellungen auf seine Nachbarstaaten zu übertragen.¹⁷⁰

Offenkundig setzte sich bei der derzeitigen politischen Führung Russlands, welcher ein direkter Konnex zur ehemaligen UdSSR nicht abzusprechen ist, vermehrt eine Art postsowjetischer Umgangston durch. Dieser Umgangston

¹⁶⁷ Vgl. Ebenda.

¹⁶⁸ Vgl. Adomeit, Schulze, Zagorski (Hannes, Peter W., Andrei): Russland, die EU und Zwischeneuropa, Internationales Institut für Liberale Politik in Wien, (2008), S. 19 -21.

¹⁶⁹ Vgl. Ebenda.

¹⁷⁰ Vgl. Ebenda.

scheint einem System geschuldet zu sein, das nach Befehl, Bestrafung und Belohnung funktioniert. Moskau gibt vor, alle Anderen haben zu folgen.¹⁷¹

Diese Art des politischen Umgangs mit Nachbarn suchte nicht nach Kompromissen, vielmehr diktierte es Bedingungen. Staaten, die sich gegen diese Art von Politik stellten und das Hegemon Russland so nicht akzeptieren wollten, wurden diszipliniert.

Mittel zum Wiedererstarken als regionale Großmacht und zugleich stärkste Waffen Russlands waren und sind die fossilen Energieträger Erdöl und Erdgas. Die Russische Föderation unterhielt zu beinahe allen Nachbarländern im post - sowjetischen Raum eine energiepolitische Beziehung, welche sie gemäß ihren Bedürfnissen verstärkte oder reduzierte.¹⁷²

Dieses Vorgehen wurde am Beispiel der beiden Nachbarländer Belarus und Ukraine deutlich sichtbar. Belarus, welches sich in seiner Eigenstaatlichkeit unter Präsident Alexander Lukaschenko beinahe der Russischen Föderation ergeben hat, wurde und wird durch Subventionen gestützt, die Ukraine hingegen aufgrund ihrer „Uneinsichtigkeit“ mit überzogenen Gaspreisen bestraft.¹⁷³

2.2.2.2.2 Außenpolitischer Ansatz der russischen Elite

Die politische Elite Russlands, vor allem jedoch die konservativen Kreise - „die Falken“ - verstehen den post - sowjetischen Raum als einen der russischen Einflussphäre. Mit dieser Einstellung ist auch die Überzeugung verbunden, besondere Rechte und Verantwortung hinsichtlich des Schutzes russischer Minderheiten zu genießen.

¹⁷¹ Vgl. Stewart, Susanne: Russische Außenpolitik im postsowjetischen Raum, Stiftung für Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, (2010), S. 32-33.

¹⁷² Vgl. Ebenda.

¹⁷³ Vgl. Ebenda.

Sie sieht sich nicht als Teil eines wie immer gearteten euro-atlantischen Systems, sondern als eigenständige Kraft auf post-sowjetischen Territorium, welcher naturgemäß eine Führungsrolle zusteht. Präsident Wladimir Putin verstärkte diese Einstellung mit der Zielsetzung, die Russische Föderation als wieder erstarkte regionale „Großmacht“ auferstehen zu lassen. Diesem Gedanken Folge leistend sind die Staaten im nahen Ausland klar den privilegierten Interessen Russlands zuzuschlagen. Dieser Grundtenor schlägt sich auch prinzipiell in der Außenpolitik des Kremls gegenüber den Staaten des GUS-Raumes nieder. Der Kreml versuchte seine innenpolitischen Ordnungsprinzipien auf für ihn relevante Staaten im nahen Ausland zu übertragen. Im Gegenzug ist anzumerken, dass natürlich auch politische Veränderungen in diesen Staaten wiederum stärkere Auswirkungen auf die innenpolitische Entwicklung Russlands haben, als dies bei Staaten im entfernten Ausland zutrifft. Es besteht hier daher, mit Verweis auf die „Orangen Revolution“, eine relative Wechselbeziehung.¹⁷⁴

Präsident Putin nützt diese Wechselbeziehung zwischen russischer Innen- und Außenpolitik mittels Machtkonzentration in seiner Präsidentschaftsadministration, im Sinne seiner ideologisch geprägten Außenpolitik gegenüber dem „Nahen Ausland“ aus. Im Bezug auf den außenpolitischen Ansatz der derzeit regierenden Elite kommt zum Ausdruck, dass diese den Grundsätzen des Neorealismus folgt. Die russische Außenpolitik, vor allem in den Kerninteressensgebieten des „Nahen Auslands“, unterscheidet grundsätzlich zwischen zwei Kategorien, Gewinner und Verlierer. Im Bezug auf die dortige geopolitische Konkurrenz mit dem Westen umgelegt heißt dies, dass dort wo Russland ein Machtvakuum zulässt, dieses alsbald durch andere internationale agierende Akteure ausgefüllt wird.¹⁷⁵

In einer Studie der Waldai-Stiftung aus dem Jahre 2013 mit dem Thema „Russische Elite 2020“ wurde versucht die Werthaltung, Einstellung und ideologische Ausrichtung der kommenden Führungsriege Russlands zu analysieren. Die Ergebnisse wurden im Juli 2013 im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung präsentiert. Als für den Forschungskontext besonders interessant erschienen subsumiert zwei Kernaussagen. Zum Einem hat die

¹⁷⁴ Vgl. Jahn, Schulze, Adomeit, (Ebert, Peter W., Hannes): Die Strategische Situation im Osten der EU, Internationales Institut für Liberale Politik in Wien, (2012), S. 146-148.

¹⁷⁵ Vgl. Ebenda.

kommende Generation ein gänzlich anderes Weltbild als die derzeitige Führungsschicht. Es geht ihr mehr um neue Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft denn um Konfliktsituationen mit relevanten politischen Akteuren. Als größte Gefahren für die nationale Sicherheit Russlands werden nicht außenpolitische Bedrohungen, sondern soziale Ungleichheiten und ethnische Konflikte wahrgenommen.¹⁷⁶

Hinsichtlich der außenpolitischen Interessen Russlands sehen nur mehr vierzig Prozent Russlands, die Ambition wieder Weltmachtstatus zu erlangen, als gerechtfertigt an. Geopolitische Ambitionen werden sukzessive durch eine pragmatischere Herangehensweise ersetzt.

Für sechzig Prozent sollte sich die Durchsetzung russischer Interessen nur mehr auf die Grenzen der Russischen Föderation erstrecken (im Vergleich zu 2004: achtundzwanzig Prozent). Die Nachrichtenagentur RIA NOWOSTI interpretiert diese Fakten mit dem Schluss, dass die zukünftige Elite auf Diplomatie und Wirtschaft setzen wird. Sie denkt in nationalistischen und globalistischen Dimensionen und nicht wie die aktuelle Elite in imperialistischen. Im Fokus ihrer Außenpolitik soll Kooperation und nicht Ressentiments gegenüber der westlichen Welt stehen.¹⁷⁷

Dies lässt den Schluss zu, dass der gegenwärtige außenpolitische Ansatz der russischen Elite mittelfristig im Auslaufen begriffen ist und mittels „good governance“ Beispielen, gerade in post-Sowjetstaaten, dieser Trend verstärkt werden kann.

2.2.2.2.3 Warum ist die Ukraine so wichtig?

Im Unterschied zu anderen Nachbarstaaten Russland kommt der Ukraine eine besondere, auch spirituelle Bedeutung im Bezug auf das „Russentum“ zu. Das Konzil der Russische Orthodoxen Kirche statuierte dies im Zuge seiner Erklärung aus dem Jahre 2007 ausdrücklich. Gemäß Auffassung der Russisch-Orthodoxen-

¹⁷⁶ Vgl. Valdai Discussion Club, Russian Elite – 2020, (2013), unter URL: http://vid1.rian.ru/ig/valdai/Russian_elite_2020_eng.pdf [12.05.2014].

¹⁷⁷ Vgl. Ebenda.

Kirche ist die Ukraine seit der „Taufe“ der Kiewer Rus ein nicht abtrennbarer Teil der „Russische - Orthodoxen Zivilisation“.¹⁷⁸

Die politische und nicht nur historisch-religiöse Ausrichtung dieser Aussage liegt spätestens seit dem Schulterschluss des Moskauer Patriarchen Kyrills I mit Präsident Putin auf der Hand. Der von Kyrill I erhobene Anspruch auf Oberhoheit, deckte sich mit Moskaus außenpolitischen Zielen im „Nahen Ausland“.

Aus russischer Sicht ist die Ukraine ein Eckpfeiler seiner Verteidigungskapazität und damit mit von entscheidender Bedeutung für die Wahrung seiner nationalen Interessen. Die Ukraine und Russland teilen sich eine ca. 1.000 Kilometer lange Grenze, von der die russische Hauptstadt Moskau nur in etwa 400 Kilometer entfernt liegt. Die Ukraine eröffnete Russland die Möglichkeit seine militärische, politische und ökonomische Stärke nach Osteuropa, den Kaukasus und die Schwarzmeerregion zu projizieren. Zudem bestehen aus der Sowjetzeit engste Verbindungen, vor allem im Militär-Technischen Komplex, sprich in der Rüstungsindustrie. Russland bezieht von ukrainischen Unternehmen systemkritische Bau und Ersatzteile für schweres Militärgerät, Weltraumforschung, Flugzeugbau und Atomindustrie um nur einige aufzuzählen.¹⁷⁹

Eine engere Anbindung der Ukraine an die westliche Welt und Wirtschaft würde für Russland die Gefahr mit sich bringen, dass sich nachhaltige Veränderungen in der ukrainischen Industrie ergeben würden. Diese Veränderungen, respektive Neuorientierungen, an westlichen Märkten würden die Konsequenz einer Umstellung in Forschung und Produktion bedingen und so die russischen Interessen in diesem Kontext konterkarieren, wenn nicht sogar ignorieren. Zweifelsohne eine Entwicklung, welche die Russische Föderation hart treffen würde.

Neben der spirituellen und der wirtschaftlich/industriellen Bedeutung der Ukraine für Russland ist die militärstrategische eine der wesentlichsten. Die unter dem US-

¹⁷⁸ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 76-78.

¹⁷⁹ Vgl. STRATFOR, Russia's Expanding Influence, Part 1: The Necessities, (2010), S. 2, unter URL: <http://www.stratfor.com/sample/analysis/russias-expanding-influence-part-1-necessities> [15.05.2014].

Präsidenten Georg W. Bush jun. betriebene NATO-Osterweiterung wurde vom Kreml als Bedrohung verstanden. Moskau beurteilte die von Präsident Wiktor Juschtschenko verfolgte NATO-Mitgliedschaft als Bruch des „Grundvertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine“. Russland argumentierte hier, dass sich die Vertragsparteien dazu verpflichtet hätten, keine Vertragsbeziehungen mit Drittparteien einzugehen, welche gegen die andere Vertragspartei gerichtet sind. Auch wenn der Kreml keine direkte Bedrohung durch die NATO wahrnahm, so qualifizierte er die NATO-Osterweiterung als Handlung welche gegen die nationale Sicherheit der Russische Föderation gerichtet war.¹⁸⁰

Die Teilnahme der Ukraine am NATO-Programm „Partnership for Peace“ (PfP) verstärkte diese Beurteilung nachhaltig.¹⁸¹

Dieser Erkenntnis folgend war es nunmehr nicht nur außenpolitisches Ziel eine weitere Annäherung der Ukraine an den Westen, im Besonderen an die NATO, zu verhindern, sondern im Gegenzug seine Anbindungsbemühungen der Ukraine an Russland zu intensivieren.

Der Kreml, welcher bereits im Rahmen der „Orangen Revolution“ in eine Art Schockzustand verfallen war, befürchtete, dass die „Farbenrevolution“ auch auf Russland übergreifen könnte und wertete die möglichen Folgeentwicklungen einer EU-Ukraine Assoziierung für sein System ähnlich bedrohlich.

In diesem Kontext soll die Bedeutung der Ukraine für das System Waldimir Putin, respektive der Verbleib der Ukraine im Gravitationsbereichs Russland und ihr nicht-Abtriften Richtung Westen, nicht unerwähnt bleiben.

Der Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine hätte nicht nur Anpassungen der legislatischen Grundlagen und der Wirtschaft, sondern auch eine Trendwende im Gedankenansatz der ukrainischen Elite implizieren können. Dies Trendwende und nachfolgende Reformen wären im starken Kontrast zur Staatsidee Präsident Wladimir Putins gestanden, in dem eine

¹⁸⁰ Vgl. Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012), S. 127-129.

¹⁸¹ Vgl. Mission of Ukraine to the North Atlantic Treaty Organization, unter URL: <http://nato.mfa.gov.ua/en/ukraine-nato/cooperation> [15.05.2014].

kleine Gruppe - unter Abstützung auf Sicherheitsstrukturen - über die Ressourcen und das Land de facto allmächtig verfügt und längst ausständige Reformen aufgrund der sprudelnden Erdöl und Gas Einnahmen bewusst verschleppt. Bereits heute sind kritische Stimmen Russlands, die vom Kreml überfällige wirtschafts- und Verwaltungsreformen, die spätestens mit dem Rückgang der Staatseinnahmen durch den Verkauf von Erdöl und Erdgas schlagend werden, unüberhörbar.

Eine sich reformierende und prosperierende Ukraine wäre in diesem Kontext Ansporn für russische Reformer und zugleich eine politische Gefahr für den Kreml und Russlands gegenwärtigen Präsidenten.¹⁸²

¹⁸² Vgl. Orttung, Robert W.: Russian and the Ukraine-EU Association Agreement, Länder-Analysen, Russian Analytic Digest, No. 142, (2014), S. 2-3, unter URL: <http://www.css.ethz.ch/publications/pdfs/RAD-142.pdf> [03.06.2014].

3. Resümee

Im Schlusskapitel sollen die für die Beantwortung der Forschungsfrage und für die Thesenprüfung relevanten Aussagen der Arbeit zusammengefasst und bewertet werden.

Am Beginn der Arbeit standen folgende Fragestellung und Hypothese:

Forschungsfrage:

Die Ukrainische Außenpolitik seit 1991: Gab es eine andere außenpolitische Option als die der Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation bis zum Ausbruch der Krise 2014?

Hypothese:

Aufgrund der politischen Präferenzen der innenpolitischen Akteure und der starken Einflussnahme der externen Akteure hatte die Ukraine keine andere zuverlässige außenpolitische Option, als die der Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation.

Als Einstieg soll ein Zitat von Hans-Friedrich Bergmann stehen, der in Weiterentwicklung des ursprünglichen Zitats von Wilhelm von Humboldt, (1767-1835) meinte „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen. Wer die Gegenwart nicht versteht, kann die Zukunft nicht gestalten“¹⁸³. Richtet man den Blick auf die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine und die Ereignisse in den Jahren davor scheint es, als ob manch handelnde Akteure - innere oder externe - dieses Zitat in ihren Überlegungen vernachlässigt hätten.

Bereits die geopolitische Situation der Ukraine, nicht zuletzt aufgrund ihrer exponierten Lage zwischen dem Kerneuropa und Russland, zeigte in den vergangenen Jahrhunderten ihre besondere Stellung als Grenzland auf. In diesem Kontext kam es immer wieder zu abwechselnd starken Einflüssen aus West und Ost. Wesentlich ist jedoch, dass zu keiner Zeit einer der beiden Pole, mit Ausnahme der Periode der UdSSR, auf Einflussnahmen in dieser Region verzichtete.

¹⁸³ Hans-Friedrich Bergmann 1934-Heute, schreibender Arbeiter, unter URL: <http://ich.das-ossi.de/> [10.06.2014].

Bei einem Vergleich der Bedeutung der Ukraine für Europa und Russland ging klar hervor, dass vor allem in den letzten Dekaden die europäische Perspektive mehr eine wirtschaftliche und sicherheitspolitische war, für die Russische Föderation - neben diesen - jedoch auch die der gemeinsamen Geschichte und Kultur schlagend wurde. Für einen großen Teil der russischen Bevölkerung und der politischen Elite sind die Ukraine und die Ukrainer ihr Brudervolk. Sie sehen die Wiege der russischen Kultur in der Region rund um die ukrainische Hauptstadt Kiew verortet. Wie es der politische Analyst Leonid Radzichovskij formulierte: „Für Ukrainer ist die Ukraine die Ukraine; für Russen ist Russland [...] ohne die Ukraine unvollständig“. Gerade auch dieses Verständnis unterstreicht nebst den realpolitischen Zielsetzungen der Russischen Föderation die nachhaltige Motivation die Ukraine in ihrem Gravitationsfeld zu halten.

Dieses Ringen um die Ukraine manifestierte sich auch innerstaatlich im Bezug auf die geopolitische Ausrichtung seiner Bevölkerung und modellierte eine zweigeteilte Ukraine mit einer starken West Ost Determination.

Gerade in der Sprachproblematik im Bezug auf die Verwendung des Russischen oder des Ukrainischen zeigt sich die Bipolarität der Bevölkerung deutlich. Sprache steht hier auch für die Kongruenz der beiden Kulturen, die politische Präferenz der Bevölkerung und somit auch als Ausdruck für die Zerrissenheit des Landes. In der Ost und Südukraine, aber auch in der Hauptstadt Kiew behielt das Russische als Alltagssprache seine dominante Stellung. Viele ethnische Ukrainer sprechen zwar „in den eigenen vier Wänden“ ukrainisch, verwenden jedoch „auf der Straße“ und im Berufsleben russisch.

Als Beispiel des Zusammenwirkens des akteurstheoretischen Ansatzes Wiktor Janukowitschs und des neoliberalistisch motivierten Vorgehens der Russischen Föderation, im Bezug auf den Kontext der Forschungsfrage, kann das ukrainische Sprachgesetz herangezogen werden. Präsident Wiktor Janukowitsch, der nicht zuletzt durch die „russophilen“ Ukrainer aufgrund des Wahlversprechens die russische Sprache zur zweiten Amtssprache erheben zu wollen, zum Präsident gewählt wurde, setzte sein Vorhaben schlussendlich gegen die Widerstände der Opposition und trotz Ablehnung der Zentral- und Westukraine durch.

Motivation für diesen Schritt war zum Ersten sein persönliches Kalkül als innerukrainischer Akteur im Bezug auf die kommenden Parlamentswahlen und auch die Erkenntnis, diese mit seiner Partei nur durch Unterstützung der Ost- und Südukrainer gewinnen zu können. Zum Zweiten stand aber die Verbesserung seines persönlichen Ansehens gegenüber dem Kreml im Fokus seiner Überlegungen.

Gerade auch der Kreml war daran interessiert, die durch Vorgänger Präsident Wiktor Juschtschenko eingeschlagene Westorientierung zu korrigieren und schlug ebenfalls in dieselbe Kerbe. Im Rahmen der internationalen Konferenz mit dem Thema „Schutz der russischen Sprache, Kultur und der russischsprachigen Bevölkerung in den Staaten der GUS und dem Baltikum“ in Kiew wurde hier sogar der „kulturelle Ethnozid“ ausgerufen.

Aufgrund des Faktums, dass sich offizielle russische Vertreter und Politiker unverhohlen in die Sprachproblematik der Ukraine einmischten, ist die Annahme zulässig, dass die dahinter liegende Absicht nicht nur die Protektion der russischen Kultur war, sondern die neoliberalistisch motivierte Integration der Ukraine in die „russische Welt“.

Interessant im Kontext des akteurstheoretischen Ansatzes erscheint der in der Feldforschung des Razumkov Centre's Sociological Services über die außenpolitische Präferenz der Ukrainer zu Tage getretene Faktum, dass - unabhängig von der außenpolitischen Ausrichtung – alle Befragten der eigenen politischen Elite den Willen absprachen, die sozioökonomischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen zu wollen. Gemäß Verständnis der Fokusgruppen ist dies der Tatsache geschuldet, dass die ukrainische Elite den einen oder anderen außenpolitischen Weg nicht ernsthaft beschreiten wollen, um ihre möglichen Vorteile, die sich im Zuge der Verhandlung mit West und Ost ergeben, weiterhin nutzen zu können.

Um die der Ukraine anheimgestellte Pendelpolitik nicht nur an Präsident Wiktor Janukowitsch festzumachen, ist hier ein aussagekräftiges Beispiel Wiktor Juschtschenkos anzuführen. Präsident Wiktor Juschtschenko versuchte, den

russischen Druck zu mindern und ersuchte in bilateralen Gesprächen mit dem kasachischen Präsidenten direkt Öl beziehen zu dürfen. Dieser jedoch willigte mit dem Argument, vorher die Russische Föderation konsultieren zu müssen, nicht ein. Selbstredend wurde diese Ansuchen in weiterer Folge abgelehnt.

Gerade unter der Westorientierung Wiktor Juschtschenkos wuchs der russische Druck gegenüber der Ukraine an allen „Fronten“ an. Beispielhaft sind Maßnahmen wie der Aufruf in Tageszeitungen keine Ware von russlandfeindlichen Staaten - wie der Ukraine - zu beziehen sowie klar neoliberalistische außenpolitische Aktionen wie die Ankündigung der „*National Reserve Corporation*“ aufgrund der angeblich widersprüchlichen Aussagen der ukrainischen Regierungen alle geplanten Investitionen in der Ukraine stoppen zu wollen.

Bewertete Präsident Wiktor Juschtschenko die neorealistischen Tendenzen der Europäischen Union und der Russischen Föderation als Nachteil hinsichtlich der Gestaltung seiner Politik, so verhielt es sich bei Präsident Wiktor Janukowitsch umgekehrt. Präsident Wiktor Janukowitsch, dessen primäres politisches Ziel der Machterhalt respektive der Zugewinn war, fand in der Außenpolitik der Europäischen Union und Russlands ein passendes „Tool“, um auch innenpolitisch die zwei primären politischen Lager der EU- und der Russlandbefürworter zu befriedigen.

Aufgrund des Akteursinteresses seine Wiederwahl 2015 sicherstellen zu wollen, war dem Präsidenten klar, dass er beide Lager befriedigen musste ohne eines davon nachhaltig zu enttäuschen und somit zu verlieren. Dieser Erkenntnis folgend war eine sich abwechselnde außenpolitische Annäherung Richtung West beziehungsweise Ost die logische Konsequenz. Entscheidend in diesem Kontext war so lange wie möglich keine definitive unumkehrbare Richtungsentscheidung zu treffen.

Eine passende Grundlage hierfür lieferte die Europäische Union mit der Verweigerung einer Beitrittsperspektive im Assoziierungsabkommen. Diese Chance erkennend, statuierte Präsident Wiktor Janukowitsch zwar weiterhin an der europäischen Integration festhalten zu wollen, jedoch nur in Tempo, Form und Umfang wie dies mit den nationalen ukrainischen Interessen in Einklang stand.

Nationale Interessen bei Wiktor Janukowitsch waren beinahe gleichzusetzen mit Akteursinteressen, sprich den seinen und den der ukrainischen Oligarchen. Gerade die Oligarchen fanden Gefallen an der außenpolitischen Pendelpolitik. Ihre Beweggründe waren zwar nicht die eines Politikers, jedoch im angestrebten Effekt ähnlich. Die Oligarchie wollte Zugang zu Europas Märkten, jedoch dafür keinesfalls russische Absatzmärkte und günstige Sonderkonditionen für Erdgaslieferungen verlieren.

Daher ergab sich aufgrund dieser Interessenkorrelation eine Partnerschaft zwischen Politik und Wirtschaft, welche die ukrainische Außenpolitik gegenüber West und Ost als Folge von interaktivem strategischem Handeln dieser Akteure maßgeblich beeinflusste.

Ein beinahe klassisches Beispiel für die Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation, bestimmt durch politische Präferenzen und starker Einflussnahme innenpolitischer Akteure, sind die Ereignisse rund um das Scheitern der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens im November 2013. Präsident Wiktor Janukowitsch wurde in den Wochen vor dem „Vilniusgipfel“ von Seiten der EU-Staaten, allen voran Deutschland, förmlich gedrängt, seine schärfste politische Gegnerin Julia Timoschenko freizulassen. Gerade im Kontext des politischen Teils des Assoziierungsabkommens kam politisch motivierter Justiz, wie im Fall von Julia Timoschenko, hohe Bedeutung zu und die Europäische Union befürchtete dem Vorwurf ausgesetzt zu werden, bei einer Unterzeichnung ohne Freilassung Julia Timoschenkos, ihr Grundwerte verraten zu haben. Der Präsident wiederum befürchtete, dass, sollte er Julia Timoschenko freilassen, diese ihm bei der Präsidentschaftswahl den Sieg kosten könnte und entschied sich der Forderung der Europäischen Union nicht Folge zu leisten. Auch wenn dies nicht das einzige Argument war, das Präsident Wiktor Janukowitsch schlussendlich dazu bewegte das Assoziierungsabkommens auszusetzen, so war es wahrscheinlich eines der triftigsten.

Die Außenpolitik der Europäischen Union gegenüber der Ukraine erschien vor allem in den letzten Jahren als nicht stringent und die ukrainische Politik nachhaltig beeinflussend. Im Assoziierungsabkommen mit der Ukraine wurde zwar die „europäische Integration“ eingefordert, einschließlich der expliziten Übernahme

der europäischen Normen, der Implementierung verschiedenster Programme und der Anpassung der Legislative, andererseits fehlte jedoch die Bereitschaft der Ukraine eine reale Beitrittsoption zu bieten. Eine von der Europäischen Union dahingehend oftmals verwendete Klausel lautet „sharing everything [...] *but institutions*“.

Eine Assoziierung, basierend auf der Übernahme der europäischen Rechtsnormen und des bisher umfassendsten Freihandelsabkommens in der Geschichte der Europäischen Union, ohne eine Beitrittsoption zu verfolgen, ist im Kontext des um die Ukraine „werbenden“ Russlands wenig erfolgversprechend. Einen für die Europäische Union geopolitisch wichtigen Raum, wie den der Ukraine, mit fehlenden nachhaltigen Lösungsansätzen langfristig an sich binden zu wollen, scheint als strategisches Konzept unhaltbar.

Gründe für diese Art der Außenpolitik gegenüber der Ukraine mögen durchaus in den neorealistischen Überlegungen einiger relevanter EU - Staaten zu finden sein. So ist es nicht von der Hand zu weisen, dass bei Gewährung einer EU - Beitrittsperspektive die von vor allem Deutschland propagierte „Russia first“ Politik Schaden genommen hätte. Eine Entwicklung, die Deutschland zumindest energiepolitisch und wirtschaftlich scheute. Auch Frankreich wäre mit der realen Option eines EU-Beitritts der Ukraine nicht glücklich gewesen, da im Rahmen der EU-Abstimmungsmodalitäten das EU-Mitglied Ukraine die französische Stimme geschwächt und das zumindest bevölkerungsmäßige Schwergewicht der EU nach Osten verschoben hätte. Allesamt Gründe, die diesen Staaten in ihrem Streben nach relativem Machtgewinn und der angestrebten „Balance of power“ Konstellation zuwider gelaufen wären.

Umso überraschender erschien die „Entschliebung zur Lage in der Ukraine“ des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2010, in der der Ukraine das Recht auf einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft eingeräumt wurde. Auch wenn dies noch nicht die geforderte Beitrittsperspektive war, so war dies dennoch ein Paradigmenwechsel.

Diese überraschende Wertschätzung kam nicht grundlos und ist durchaus im Kontext der Gaskrise des Jahres 2009 zu sehen. Eines, wenn nicht das vitale

Interesse der Europäischen Union an der Ukraine, war ihre Bedeutung als Gastransitland für russisches Gas und damit einhergehend die Gassicherheit Europas. In dem von der Europäischen Union im November 2010 verfassten „Fünften Gemeinsamen (Fortschritts-) Bericht über die Zusammenarbeit im Energiesektor“ statuierte dies der damalige Energiekommissar klar.

Dieser Paradigmenwechsel der Europäischen Union gegenüber der Ukraine unterstützt den theoretischen Ansatz des Neorealismus hinsichtlich des Selbsthilfeprinzips und der Absicht gegenüber anderen Staaten, Macht zu erhalten und nährt die These, dass Gründe für die ukrainische Pendelpolitik möglicherweise auch in der Ukrainepolitik der Europäischen Union gelegen waren.

Die Ukraine schien über weite Strecken in der außenpolitischen Auseinandersetzung mit Russlands Interessen alleingelassen. Weder der Westen im Allgemeinen, noch die Europäische Union im Konkreten, fokussierten sich auf eine Politik im nahen russischen Ausland, welche in Abstimmung mit den geostrategischen Interessen Russlands gedacht worden wäre. Dieses Faktum führte zu einer Entwicklung in der Russland - noch mehr als zuvor - die Gefahr sah seinen Einfluss im post - sowjetischen Raum zu verlieren. Der außenpolitische Ansatz der russischen Politik folgt den Grundsätzen des Neorealismus, vor allem in seinen Kerninteressensgebieten im „Nahen Ausland“. Hier wird grundsätzlich in zwei Kategorien, nämlich Gewinner und Verlierer gedacht. Dies bedeutet, dass dort wo Russland ein Machtvakuum zulässt, dieses alsbald durch andere internationale agierende Akteure ausgefüllt wird. Eine Entwicklung, welche den strategischen Planungen der Russischen Föderation als Hegemon im post sowjetischen Raum widerspricht.

Gerade der größte russische Nachbar, die Ukraine, hatte und hat für Russland die wichtigste Bedeutung. Die Gründe hierfür sind mannigfaltig und reichen von spirituellen, über wirtschaftliche bis hin zur ukrainischen Rolle als Eckpfeiler der russischen Verteidigungskapazität. In diesem Kontext darf auf das geographisch basierende Potential der Ukraine verwiesen werden, dass Russland die Möglichkeit eröffnet seine militärisch, politische und ökonomische Stärke nach Osteuropa und die Schwarzmeerregion zu projizieren. Zudem bestehen aus der Sowjetzeit engste Verbindungen, vor allem im Militär-Technischen Komplex, durch

das Russland systemkritische Bau und Ersatzteile für Militärgerät, Weltraumforschung, Flugzeugbau und Atomindustrie bezieht.

Neben diesen Argumenten war es auch die Beurteilung Präsident Wladimir Putins, dass eine sich der Europäischen Union zuwendende reformierte und prosperierende Ukraine, als positives Beispiel einer politischen Richtungsänderung für erstarkende Reformtendenzen innerhalb Russlands dienen könnte.

In dieser Gedankenwelt verharrend war es nicht verwunderlich, dass Russland nicht nur die weitere Annäherung der Ukraine an den Westen mit der NATO und der Europäischen Union verhindern, sondern die Anbindung der Ukraine an die Russische Föderation intensivieren wollte. Eine Vielzahl außenpolitischer Maßnahmen, von Gaspreiserhöhungen, Drohungen mit Schutzzöllen gegenüber ukrainischen Waren bei einer EU-Assoziierung, bis hin zur Druckausübung auf die ukrainische Elite stand auf der Tagesordnung.

Diesem russischen Agieren stand die Ukraine oftmals schutzlos gegenüber. Die Ukraine versuchte mit den ihr geeignet erscheinenden „Assets“, nämlich der Drohung gegenüber Russland, sich von diesem abzuwenden und mittels einer Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation ihr Heil zu finden. Die engen ökonomischen Beziehungen zu Russland einerseits und andererseits die vielschichtigen inner - ukrainischen Akteursinteressen sowie die durch die Europäische Union über weite Strecken fehlende verbindliche Lösung einer EU - Beitrittsperspektive führten schlussendlich zur ukrainischen Zerreissprobe am Maidanplatz.

Als bisheriges „Highlight“ der ukrainischen Pendelpolitik ist die Einstellung der Assoziierungsverhandlungen kurz vor der geplanten Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens in Vilnius, November 2013, zu nennen. Hier wurde klar ersichtlich wie die innerukrainischen Akteursinteressen des Präsidenten Wiktor Janukowitsch, sprich die Aufrechterhaltung der Haft seiner Konkurrentin Julia Timoschenko und das Ablehnen eines zwanzig Milliarden Euro Kredits der Europäischen Union, von Präsident Wladimir Putin genützt wurden. Präsident Wladimir Putin bot nicht nur Wirtschaftsverträge, einen billigeren Gaspreis und

einen fünfzehn Milliarden Eurokredit an, sondern sicherte Wiktor Janukowitsch ebenso politische Unversehrtheit für seine 2015 geplante Wiederwahl als Präsident zu.

In einer kritischen Bewertung der Faktenlage, basierend auf den Interessen von internen und externen Akteuren ist schlussendlich zu folgern, dass aufgrund der politischen Präferenzen und starker Einflussnahmen keine andere zuverlässige außenpolitische Option als die der Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation bestand. Theoretisch könnte ins Treffen geführt werden, dass in der Zeit der Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos die Option für die Beendigung der Pendelpolitik bestand, jedoch aufgrund des Akteursinteresses der Europäischen Union keine Beitrittsperspektive zu gewähren, vertan wurde. Für den Untersuchungszeitraum stellt dieses Zeitfenster unter Präsident Wiktor Juschtschenko die einzige Ausnahme dar und viel schlussendlich ebenso einer dominierenden Akteurseinflussnahme zum Opfer. Daher darf gefolgert werden, dass auch hier im Sinne der Hypothese keine andere zuverlässige außenpolitische Option als die der Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation verblieb.

4. Anhang

4.1 Abstract

4.1.1 Abstract/Deutsch

Die Ukraine hat seit ihrer Unabhängigkeit 1991 bis zum Ausbruch der Krise 2014 eine je nach Prioritäten alternierende Außenpolitik zwischen der Europäischen Union (EU) und der Russischen Föderation betrieben. Die zweipolige Ausrichtung ihrer Außenpolitik gab immer Anlass zur Kritik und wurde als ständiges Lavieren zwischen Brüssel und Moskau betrachtet. Vor allem im Bezug auf die der ukrainischen Staatsführung im Kontext unterstellte Hauptverantwortlichkeit erscheint folgende Fragestellung von Relevanz.

Die Ukrainische Außenpolitik seit 1991: Gab es eine andere außenpolitische Option als die der Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation bis zum Ausbruch der Krise 2014?

Die dieser Arbeit zugrundeliegende Hypothese wird aufbauend auf die Fragestellung wie folgt angenommen:

Aufgrund der politischen Präferenzen der innenpolitischen Akteure und der starken Einflussnahme der externen Akteure hatte die Ukraine keine andere zuverlässige außenpolitische Option als die der Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation.

Die Operationalisierung erfolgt mit Hilfe von mehreren Einflussfaktoren. Zuerst werden die geografische Lage und die historischen Aspekte mit Blick auf ihre Rolle für die Außenpolitik herangezogen. Darauf folgend stehen im Mittelpunkt der Analyse die ukrainischen Präsidenten, welche unter den innerpolitischen Akteuren eine maßgebliche Rolle für die Pendelpolitik der Ukraine gespielt haben. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei bei Ex - Präsident Viktor Janukowitsch. Abschließend wird die Einflussnahme der relevanten externen Akteure – die EU und Russland – berücksichtigt und untersucht. Die Testung der aufgestellten Hypothese lehnt sich ausschließlich an qualitative Methoden an, um die Entscheidungsfindung der internen und externen Akteure mit Blick auf die ukrainische Außenpolitik zu analysieren. Die methodologische Vorgehensweise in der vorliegenden Masterarbeit wird empirisch - analytisch begründet

Die relevanten Erkenntnisse der Arbeit zeigen im Bereich der internen Akteure, v.a. Präsidenten, ein ausgeprägtes Verlangen zum eigenen Machterhalt unter Zuhilfenahme der Außenpolitik. Nicht zuletzt dadurch motiviert, dass externe Akteure wie die Russische Föderation aufgrund ihrer relativ restriktiven Außenpolitik im „Nahen Ausland“ und im Besonderen gegenüber der Ukraine keinen falls auf den Verbleib der selbigen in ihrem Einflussbereich verzichten wollte. Diesbezüglich wurden auch innenpolitische Herausforderungen der jeweiligen innerstaatlichen Akteure mittels russischer Repressionen ausgenützt. Im Gegenzug zur Russischen Föderation stellte sich die Außenpolitik der EU über weite Strecken als weniger stringent dar. Vor allem die ENP und die ÖP, sprich die versuchte Verortung der Ukraine im Orbit Brüssels, ohne nachhaltiger politischer Unterstützung wie die einer Beitrittsperspektive setzte die Ukraine den russischen Hegemoniebestrebungen oft schutzlos aus.

In einer kritischen Bewertung der Faktenlage, basierend auf den Interessen von internen und externen Akteuren ist schlussendlich zu folgern, dass aufgrund der politischen Präferenzen und starker Einflussnahme keine andere zuverlässige außenpolitische Option als die der Pendelpolitik zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation bestand.

4.1.2 Abstract/Englisch

Since gaining its independence in 1991 and the outbreak of the crisis in 2014 Ukraine always conducted a changing foreign policy between the European Union (EU) and the Russian Federation according to its respective priorities. The bipolar orientation of its foreign policy had always been reason for criticism and was considered as constant manoeuvring between Brussels and Moscow. Above all the following question is of significance concerning the main responsibility ascribed to the Ukrainian state leadership:

Ukrainian Foreign Policy since 1991: had there been another foreign-political option than the swinging policy between the European Union and the Russian Federation until the break out of the crisis in 2014?

The hypothesis underlying this paper based on the leading question is as follows: According to the political preferences of the domestic actors and the strong influence exercised by external actors Ukraine had no other reliable foreign-

political option than the swinging policy between the European Union and the Russian Federation.

Operationalisation is done with the help of several influencing factors. At first, geographical location and historic aspects are taken with a view onto their role for foreign policy. Subsequently the Ukrainian presidents, who among the domestic actors played an important role for Ukraine's swinging policy, are in the centre of this analysis. In this respect the main focus is on ex-President Victor Yanukovych. And finally the influence exerted by the relevant external actors – the EU and Russia – is taken into consideration and investigated. The testing of the constructed hypothesis exclusively uses qualitative methods, in order to analyse the decision-taking of internal and external actors with a view to Ukrainian foreign-politics. The methodological approach in the present master thesis is reasoned empirically – analytically.

The relevant findings of this paper show in the sphere of internal actors, above all the presidents, a pronounced aspiration for maintaining power with the help of foreign policy. This approach was not least motivated by the fact that external actors such as the Russian Federation did not wish to do without Ukraine remaining in its sphere of influence due to its relatively restrictive foreign policy in the “Near Abroad” and especially towards Ukraine. As to that also domestic challenges to the respective domestic actors produced by Russian repressions were instrumentalised. Contrary to the Russian Federation, EU foreign policy represented itself less stringent for long periods. Ukraine was frequently exposed to Russian hegemonic ambitions without protection, especially the ENP and the EP, i.e. the attempted positioning of Ukraine in Brussel's orbit without lasting political support such as an accession perspective.

By way of critically assessing the facts, based on the interests of the internal and external actors it has finally to be concluded that due to political preferences and strong exertion of influence there had not been any other reliable, foreign-political option than the swinging policy between the European Union and the Russian Federation.

4.2 Literaturverzeichnis

Adomeit, Schulze, Zagorski (Hannes, Peter W., Andrei): Russland, die EU und Zwischeneuropa, Internationales Institut für Liberale Politik in Wien, (2008), S. 3-26

Alpen-Adria Universität Klagenfurt: Atomare Abrüstung: unter URL:
http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php?title=Atomare_Abr%C3%BCstung
 (abgerufen 18.03.2014)

Amtsblatt der Europäischen Union L 49/3: Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und der Ukraine; 19.02.1998

Auswärtiges Amt Deutschland: unter URL:
http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Ukraine_node.html (abgerufen 05.03.2014)

Algieri, Franco: Die Europäische Union und Formen der Macht: Die EU auf dem Weg zur Militärmacht, Institut für Religion und Frieden, (2010), S. 16-25

Bundeszentrale für politische Bildung: unter URL:
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/136889/dokumentation-petro-poroschenko> (abgerufen 06.04.2014)

Die Welt: Politik: unter URL:
<http://www.welt.de/politik/ausland/article125583775/Russische-Schwarzmeerflotte-ist-ein-Staat-im-Staate.html> (abgerufen 21.03.2014)

Dragneva-Lewers, Wolczuk (Rilka, Kataryna): Russia, the Eurasian Customs Union and the EU: cooperation, stagnation or rivalry, National Security & Defence Nr. 4-5 (141-142), Ukrainian Centre for Economic & Political Studies, (2013), S. 92-97

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. November 2010 zur Ukraine, (Vorläufige Ukraine, Provisional edition), Nr. P7_TA-PROV(2010)0444, unter URL:
http://www.europarl.europa.eu/RegData/seance_pleniere/textes_adoptes/provisoire/2010/11-25/0444/P7_TA-PROV%282010%290444_DE.pdf, (abgerufen 01.05.2014)

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25.10.2010 zur Lage in der Ukraine, P7_TA-PROV(2010)0035, unter URL:
http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/droi/aa/p7_ta-prov%282010%290035_/p7_ta-prov%282010%290035_de.pdf
 (abgerufen 16.04.2014)

Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument, Ukraine, Länderstrategiepapier 2007-2013, unter URL:

http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi_csp_ukraine_de.pdf

(abgerufen 09.03.2014)

Europäisches Parlament unter URL:

http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/displayFtu.html?ftuld=FTU_6.5.5.html (abgerufen 08.04.2014)

EU-Ukraine Aktionsplan: unter URL:

http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf

(abgerufen 08.03.2014)

EU-Ukraine Energy Cooperation: Fifth Joint Energy Report, Implementation of the EU-Ukraine Memorandum of Understanding on Energy Cooperation during 2010, unter URL:

http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/doc/ukraine/2010_11_22_report.pdf (abgerufen 01.05.2014)

Fessenko, Volodymyr: Die Zukunft der EU – Ukraine Beziehungen, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Ukraine- Analysen Nr. 119, (2013), S. 15-16, unter URL:

<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen119.pdf> (abgerufen 01.03.2014)

Fokus Online: unter URL:

http://www.fokus.de/politik/ausland/ukraine-janukowitsch-kreml-moskau-kiew-eu-wladimir-putin-gewaehrt-der-bankrotten-ukraine-15-milliarden-us-dollar-kredit-13_id_3489058.html (abgerufen 02.05.2014)

Hans-Friedrich Bergmann 1934-Heute, schreibender Arbeiter:

<http://ich.das-ossi.de/> (abgerufen 10.06.2014)

Härtel, André: Westintegration oder Grauzonen-Szenario? Die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009); Osteuropa; Geschichte, Wirtschaft, Politik, Band 47, LIT Verlag, (2012)

Hofschwaiger, Claudia: Diplomarbeit: Die Beziehung der Europäischen Union zur Ukraine als Beispiel der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Uni Wien, (2011)

Interfax-Ukraine, 01.10.2010, unter URL:

<http://ua.interfax.com.ua/news/general/49875.html> (abgerufen 03.04.2014)

Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas: 3. aktualisierte Auflage; VS Verlag für Sozialwissenschaften, (2010), S. 527-582

Jahn, Schulze, Adomeit, (Ebert, Peter W., Hannes): Die Strategische Situation im Osten der EU, Internationales Institut für Liberale Politik in Wien, (2012), S. 146-148

Jilge, Wilfried: Holodomor und Nation: Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild, in Osteuropa, 54 Jg., 12/2004, S. 147-164

Kanal INTER, 06.11.2010, unter URL:
<http://podrobnosti.ua/interview/2010/11/06/729281.html>. (abgerufen 01.04.2014)

Kiew Info de: unter URL:
<http://www.kiew-info.de/historie.html> (abgerufen 05.03.2014)

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Info-Portal Östliches Europa: GUS-Staaten, unter URL: <http://www.osteuropa.lpb-bw.de/3742.html> (abgerufen 14.03.2014)

Leonid Radzichovskij in Echo Moskv, in: AUR Nr. 939, 24.08.09, unter URL:
www.echo.msk.ru/blog/radzichovskij/612611-echo/ (abgerufen 05.03.2014)

Meister, Stefan: Nach dem Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine, (2009), unter URL: <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapstandpunkt/nach-dem-gasstreit-zwischen-russland-und-der-ukraine> (abgerufen 21.03.2014)

Mission of Ukraine to the North Atlantic Treaty Organization: unter URL:
<http://nato.mfa.gov.ua/en/ukraine-nato/cooperation> (abgerufen 15.05.2014)

Nye, Joseph: Understanding International Conflicts: An Introduction to Theory and History, 7/E, New York: Longman, (2008)

Nye, Joseph: Soft Power: The Means to Success in World Politics, New York: Public Affairs, (2004)

Nye, Joseph: The Future of Power, New York: Public Affairs, (2010)

O'Donnell Guillermo, Schmitter Philippe C., Whitehead Laurence: Transition from Authoritarian Rule, The Johns Hopkins University Press, (1986)

Ortting, Robert W.: Russian and the Ukraine-EU Association Agreement, Länder-Analysen, Russian Analytic Digest, No. 142, (2014), S. 2-4, unter URL:
<http://www.css.ethz.ch/publications/pdfs/RAD-142.pdf> (abgerufen 03.06.2014)

Luchterhandt, Otto: Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte, Ukraine – Analysen, NR. 80, (2010), S. 2-6, unter URL:
<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen80.pdf> (abgerufen 29.03.2014)

Phiel, Schulze, Timmermann (Ernst, Peter, Heinz): Die Offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau; BWV Wissenschafts-Verlag, (2005), S. 331-345

Russland-Aktuell, 22.04.2010, unter URL:
http://www.aktuell.ru/russland/politik/billig_gas_gegen_flottenbasis_details_des_de_als_3946.html (abgerufen 16.04.2014)

Russland-Aktuell, 22.11.2013, unter URL:

http://www.aktuell.ru/russland/politik/ukraine_laesst_assoziierungsvertrag_mit_der_eu_platzen_4585.html (abgerufen 05.04.2014)

Schneider, Eberhard: Die ukrainische Außenpolitik unter Wiktor Juschtschenko; Forschungsgruppe Russland/GUS Stiftung, Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Oktober 2005, unter URL: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/AussenpolitikJuschtschenko_ks.pdf (abgerufen 26.03.2014)

Schneider-Deters, Schulze, Timmermann (Winfrid, Peter W., Heinz): Die europäische Union, Russland und Eurasien: Die Rückkehr der Geopolitik, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2008), S. 245-401

Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012- „Die Familie“ übernimmt die Regierung, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Ukraine- Analysen Nr. 115, (2013), S. 2-6, unter URL: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen115.pdf> (abgerufen 02.04.2014)

Schneider-Deters, Winfrid: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berliner Wissenschafts-Verlag, (2012)

Schneider-Deters, Winfried:, Rezension von Klemens Büscher: Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine, Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat, (zugl.: Köln., Uni., 2001), Frankfurt am Main 2004, in: Osteuropa, 57. Jg., 4 / April 2007, S. 183-184

Schulze, Peter: Die EU, Russland und die GUS: Auseinandersetzungen über das nahe Ausland, IPG 3, (2005), unter URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipg/02945.pdf> (abgerufen 02.05.2014)

Stewart, Susan: The Eastern Dimension of EU External Relations, Center for Security Studies (CSS), Zürich, Switzerland, russian analytic digest No. 61, (2009), unter URL: <http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=100999> (abgerufen 10.04.2014)

Stewart, Susanne: Russische Außenpolitik im postsowjetischen Raum, Stiftung für Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, (2010)

Stewart, Susan: Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit, (2011)

Stewart, Susan: Die Ukraine und die EU, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit, (2011), unter URL: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A50_stw_ks.pdf (abgerufen 01.03.2014)

Strategija razvitija odnosenij Rossijskoj Federaciji s Evropejskim Sojuyom na srednesrocnuju perspektivu (2000-2010), in: Diplomaticeskij Vestnik, Nr. 11, November 1999

STRATFOR, Russia's Expanding Influence, Part 1: The Necessities, (2010), unter URL: <http://www.stratfor.com/sample/analysis/russias-expanding-influence-part-1-necessities> (abgerufen 05.05.2014)

Sibac.info (russische Ausgabe), 13.03.2013, unter URL <http://sibac.info/index.php/2009-07-01-10-21-16/6970-----19921994-> (abgerufen 14.03.2014)

Ukrainian Centre for Economic & Political Studies: National Security & Defence, No 4-5 (141-142), 2013, unter URL: http://razumkov.org.ua/eng/files/category_journal/Zhrnl_EC_2013_e_site_rdc.pdf (abgerufen 24.03.2014)

Ukrainskaja Pravda (russische Ausgabe), 03.03.2010, „Regiony chotjat uzakonit'koaliciju „tuskami“: unter URL: <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2010/03/3/4829573/> (abgerufen 29.03.2014)

Ukrainskaja Pravda (russische Ausgabe), 08.12.2011: unter URL: <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2011/12/8/6822991/> (abgerufen 22.03.2014)

UNIAN, 22.11.2010: unter URL: <http://www.unian.ua/politics/428304-yanukovich-vje-skazav-evropi-koli-myach-bude-na-jiji-botsi.html> (abgerufen 04.04.2013)

UNIAN, 26.11.2011: unter URL: <http://www.unian.ua/politics/574300-prokuratura-yak-v-ukrajini-nepriynyatna-dlya-demokraticznogo-suspilstva.html> (abgerufen 01.04.2014)

Valdai Discussion Club, Russian Elite – 2020, (2013), unter URL: http://vid1.rian.ru/ig/valdai/Russian_elite_2020_eng.pdf (abgerufen 12.05.2014)

Velina Tchakarova, M.A., Senior Research Fellow am Austrian Institute for European and Security Policy (AIES)

Wechowna Rada unter URL: http://zakon2.rada.gov.ua/laws/show/643_009 (abgerufen 14.03.2014)

Zimmermann, Kerstin: Machteliten im ukrainischen Donbass: Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion, Münster, LIT-Verlag, 2006

4.3 *Abbildungsverzeichnis*

„Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.“

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Ukraine	17
Abbildung 2: Stützpunkte Russlands auf der Krim	33

Graphikverzeichnis

Graphik 1: EU Unterstützung an Ukraine, 1991-2002 (in Millionen Euro)	26
Graphik 2: Welche Sprachen benutzen UkrainerInnen im Alltag?	36
Graphik 3: Welche Integrationsrichtung soll die Ukraine wählen?	39
Graphik 4: Welche Außenbeziehungen soll die Ukraine priorisieren?	39
Graphik 5: Übersicht ukrainische Oligarchen	61

4.4 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Vollname
AA	Assoziationsabkommen
BNE	Bruttonationaleinkommen
EBWE	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EIB	Europäische Investitionsbank
EIDHIR	Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
EU	Europäische Union
EWR	Einheitlicher Wirtschaftsraum
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IFI	Internationale Föderation der Innenarchitekten
IWF	Internationaler Währungsfond
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPU	Kommunistische Partei der Ukraine
NATO	Nordatlantikvertrag - Organisation
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit
ÖP	Östliche Partnerschaft
PCA	Partnership and Cooperation Agreement
PdR	Partei der Region
PfP	Partnership for Peace
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
START	Strategic Arms Reduction Treaty
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepublik
USA	United States of America
WTO	World Trade Organisation

4.5 *Curriculum Vitae*

Name: Sascha Krieger

Geburtsjahr: 1973

Geburtsort: Scheibbs

Beruf: Offizier

Laufbahn (Auszug):

2012 - dato Sicherheitspolitische Analysen Ukraine, Belarus, Moldau im BMLVS

2007 - 2012 Referatsleiter personelle Sicherheit im BMLVS

2006 - 2007 Referatsleiter Lagerraum im BMLVS

2003 - 2011 mehrmaliger Auslandseinsatz im Rahmen von KFOR (NATO) und EUFOR ALTHEA (EU)

1998 - 2006 Verschiedene Führungs- (Zugskommandant, Kompaniekommandant, S3/stellvertretender Bataillonskommandant Pionierbataillon 3 Melk) und Stabspositionen im nationalen wie internationalen Bereich

Auszeichnungen (Auszug):

2004 NATO Commanders Coin, verliehen durch den Kommandanten KFOR (NATO) Gen. H. Kammerhof

2004 NATO Non-Article-5 Medal, verliehen durch den Kommandanten KFOR (NATO) Gen. H. Kammerhof

2009 Verdienstzeichen der Republik Österreich in Silber, verliehen durch Herrn Bundespräsident

Ausbildung (Auszug):

2012 - dato Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

2007 Beginn Studium Politikwissenschaft (kein Abschluss)

1995 - 1998 Studium an der Theresianische Militärakademie, Ausmusterung zum Leutnant

Sprachen:

Deutsch fließend (Muttersprache)

Englisch fließend